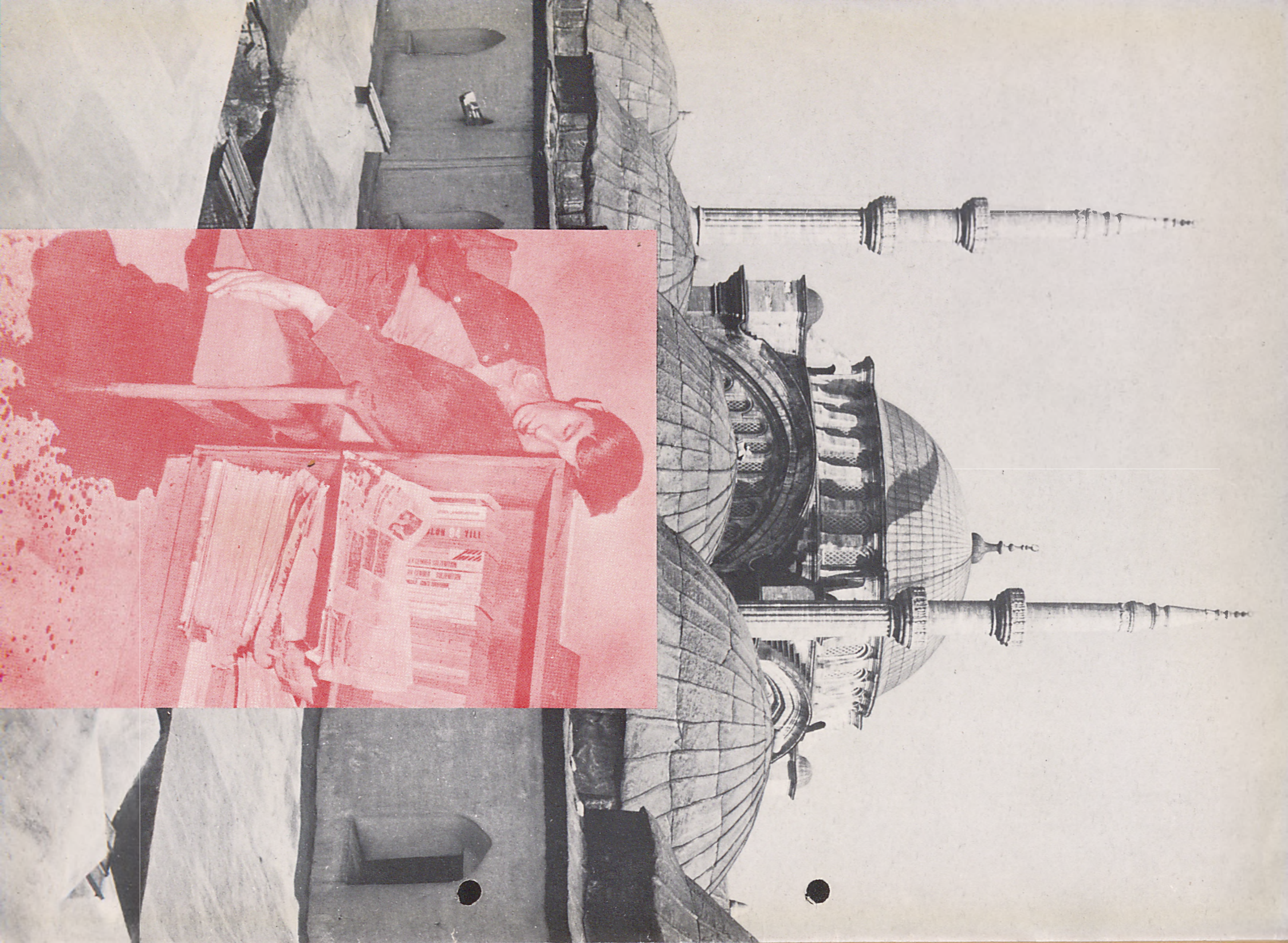


diskus 6

**Der Sprung vom Hunger
in die Armut - Algerien
auf dem Weg zum Sozialismus.**





Der Schlag, den das derzeitige Militärregime in der Türkei gegen die Linke führt, richtet sich nicht nur, wie man es der Weltöffentlichkeit einzureden versucht, gegen „linksradikale Terroristen“. Der organisierte Terror von oben bedroht vielmehr alle anti-imperialistischen und demokratischen Teile der Bevölkerung, die sich gegen die absolute Herrschaft des Kapitals auflehnen. Um die Herrschaft der mit dem Imperialismus kooperierenden Kompradoren zu sichern, setzt das Regime heute alle verfügbaren Mittel zur Liquidierung der gesamten Opposition ein. Der faschistische Terror, seit dem 12. März 1971 nun auch im letzten europäischen Peripherieland administrativ sanktioniert, trifft gleichermaßen Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten.

Nach dem Verbot von GUPS und GUPA und der Abschiebung der arabischen Studenten in Nacht- und Nebelaktionen seitens der BRD-Regierung sind in Ankara, Athen, Madrid und Teheran die Ereignisse mit großer Aufmerksamkeit verfolgt worden.

Die türkische faschistische Regierung war die erste, die diese Maßnahme ihrerseits durch ein unverschämtes Gesetz ergänzte, welches am 23. 11. 1972 durch das Parlament verabschiedet wurde, um die türkischen Studenten- und Arbeiterorganisationen im Ausland, die ohnehin besonders in der BRD durch Ausländergesetze und Polizeiwillkür bedroht sind, zu liquidieren. Die Äußerungen der Regierung und die Inhalte des Gesetzes zeigen, wohin der Weg führt: „Das türkische Parlament verabschiedete am 23. 11. 1972 ein Gesetz, durch das alle im Land existierenden Stu-

der deutschen Polizei in der Zusammenarbeit mit dem israelischen Geheimdienst bei der Verfolgung der Araber bzw. Palästinenser werden jetzt den türkischen Agenten vermittelt. Wer hinter diesen Maßnahmen steckt, ist klar. Durch diese Maßnahmen soll die Verdummung und dadurch die Ausbeutung des Proletariats fortgesetzt werden. Das Kapital versucht hier wie dort, die Linke durch gesetzlich legitimierten Terror zu liquidieren.

Der Abschaffung der Demokratie in Griechenland ist die Abschaffung der Demokratie in der Türkei gefolgt. Das kommt nicht von ungefähr. In zunehmendem Maße war auch in der Türkei breiten Bevölkerungsschichten ihre soziale Unterdrückung und Benachteiligung bewußt geworden, so daß sie den politischen Kampf für eine sozial gerechtere und demokratischere Gesellschaftsstruktur begannen. Diese Entwicklung erschien den Herrschenden sowohl in der Türkei als auch im Ausland gefährlich. Sie griffen zur Waffengewalt. Und wie immer gingen ihnen dabei die Beratung des US-Geheimdienstes CIA und finanzielle Unterstützung des deutschen und amerikanischen Kapitals zur Hand. Jeglicher sozialer Fortschritt wird als „Macht ergreifung des Kommunismus“ erklärt. Durch den Zwang der ökonomischen Reproduktion und der Sicherung strategischer Positionen schauen die westeuropäischen Staaten dem Treiben der Militärdiktatur in der Türkei untätig zu oder begünstigen und unterstützen das faschistische Regime durch Kapitalinvestitionen.

Der Ausnahmezustand war am 12. März 1971 durch reaktionäre Generäle ausge-

behörden in großer Zahl verhaftet worden. Am Anfang wurden Schriftsteller, Redakteure, Übersetzer, Verleger, Händler und Verkäufer linker Literatur verhaftet, und zwar nicht nur in den unter Ausnahmezustand stehenden Provinzen, sondern in der gesamten Türkei. Die Machthaber starteten eine Verhaftungskampagne gegen Hunderte von Personen, die lediglich linke Veröffentlichungen zu Hause oder in ihrem Büro aufbewahrt hatten.

Täglich wurden Hunderte von neuen Namen von „Verschwörern“ im staatlichen Rundfunk genannt. Die Kommentare rieten den Gesuchten, aufzugeben und sich freiwillig zu stellen, denn anderenfalls könne man für nichts garantieren. Alle Verwandten der Verdächtigen wurden gezwungen, ihre Adressen anzugeben und mit dem Polizeiapparat zusammenzuarbeiten. Unter den Personen, die von Militärs und der Polizei inhaftiert worden waren, gab es international bekannte Schriftsteller, wie Yasar Kemal, Aziz Nesin und Fakir Baykut, Dichter wie Fazil Hüsnü, Kritiker wie İlhan Selçuk, Filmproduzenten wie Yılmaz Güney. Die Tatsache, daß für die Gesuchten eine Prämie in Höhe von 700 Dollar pro Kopf ausgesetzt wurde, in einem Land, wo das Durchschnittseinkommen im Jahr 321 Dollar beträgt, hat zu einer massenhaften Spitzelei im Lande geführt. Die Militärbehörden zwingen alle Bürger, ihre Personalausweise ständig bei sich zu tragen. Diejenigen, die ihre Ausweise vergessen haben, müssen tagelang in Polizeistationen und Militärkasernen bleiben und ihre Unschuld beweisen. Seitdem der Ausnahmezustand besteht, ist eine brutale und massive Menschenjagd

ENTWICKLUNG EINES NEUEN FASCHISMUS IN DER TÜRKEI.

dentenorganisationen aufgelöst werden. Das neue Gesetz erlaubt die Gründung nur einer neuen Studentenorganisation an einer Hochschule bzw. Fakultät. Die neuen Organisationen dürfen sich nicht politisch betätigen.“ Die Regierung droht den Linken: „Sie verfügen über Zeitungen, Zeitschriften, sie haben überall ihre Sprecher. Sie können ihre Meinungen öffentlich vertreten und verheimlichen nicht einmal, wohin sie die Türkei führen wollen. Ihr Symbol ist nicht Atatürk. Sie haben Ausländer zu ihren Vorbildern gemacht. Unsere neuen Maßnahmen jedoch werden die Linke vernichten.“ Nach der Liquidierung der Linken in der Türkei soll jetzt die Liquidierung der Linken im Ausland, besonders in der BRD, folgen. Dafür bieten die neuen Gesetze die rechtliche Grundlage: Verbot der politischen Betätigung in der Türkei durch das neue Gesetz und Verbot der politischen Betätigung von Ausländern in der BRD durch das Ausländergesetz (§ 6 Abs. 2). Diese Gesetze werden nun in die Praxis umgesetzt. Nachdem kürzlich türkische faschistische Organisationen in der BRD gegründet worden sind, werden nach der Verabschiedung des neuen Gesetzes über hundert Regierungsagenten in die BRD geschickt mit dem Ziel, die türkische Linke hier nun auch physisch zu liquidieren. Die

rufen worden, um den oppositionellen Widerstand gegen den Imperialismus und seine türkischen Kollaborateure zu brechen. Die Militärdiktatur hat in den letzten Monaten die Türkei in ein Land der Konzentrationslager verwandelt. Einige Beispiele ihrer Terrorpraktiken der faschistischen Regierung: Über die elf wichtigsten Provinzen wurde der Ausnahmezustand verhängt. 35 Artikel der liberalen Verfassung von 1961 wurden grundlegend verändert. Die demokratischen Freiheiten wurden auf dem Papier eingeschränkt, in der Praxis aufgehoben, das Parlament entmachtet, ein Großteil der Parteien, Gewerkschaften und Studentenorganisationen aufgelöst und verboten, das Streikrecht faktisch beseitigt, jede Kritik an der Diktatur unter Strafe gestellt. Professoren der Jurisprudenz, die sich weigerten, an der „Änderung“ der Verfassung mitzuarbeiten, wurden verhaftet. Neben ihnen füllen Tausende von Professoren, Schriftstellern, Journalisten, Lehrern, Offizieren und mit ihnen viele Arbeiter und Studenten die Gefängnisse des Landes, deren himmelschreiende Zustände ohnehin bekannt sind. In ihnen sind Folterungen an der Tagesordnung.

Sowohl die Führer demokratischer Organisationen als auch Privatpersonen sind in den letzten Monaten von Militä-

über die Türkei eingeleitet worden. Fünf junge Studenten waren die ersten Blutopfer dieser Jagd. Die Leichen von Sinan Cemgil, Hüseyin Cehavir, Alpaslan Özdoğan, Kadir Mange und İbrahim Öztas stellte man nackt der Öffentlichkeit zur Schau.

Der Verleger Remzi İnanç wurde zu 1½ Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Atilla Takatlı, der ein Buch von Gladkov übersetzt hat, sowie andere Genossen, nämlich Muzaffer Erdost, Süleyman Ege und Ahmet Angin, die die Werke von Marx und Lenin ins Türkische übersetzten und veröffentlichten, wurden zu je mindestens zehn Jahren Gefängnisstrafe verurteilt. Allein für die Redakteure der sozialistischen Zeitschrift ANT verlangte der Militärstaatsanwalt insgesamt 770 Jahre Gefängnisstrafe. Für den Chefredakteur lautete das Urteil: 200 Jahre Gefängnis. Selbst wissenschaftliche Arbeiten blieben von diesen Unterdrückungen der freien Meinung nicht verschont. Cetin Özek, Dozent an der Juristischen Fakultät der Universität Istanbul, wurde wegen seines Buches „Faschismus und revolutionäre Volksfront“ zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt. Der zynische Charakter des Özek-Prozesses besteht darin, daß Özek nach jenen Artikeln des Strafgesetzbuches – Artikel 141 und Artikel 142

Fortsetzung auf Seite 33

VORWORT ÜBERGANGS- GESELLSCHAFTEN.

Übergangsgesellschaften – der Schwerpunkt dieses Heftes – das umfaßt eine heterogene Ländergruppe von China, der Sowjetunion und Kuba über Vietnam, Korea und die DDR bis hin zu Jugoslawien, ja Chile, Algerien und dem Kongo. Dies auf einen Begriff zu bringen, bereitet erhebliche Schwierigkeiten, zumal sich die höchst unterschiedlichen Positionen der einzelnen Länder bis hin ins ideologische Gerangel der politischen Gruppen in der BRD verlängern. Es sind daher zunächst einige begriffliche und methodische Klärungen notwendig.

Einer der Autoren (Peter Gey) definiert die Übergangsgesellschaften als „jene Länder, die nach dem militärischen Sieg der Revolution sich in der revolutionären Umwandlung von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft befinden“. Dieser Begriff leidet darunter, daß er nicht bestimmen kann, was unter „revolutionärer Umwandlung“ zu verstehen sei und wie daraus Kriterien für die Einschätzung von Übergangsgesellschaften abzuleiten sind. Dagegen, den Begriff „Übergangsgesellschaften“ verkürzt am Kriterium „militärischer Sieg“ festzumachen, wandte sich der revisionistischen Neigungen sicher nicht verdächtige Regis Debray. In einem Interview mit Allende (siehe Rezension), lehnte Debray es ab, „Gewalt als Kriterium“ für eine revolutionäre Umgestaltung zu verwenden. Daß eine solche Verkürzung des Begriffs „revolutionäre Umgestaltung“ in der Tat zu platt und mechanistisch ist, zeigt das Gegenbeispiel Mexiko: die erste sozialistische Revolution der Weltgeschichte (1910) verkümmerte in einem allenfalls noch reformistisch zu nennenden kapitalistischen Bürokratismus. Bei der Einschätzung von Übergangsgesellschaften ist primär danach zu fragen, was sie sind und wohin sie sich entwickeln, und weniger nach den Erscheinungsformen ihres Entstehens.

Auch der Begriff „Sieg der Revolution“ als Geburtsstunde der Übergangsgesellschaft scheint einer Problematisierung wert. Solange kapitalistische Bastionen existieren, die Weltrevolution also noch nicht gesiegt hat, solange besteht die Gefahr von Interventionen. Daß es in einer Übergangsgesellschaft, solange sie sich im Übergang befindet und die Klassenkämpfe andauern, keinen endgültigen Sieg der Revolution geben kann, unterstreichen die Appelle von Castro und Ho Chi Minh zur revolutionären Wachsamkeit. Die äußerst differenzierte Vielfalt der Übergangsgesellschaften ist nur durch einen willkürlichen Kraftakt auf einen Nenner zu bringen. Wenn man – allgemein genug – zunächst daran festhält, daß das gemeinsame Merkmal der Übergangsgesellschaften der Aufbau der klassenlosen Gesellschaft und des Sozialismus ist, so wird man vom Selbstverständnis des jeweiligen Systems ausgehen und daran die Transformationsprozesse zu messen haben.

Ist man sich nun aufgrund objektbezogener Vorverständnisse hinlänglich klar über den Untersuchungsgegenstand, so muß man bei der Analyse des Objekts von gewissen methodischen Vorverständnissen ausgehen, da bislang noch kein methodisches Instrumentarium zur begrifflich-analytischen Durchdringung der Übergangsgesellschaften entwickelt wurde. Dabei ist auch und gerade die Marx'sche Methode nur beschränkt tauglich, da sie als kategoriales System der Kritik der politischen Ökonomie kapitalistischer Gesellschaften entwickelt wurde und nicht als Modell der Politökonomie schlechthin.

Das Fehlen einer Theorie der Übergangsgesellschaften sollte und kann nach unserer Meinung nun nicht dazu führen, diesen Komplex völlig auszuklammern und

bis zur Fertigstellung der Theorie Abstinenz zu üben, zumal zentrale Probleme in den Übergangsgesellschaften auch Gegenstand von Auseinandersetzungen in der bundesrepublikanischen Linken sind (Rolle des Staates, Einschätzung von Reformen, Revisionismusvorwurf, Phasentheorie, Sozialismus in einem Land). Dabei ist es auch eine Funktion der Artikel, darauf zu verweisen, daß solche Kontroversen nicht abstrakt (und darum dogmatisch) ausgetragen werden dürfen: Sozialismus in einem Land ist nur möglich, wenn die Chance einer autarken Existenz bei großen Wirtschaftsräumen besteht (China, Sowjetunion), während eine exportorientierte Monokultur (Kuba) nur bei internationaler sozialistischer Solidarität überleben kann; auch Allendes Weg zum Sozialismus kann nur unter den konkreten chilenischen Bedingungen beurteilt werden. Eine Konfrontation widersprüchlicher Thesen (z. B. „Autarkie“ im Korea-Artikel versus „Weltrevolution“ im Ostblock-Artikel) darf diese Positionen nicht von ihrem empirischen Hintergrund ablösen, auch wenn die politischen Unterschiede zwischen den Autoren nicht verwischt werden dürfen.

Die Tatsache, daß in den Beiträgen zu diesem Schwerpunkt kontroverse politische Positionen deutlich werden, sollte insofern weniger als ein Ärgernis den als Ergebnis des Fehlens einer umfassenden Theorie der Übergangsgesellschaften gesehen werden, wodurch es sinnvoll erscheint, das Problem von verschiedenen Standpunkten zu beleuchten. Dabei ist in Kauf zu nehmen, daß gelegentlich Verwirrung entsteht, wenn z. B. die Führung der Sowjetunion einmal als „stalinistisch“ (von einem Trotzlisten) und ein anderesmal als „revisionistisch“ (in einem ML-Artikel) genannt wird.

Thema	Titel	Verfasser	Foto/Grafik
Nachrichten			
4	Nachrichten-Magazin	Redaktion Eduard Wolczak	dpa, L'Express
Übergangsgesellschaften			
2	Vorwort Übergangsgesellschaften		
1	Die Entwicklung eines neuen Faschismus in der Türkei	Edil Tokmar	dpa
9	Algerien auf dem Weg zum Sozialismus	Jürgen Eckl	dpa
16	Chile: ITT-Dokumente	Heinz Berns	
18	Chile: Zur Strategie des nichtbewaffneten Kampfes	Wolfgang Bertelsmeier	
22	Die Ökonomik in Übergangsgesellschaften	Peter Gey	Camera
Hochschule			
40	„Hochschulpolitische Strategie des ads“	Klaus Müller	
43	Der totale Numerus clausus an der Frankfurter Universität?	Egon Becker	
44	Berufsverbot: Der Fall Stubenrauch	GEW	
Parteien			
29	Erfolg von 109 Jahren demokratischem Sozialismus	Ralf W. Scott	SPD
Dritte Welt			
31	Lateinamerika: Rückkehr der Diktatoren	Wolfgang Bertelsmeier	
Gesellschaftstheorie			
34	Zum „Sozialimperialismus der Sowjetunion“	SHB/SF Frankfurt	
36	Was ist Sozialismus?	Paul M. Sweezy	
47	Zur Revisionismuskritik der Gruppe um „Neues Rotes Forum“	Rüdiger Gantzer (SAG)	

Provinz Quang-Binh/
Nord-Vietnam:
Mit Gewehren
bewaffnete Frauen
bei der Reis-Ernte.



Kantzenbach in der Isolierung

Springers Welt spendet Kantzenbach Lob für seine Politik. Anlässlich seines Rechenschaftsberichts wurden breit seine Ausführungen über die an die „letzten Jahre von Weimar“ erinnernden Zustände an der Frankfurter Uni zitiert.

Das Echo der Öffentlichkeit zeigt, wohin er mit seiner Reformpolitik mittlerweile gekommen ist. Selbst bei seinen Parteifreunden erntet SPD-Genosse Kantzenbach kein Lob mehr. Kultusminister Friedeburg distanzierte sich von den Rechnereien, die Kantzenbach zur Begründung des Numerus clausus hatte anfertigen lassen. Eine Delegiertenkonferenz der Frankfurter Jungsozialisten beantragte ein Parteiordnungsverfahren gegen Kantzenbach.

Diese Isolation dürfte indes nur eine vorübergehende sein. Neue Freunde warten auf ihn: Dregger, Springer, Löwenthal...

FU Berlin: Furcht vor linken Lehrern

Seit den Tagen der Studentenbewegung vor vier und fünf Jahren hatte es in Berlin keinen Anlaß mehr gegeben für die Mobilisierung einer großen Zahl protestierender Studenten an allen Hochschulen. Während die Regierung von Baden-Württemberg vor zwei Wochen mit ihrer polizeilichen Staatsaktion wohl ganz bewußt den einmütigen Protest der Heidelberger Universität provozierte, erscheint es nicht ganz sicher, ob der Berliner Senat die Brisanz des Themas so richtig erkannt hatte, das seit einigen Wochen unter dem Titel „Löffler-Plan“ die Bretter erschüttert, die hier die hochschulpolitische Welt bedeuten. Mehr Studenten als je zuvor waren in einen „aktiven“ Streik getreten, der möglicherweise im Januar fortgesetzt wird.

Gerd Löffler verkörpert in seiner Person sehr anschaulich den Wandel sozialdemokratischer Hochschulpolitik in Berlin. Er war Vorsitzender des Parla-

mentsausschusses, der Konstrukteur des neuen Universitätsgesetzes. Seine besondere Qualifikation dafür ergab sich auch gerade daraus, daß er in der Lage war, darüber in endlosen Beratungen mit allen studentischen Gruppen zu diskutieren. Heute, als Schulsenator, ist er der Staat, der sich weigert, mit den studentischen Streikräten zu sprechen, weil ihnen eine offizielle Legitimation fehle.

Sein Plan zielt auf eine Veränderung der Prüfungsbedingungen für das erste Staatsexamen der Lehrer, für Uneingeweihte auf den ersten Blick ein uninteressantes und eher technisches Detail. Dahinter verbirgt sich jedoch der politische Kampf über die Frage, ob die Studenten während ihrer Ausbildung an der Universität nach den dort entwickelten Vorstellungen studieren können oder ob der Staat schon hier einen wesentlichen Einfluß auf die Ausbildung der künftigen Lehrer nehmen darf.

Zu Beginn dieses Jahres hatte die Berliner „Notgemeinschaft“ mit sehr polemischen Anzeigen in den Tageszeitungen die Behauptung wiederholt, Mediziner, Juristen und Lehrer, die an der Freien Universität ausgebildet werden, seien nicht mehr ausreichend qualifiziert. Dieser Angriff zielte direkt auf den Staat, denn für diese drei Berufe werden nicht universitätsinterne, sondern Staatsexamina durchgeführt.

Der Vizepräsident des Wissenschaftlichen Landesprüfungsamtes (WLPA) zog aus den Ergebnissen der Prüfungen in den Jahren 1963 bis 1971 den Schluß, die Leistungsstandards, wie er es nannte, seien ins Wanken geraten. Die Behauptung konnte nie nachgeprüft werden. Daraus hat sich der Konflikt über den „Löffler-Plan“ entwickelt. Denn dahinter steht eine zweite Behauptung, die von der staatlichen Seite zwar noch nicht ausgesprochen, aber für sie von bestimmendem Einfluß ist. Dahinter steht die Behauptung, daß linksgerichtete Dozenten bei linksgerichteten Studenten zu geringe Anforderungen stellen und zu gute Noten geben.

Damit ist der Kern der Auseinandersetzung angesprochen: Die zunehmende politische Ausrichtung der Studenten. Der Staat befürchtet, daß die Studentenrevolte der Jahre 1967/68 jetzt nicht nur über die

Politisierung der Schüler von unten, sondern auch über die jungen Lehrer, die heute Examen machen, von oben in die Schule hineingetragen wird. Man hat sich dagegen zunächst mit dem Hamburger Lehrererlaß gewehrt, der für die Bundesrepublik im Januar dieses Jahres allgemein durch Beschlüsse der Ministerpräsidenten der Länder als Problem der Einstellung von sog. Radikalen im öffentlichen Dienst bekanntgeworden ist. Man hat also erst einmal bei der Einstellung als Lehrer angesetzt. Jetzt will man die Abwehrfront weiter zurückverlegen. Der Staat will verstärkt Einfluß nehmen auf seine Lehrerexamina und damit auf das Lehrstudium in der Hochschule. Man setzte im Sommer dieses Jahres an beim „Fall Domdey“:

Professor Horst Domdey war einer der Dozenten der vom Senator für Wissenschaft und Kunst wegen des Vorwurfs der Verfassungsfeindlichkeit verbotenen drei germanistischen Seminare. Der Schulsenator weigerte sich, ihn zum Prüfer am WLPA zu bestellen, bevor der Prozeß um das Verbot abgeschlossen sei. Der Prozeß wurde im Juni 1972 rechtskräftig entschieden, das Verbot aufgehoben. Danach führte der Senator mit Domdey ein ausführliches Gespräch: Es bestehe für ihn immer noch die Befürchtung, Herr Domdey würde einseitig prüfen. Das Problem des Pluralismus. In der Hochschule sei die Vielfalt der Meinungen durch eine große Zahl von Hochschullehrern gewahrt. Hier gäbe es außerdem nach Art. 5 Abs. 3 GG die Freiheit der Wissenschaft, nicht an der Schule. Hier werde Unterricht gegeben, nicht Wissenschaft betrieben. Und es gäbe hier für ein Fach in einer Klasse nur einen Lehrer. Der müßte also in der Lage sein, alle Positionen zu vertreten (das ist die Forderung nach dem Pluralismus in der einen Person des einen Lehrers). Und das müsse sich wiederum auch auf das Staatsexamen auswirken. Nur derjenige Hochschullehrer könne als Prüfer tätig sein, der alle wissenschaftlichen Lehrmeinungen vom Kandidaten darstellen läßt, der pluralistisch, nicht einseitig prüft. Professor Domdey akzeptierte das. Daraufhin wurde er zum Prüfer bestellt.

Mit der Ernennung Domdeys war das Problem für Se-

nator Löffler natürlich nicht gelöst. Er suchte nun eine allgemeine Lösung, und zwar in zweierlei Richtung. Einmal im Hinblick auf die Besetzung der Prüfungskommissionen mit staatlichen Prüfern, zum anderen durch eine Veränderung der Praxis bei der Ernennung von Professoren zu Mitgliedern der Kommissionen.

Eine Prüfungskommission für das Referendarexamen besteht aus vier Mitgliedern, zwei staatlichen Mitgliedern und zwei Professoren. Für die Professoren ist das ein Nebenamt, in das sie jeweils auf drei Jahre berufen werden. Alle Mitglieder haben volles Stimmrecht. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Es ist für die Beurteilung des Vorgehens des Senators nicht unwichtig, sich zu vergegenwärtigen, daß der Staat bei den Prüfungen ohnehin schon immer die Mehrheit hatte.

Der „Löffler-Plan“ sah nun drei Maßnahmen vor. Einmal sollte nur noch ein Teil der an den Hochschulen lehrenden Professoren zu Prüfern ernannt werden. Zweitens ist vorgesehen, daß der Einfluß der staatlichen Prüfer in den Kommissionen faktisch verstärkt wird. Und drittens sollen die Kandidaten nicht mehr, wie es bisher in Berlin üblich war, beide prüfenden Professoren benennen, sondern nur noch einen, während der andere vom WLPA bestimmt werden soll.

Am gefährlichsten erschien zunächst die Absicht, nicht mehr alle Professoren zu Prüfern zu ernennen. Der Senator begründete dies mit dem Fehlen des Bedarfs. Es gäbe mehr Professoren, als er Prüfer brauche. Wenn es zu viele Professoren für eine zu kleine Zahl von Prüfungen gäbe, dann sei die Kontinuität in Gefahr. Erst eine kontinuierliche Mitwirkung im Prüfungsamt ermöglicht die Erarbeitung und Anwendung allgemeingültiger Bewertungsgrundsätze.

Die Gefahr dieser Maßnahme lag auf der Hand. Der Staat würde in entscheidendem Maße auf die Lehre Einfluß nehmen. Denn Studenten gehen in der Regel nur in Lehrveranstaltungen von Professoren, die auch prüfen. Es gäbe wieder zwei Klassen von Hochschullehrern, solche mit und – vornehmlich wohl „linke“ – solche ohne Prüfungsberechtigung. Aus unterschiedlichen Interessenlagen

war die Reaktion in der Universität trotzdem in allen Gruppen einmütig ablehnend. Vom „KSV“ bis zur „Notgemeinschaft“. Und der Senator gab sein Bedarfsargument auf. Er erklärte sich in einer ersten Besprechung mit den Hochschulleitungen bereit, auch in Zukunft alle Professoren zu Prüfern zu ernennen.

Damit veränderte sich die Auseinandersetzung. Für die Hochschulen war ein Teilerfolg erzielt. Obwohl sich der Senator weiterhin zu Verhandlungen bereit erklärte, weitete sich der Streik zunächst aus. Die Gespräche mit dem Senator gehen weiter.

Es geht weiter wie bei der inzwischen erledigten Frage der Prüfungsberechtigung für alle Hochschullehrer um das Prinzip der Einheit von Lehre und Prüfung, oder, wie es auch manchmal heißt, um den Grundsatz „Wer lehrt, prüft“, der ergänzt werden muß durch die Formulierung „Nur wer lehrt, prüft“.

Didaktisch bedeutet es eine unvermeidbare Zufälligkeit in der Selektion der erfolglosen von den erfolgreichen Kandidaten, verbunden mit den durch diese Zufälligkeit verursachten Examensängsten und ihren schwerwiegenden Folgen für die wissenschaftliche Leistung in der Prüfung selbst und für die Wissenschaftlichkeit in der Anlage des Studiums vorher. Deshalb war in den hochschulpolitischen Diskussionen der vergangenen Jahre Einigkeit erzielt worden über das Vorgehen in der Zukunft. Der Wissenschaftsrat hat in seinen Empfehlungen 1970 den Grundsatz formuliert (Band 1. S. 79), „daß das Examen von den für die Ausbildung verantwortlichen Hochschullehrern abgenommen wird, auch wenn es im Rahmen einer staatlichen Prüfung ... stattfindet“. Die Bundesregierung hat in ihrer letzten Begründung zu § 37 Abs. 3 des Entwurfs des Hochschulrahmengesetzes ausgeführt, diese Vorschrift verankere „den Grundsatz, wer lehrt, prüft. Prüfungen müssen von denjenigen abgenommen werden, die eigene Lehrerehrungen an einer Hochschule erworben haben“ und ergänzt abschließend, sie strebe für die Staatsexamina ein entsprechendes Verfahren an.

Jetzt soll die Angst vor linken Lehrern diese Entwicklung nicht nur hemmen, sondern den Status quo noch weiter verschlechtern. Der Berliner Schul-

senator will dabei einmal den faktischen Einfluß des Staates in den Prüfungskommissionen stärken, als Gegengewicht gegen „linke“ Hochschullehrer, zu denen man kein Vertrauen hat. Juristisch befand sich der Staat in den Prüfungskommissionen gegenüber den Hochschulen immer im Vorteil. Faktisch war er – und das war gut so – immer im Nachteil. Die beiden staatlichen Prüfer waren der Vorsitzende und ein Beisitzer, beide meist seit mehreren Jahren aus dem Wissenschaftsbetrieb ausgeschieden. Dadurch waren die beiden Hochschullehrer im Vorteil. Sie bestimmten Praktisch die Note. Da soll sich nun ändern.

Der Staat will seine juristische Verantwortung auch faktisch wahrnehmen. Zu diesem Zweck hat sich der Senator für den Haushalt 1973 eine größere Zahl neuer Stellen im WLPA bewilligen lassen.

Aber es kommt noch schlimmer. In Berlin haben die Kandidaten bisher die Möglichkeit, dem WLPA die beiden Professoren ihrer Prüfungskommission zu benennen. Das ist eine sinnvolle Regelung. Die Spezialisierung, auch in den Geisteswissenschaften, wird immer größer. Sie wird von den Prüfungsordnungen gefordert. Der Kandidat weiß am besten, welcher Hochschullehrer seinen wissenschaftlichen Spezialinteressen am besten entspricht. Auch das soll sich ändern. In Zukunft sollen die Kandidaten nur noch einen Professor als Prüfer benennen dürfen. Den zweiten will das WLPA bestimmen. Worum geht es? Es war dem Kandidaten bisher unbenommen, auch zwei „progressive“ Hochschullehrer zu benennen. Dem Senator ist das zu einseitig. Es geht ihm um die Wahrung des Standards und des Pluralismus. Er will einem „progressiven“ Hochschullehrer, der vom Kandidaten benannt wird, einen „konservativen“ entgegensetzen können, um auf diese Weise die Studenten zu zwingen, sich während ihres Studiums auch mit dieser Richtung vertraut zu machen.

Kopf ab!

Am 28. November 1972 um 5.13 Uhr erklärte der Gefangene Claude Buffet:

„Ich hoffe, daß ich der letzte war, der in Frankreich exekutiert worden ist.“ Dann trennte das scharfe Beil der Guillotine die Köpfe von Roger Bontems und Claude Buffet von ihren Leibern. Die Gnadengesuche der beiden wurden vom Staats-

präsidenten Pompidou abgelehnt. Die Verweigerung des präsidialen Gnadenakts und die Hinrichtung erfolgten so kurzfristig, daß keine Zeitung am gleichen Tag über die Exekution berichten, geschweige denn kommentieren konnte. Es stellt sich die Frage, warum alles so kurzfristig geplant war und weshalb der Staatspräsident den Gnadenakt verweigerte.

Zunächst wollte der Präsident ein Exempel statuieren, um die Aufseher und den gesamten Apparat des Strafvollzuges zu beruhigen. Und dafür war eine frühe Auseinandersetzung in der Presse nicht geeignet. Keiner sollte frühzeitig erfahren, daß der Präsident seine Entscheidung unter massivem Druck dieses Apparates gefällt hatte. Die französischen Justizbeamten hatten Kampfmaßnahmen für den Fall angedroht, daß beide Geismörder nicht unter der Guillotine enden würden. Klar scheint auch, daß man in Frankreich von dem Weg der Reform im Strafvollzug abgekommen ist. Mit seiner Entscheidung hat Pompidou nicht nur die Beamten beruhigt, sondern ihr hartes Durchgreifen bei einer Reihe von Gefängnisrevolten und einer Reihe von Selbstmorden unter Häftlingen, die auf die zum Teil unmenschlichen Zustände im französischen Strafvollzug zurückzuführen sind, legitimiert und zu weiteren Untaten aufgefordert.

Als Landesvater scheint Pompidou die Stimmen seines Volkes nicht überhört zu haben. Unter dem Alptraum, die Mehrheit im Land an die Sozialisten und Kommunisten zu verlieren, hatte er ein offenes Ohr für die Forderung der Todesstrafe. Unter Pompidou ist Frankreich endlich dem modernen Polizeistaat mit den Forderungen nach Ruhe und Ordnung näher als einem bürgerlichen mit den Idealen von Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.



Hahn auf den Mist!

Die CDU-Hochschulpolitiker in Baden-Württemberg traben durch die Universitäten des Landes wie Elefanten durch einen Porzellanladen. Ihre Aktionen sind auf dem Hintergrund ihrer und der herrschenden Interessen oft unverständlich. Der Amoklauf begann mit dem Abwürgen des liberalen Reformmodells Konstanz. Dies war um so unverständlicher als gerade Konstanz nun wirklich keine linken Tendenzen nachgesagt werden konnten, die Bodensee-Uni bot vielmehr das ungewohnte Bild einer kooperativen, befriedeten Universität. Das ist jetzt aus und vorbei.

Weniger leichtes Spiel hatte die Reaktion an der Uni Heidelberg, weil hier organisierte fortschrittliche Kräfte bereitstanden. Die Obstruktionspolitik des CDU-Kultusministers gegen den fortschrittlichen Rektor Rendtorff stieß so auf erheblichen Widerstand der linken Studenten, Assistenten und Professoren. Da aber die progressiven Kräfte nun mal derzeit am kürzeren Hebel sitzen, konnte Rendtorff trotz erheblichen Widerstandes zum Rücktritt gezwungen werden. Den Versuch der Studenten, diese Situation gemeinsam zu diskutieren und in den Gesamtzusammenhang des gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses zu stellen – das geplante teach-in „Innenpolitische Situation in der Bundesrepublik und Kampf gegen den braunen Bund Freiheit der Wissenschaft in Heidelberg“ – wurde von den „konservativen“ (Der Spiegel) Prorektoren untersagt, Professor Brückner, der einen Beitrag auf dem teach-in halten sollte, mit einem Hausverbot belegt. Offizielle Begründung: Das geplante teach-in sei „Eskalationsrahmen“ der Zuspitzung der Hochschulsituation. Das war es denn auch tatsächlich: 1135 Polizisten besetzten die Universität – das „größte Polizeiaufgebot in einer deutschen Universität seit den Berliner Studentenunruhen nach der im Juni 1967“ (Der Spiegel). Die Aktion war beispielsweise. Die Verwandlung Heidelbergs in eine besetzte Stadt geschah gegen den erklärten Willen des Oberbürgermeisters (SPD) und wurde gar von den konservativen Prorektoren abgelehnt.

Man wunderte sich darüber, daß man eine breite Solidarisierung der Studentenschaft und einen einwöchigen Proteststreik erzwungen hatte.

Nochmals: Gemessen an den Interessen der CDU-Kultusbürokratie muß die Polizeiaktion dysfunktional, ja dumm erscheinen. Die Risse im bürgerlichen Lager ließen denn auch nicht auf sich warten. FDP und SPD verlangten die „Entlassung“ des Kultusministers, der früher monolithische Bund Freiheit der Wissenschaft ist zerstritten wie nie, die Junge Union redete gar von „mit Kanonen auf Spatzen geschossen“ und unter den bürgerlichen Professoren findet sich niemand mehr, der unter diesen Umständen noch für den Job des Rektors kandidieren will.

Doch sind diese Divergenzen bloß taktischer Natur. Prorektor Zimmermann (BfD/W) deklamierte zwar: „Diese Demonstration der Stärke am falschen Platz ist ein Affront gegen weite Teile der Universität“, doch „wir ziehen ja im Grunde am gleichen Strang“. Ebenso betonten die Fraktionssprecher von SPD und FDP bei ihrer Forderung nach der Entlassung Hahns, die „grundsätzliche“ Übereinstimmung in hochschulpolitischen Fragen.

Bildungsbudget eingefroren

„Es tritt keine reale Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation gegenüber dem Status quo ein.“ So lautet das Fazit einer 100seitigen Arbeitsbrüschüre, die aus der Bund-Länder Kommission für Bildungsplanung stammt. Sie dient der Vorbereitung eines mittelfristigen Bildungsbudgets. Die anvisierten Bildungsausgaben für 1975 sollen anstatt 58 Milliarden nur noch 53 Milliarden Mark betragen. Wichtige Teile der Reformen im Bildungs- und Schulwesen werden eingefroren. So z. B. der Ausbau des Beratungswesens sowie notwenige Innovationen im Bildungsbereich haben die Aussicht für immer auf Eis gelegt zu sein. Völlig ausgeklammert bleiben die Erweiterung der Ausbildungsförderung zugunsten der Schüler des Sekundarbereichs eins. Auf Grund dieser Ergebnisse mutet

das Resultat der hessischen Landesregierung, Lehrer werden bald arbeitslos, als geradezu lachhaft an.

UNO kritisiert die Bundesregierung

Die Außenpolitik der sozial-liberalen Bundesregierung ist seit einiger Zeit das Ziel heftiger Kritik durch die UNO, weil die Bundesregierung sowohl den portugiesischen Kolonialismus und dessen Krieg in Angola, Mozambique und Guinea-Bissau als auch die Zementierung der süd-afrikanischen Herrschaft in der ehemals deutschen Kolonie Namibia unterstützt. Die BRD hat bisher die Boykottresolutionen gegen Auslandsinvestitionen weitgehend mißachtet. „Das Netzwerk deutscher Interessen, einschließlich wirtschaftlicher“ (Barbara Rogers) umfaßt nicht nur in Afrika die Regionen, die unter reaktionärster Herrschaft stehen, unter portugiesischer und südafrikanischer.

Man darf sich aber nicht der Illusion hingeben, daß sich die UNO zum Fürsprecher einer wirklich unabhängigen Entwicklung der kolonisierten Völker macht. In dieser Institution sind die Repräsentanten aller imperialistischen Länder vertreten und diese haben es auch in der Vergangenheit vermocht, über die UNO ihre Herrschaftsansprüche durchzusetzen. Wenn die UNO sich heute gegen das alte Kolonialsystem verwendet, dann weil diese rigide und von der Zeit überholte Herrschaft geeignet ist, Widerstandsbewegungen eines Ausmaßes zu produzieren, die später nicht mehr kontrollierbar wären, nicht einmal mehr mit den geschickten verschleierte Interventionsmethoden des modernen Imperialismus.

U-Boot für Athen!

Ein griechisch-orthodoxer Pope weihte am Donnerstag auf dem Gelände der Kieler Howaldtwerft das knapp 1000 Tonnen große Unterseeboot „Proteus“ und übergab es der griechischen Kriegsmarine. In Anwesenheit des königlich-griechischen Botschafters in

Bonn, Sioris, wurde das Tauchschiff auf der Kieler U-Boot-Werft übernommen. Es verließ am Freitag Kiel und wird Anfang Februar nächsten Jahres in Griechenland eintreffen.

Damit hat Griechenland alle vier U-Boote die es in Kiel bestellte, erhalten. Die Werft soll ferner je zwei U-Boote etwa des gleichen Typs für die süd-amerikanischen Staaten Peru, Kolumbien und Argentinien bauen.

Rundfunkfreiheit?

Der Streit zwischen der bayerischen Opposition und der CSU um das Volksbegehren „Rundfunkfreiheit“ strebt einem Höhepunkt entgegen. Die SPD- und FDP-Mitglieder des kulturpolitischen Landtagsausschusses verließen am Donnerstag in München unter Protest die Ausschusssitzung in der über das von dem „Landesbürgerkomitee Rundfunkfreiheit“ eingebrachte Volksbegehren und über den Alternativvorschlag der CSU beraten werden sollte. Die verbleibenden CSU-Politiker entschieden nach Angaben eines Sprechers danach einstimmig, daß der CSU-Gesetzentwurf, der die Möglichkeit der Einrichtung privater Rundfunksender enthält, mit in das Verfahren aufgenommen wird. Der SPD-Abgeordnete Anton Hochleitner erklärte, nach der Geschäftsordnung des Bayerischen Landtages habe ein Ausschuß nicht das Recht, Gesetzentwürfe einzubringen.

Santo Domingo

Die Marionettenregierung der USA in Santo Domingo, Balaguer, bereitet wieder einmal die Ausrufung des Ausnahmezustandes und die militärische Besetzung der Universitäten vor, weil die Universitätslehrer ein Ultimatum der Regierung zur Beendigung eines Streiks abgelehnt haben. Professoren und Lehrer hatten sich mit ihrem Streik mit dem politischen Kampf der Studenten gegen das korrupte System von politischem Mord und staatlichem Terror solidarisiert. Balaguer, der von den USA eingesetzte Präsident, erhielt von der Bevölkerung den Beinamen „die Witwe Trujillos“.

Studentenparlamentswahlen in Frankfurt

Die Studentenparlamentswahlen brachten keine Überraschungen. Die nichtsozialistischen Gruppen erhielten wie eh und je ihre 37 %; der KSV, der sehr viele Studenten mit seiner Phrasendrescherei und seinem schwerfälligen bürokratischen Gehabe verärgerte, verlor einen großen Teil seiner Wähler an

den SHB/SF, der wiederum, wie zu erwarten, seinen überwiegenden Anteil an sozialdemokratischen Wählern dem neugegründeten SHB überlassen mußte. Der Spartakus verliert allmählich seine Relevanz als „Erbe und Leichenschänder der antiautoritären Bewegung“ – gegenüber 1970 ist er nunmehr halbiert.

Gegenüber dem Vorjahr läßt sich ein Erdbeben bei den Medizinerinnen zugunsten der Nichtsozialisten feststellen (der Swing zu ihren Gunsten betrug 26 %). Ansonsten lag der Swing bei

maximal ± 6 %. Zur Untersuchung des Wählerverhaltens lassen wir deshalb, um Verzerrungen zu vermeiden, die Mediziner unberücksichtigt. So ergibt sich folgendes:

	1972	1971
Wahlberechtigte	20 000	18 028
abgegebene Stimmzettel	8 251	6 700
ungültige Stimmen	96	90
abgegebene gültige Stimmen	8 155	6 610
Wahlbeteiligung	41,26 %	37,1 %

ADS sozialliberal	2 272 (27,86 %)	1 951 (29,5 %)
SHB/SF	1 950 (23,91 %)	1 662 (25,1 %)
Sozialdemokratischer Hochschulbund	1 650 (20,23 %)	—
RCDS	860 (10,55 %)	528 (8,0 %)
KSV	783 (9,60 %)	1 716 (26,0 %)
MSB Spartakus	455 (5,58 %)	470 (7,1 %)
Dem Volke dienen/KHF	185 (2,27 %)	—
KSG/ML	—	198 (3,0 %)
Chemie Sekundarstufe	—	85 (1,3 %)

Sitzverteilung:	1972	1971
ADS sozialliberal	6	7
SHB/SF	6	6
Sozialdemokratischer Hochschulbund	5	—
RCDS	2	2
KSV	2	6
Spartakus	1	1
	22	22

Aufgeteilt in die Stimmbezirke III–V (Lehrerbildende Fächer mit 3861 Wählern) und die Stimmbezirke I, II, VI und VII

(Jura, Wiwi, Naturwissenschaften und Medizin mit 4294 Wählern) ergeben sich folgende Prozentsätze:

	III–V	I, II, VI, VII
ADS	18,9	36,0
RCDS	6,7	14,0
SHB	19,6	20,8
Spartakus	7,4	3,9
SHB/SF	29,2	19,2
KSV	15,1	4,6
KHF	3,1	1,5

Ein Vergleich nach Stimmbezirken ergibt:

	I	II	III	IV	V	VI	VII
ADS	29,1	40,1	12,2	20,3	23,3	31,9	45,6
RCDS	16,3	11,0	4,8	8,3	7,2	16,8	11,0
SHB	22,0	22,7	16,7	20,4	21,5	23,2	12,6
Spartakus	4,6	2,8	7,5	6,9	7,7	4,8	3,3
SHB/SF	23,0	17,1	36,8	27,2	24,3	15,6	22,0
KSV	3,8	5,0	17,9	14,8	13,0	5,8	3,6
KHF	1,2	1,3	4,0	2,1	3,0	1,9	1,8

	1971	1972	Differenz
ADS	29,41	25,96	— 3,45
RCDS	7,87	10,49	+ 2,62
SHB/SF	23,26	24,12	+ 0,86
KSV	28,65	10,25	—18,40
KSG/ML (KHF)	3,16	2,31	— 0,85
SHB	—	21,05	+21,05
Spartakus	7,65	5,82	— 1,83

Leider können wir nur grob Wählerwanderungen feststellen, abweichendes Wahlverhalten der Erstwähler, die sich aus erhöhter Wahlbeteiligung und Neumatrikulation ergibt, kann nicht ermittelt werden.

Unter dieser Voraussetzung ergibt sich folgendes: Die kommunistischen Gruppen KSV und KHF haben 60 % ihres bisherigen Wähleranteils an den SF abgegeben, der wiederum 80 % seines bisherigen Wähleranteils

dem SHB überlassen mußte. Dieser gewann zudem kleinere Anteile von Spartakus und ADS, so daß seine Wähler zu ca. 87 % vom alten SHB (nunmehr SHB/SF), 9 % von Spartakus und 4 % vom ADS stammen. Der Spartakus verlor 24 % seines Anteils an den SHB. Das ADS behielt 88 % seines bisherigen Anteils, verlor 3 % an den SHB und 9 % an den RCDS. Dieser hat in seinem jetzigen Wähleranteil 25 % bisherige ADS-Wähler.

Sozialistische Gruppen	1969	1970	1971	1972
SDS	25,0	—	—	—
Trikont	—	10,3	—	—
Spartakus	—	11,0	7,1	5,8
KSV	—	—	26,0	9,6
KSG/ML	—	—	3,0	—
KHF	—	—	—	2,3
SHB/SF (bis 1971 als SHB)	—	—	—	23,9
	25,0	21,3	36,1	41,4

Parteilgebundene Gruppen	1969	1970	1971	1972
SHB (Juli 1972 neugegründet)	26,0	49,5	25,1	20,2
LSD	6,0	—	—	—
RCDS	—	4,2	8,0	10,5
	32,0	53,7	33,1	30,7

Überparteiliche Gruppen:	1969	1970	1971	1972
ADS	37,0	24,9	29,5	27,9
Splittergruppen	6,0	—	1,3	—
	43,0	24,9	27,9	30,8

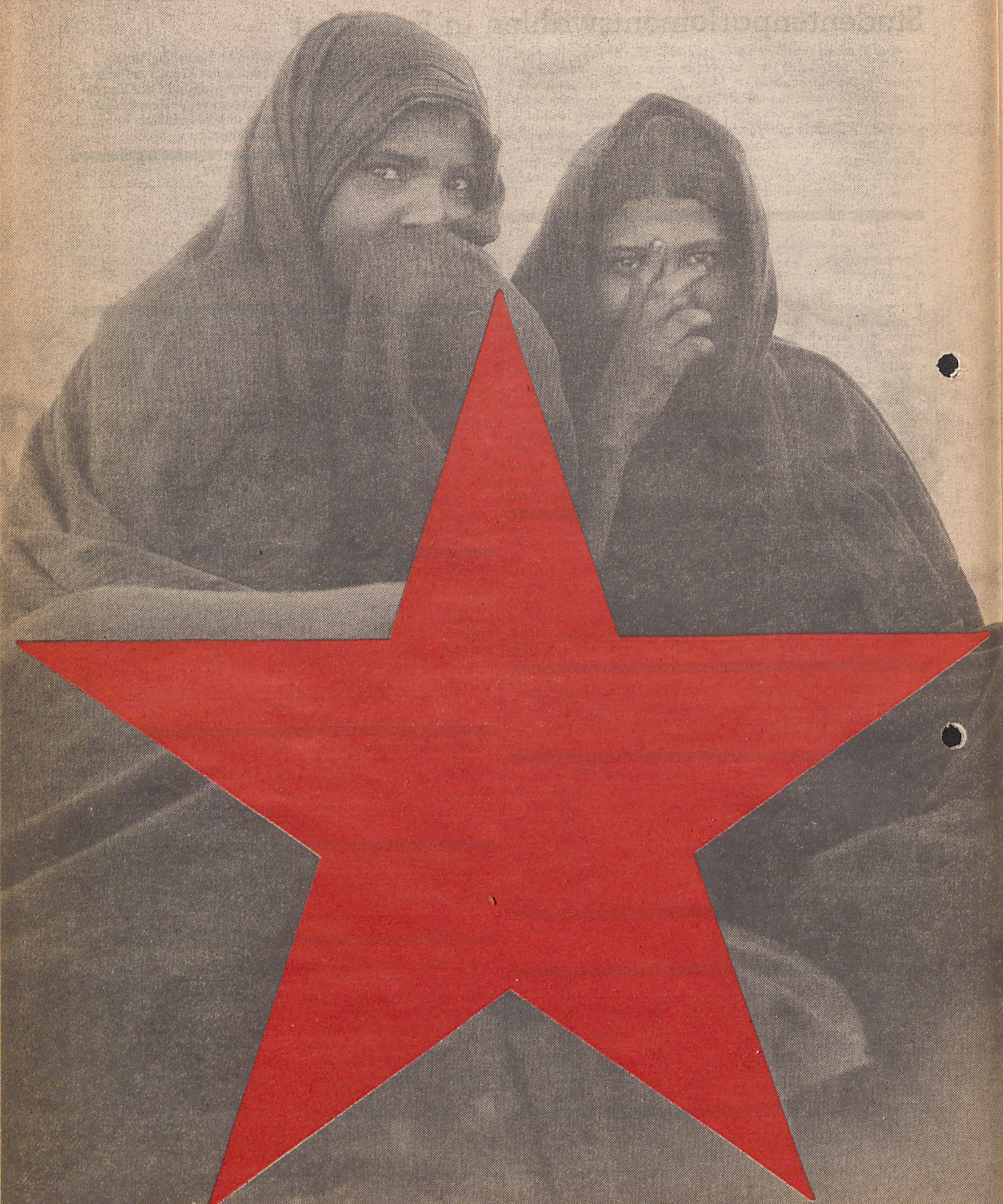
Es läßt sich also ein eindeutiger Trend zu den sozialistischen, nicht parteigebundenen Gruppen feststellen, der nur kurz 1970 unterbrochen war. Waren es vor drei Jahren erst 25 % der Studenten, die sich „außerhalb des Systems“ stellten, sind es nunmehr 41 %. Der Stimmenanteil der „systemtragenden Gruppen“ (um es vornehm auszudrücken) ist von erstaunlicher Konstanz. Ausgenommen 1970,

als es vorübergehend dem SHB gelang, einen Teil der „gemäßigten“ bis rechten Studenten für sich zu gewinnen, betrug ihr Anteil stets 37–38 %.

Es bleibt nun Aufgabe der linken Gruppen, mit Spekulationen rechter Kreise (wie der FAZ) auf einen nichtmarxistischen Asta gründlichst aufzuräumen. Der eindeutige Wählerauftrag lautet: Kampf dem kapitalistischen Ausbildungsbetrieb!

ਸਾਹਿਬਜ਼ਾਦੇ ਅਤੇ ਮਾਝਾਣੀ

ਸ਼੍ਰੀ ਚਾਰਚਾਰੀ ਸਾਹਿਬਜ਼ਾਦੇ ਅਤੇ ਮਾਝਾਣੀ



Der Sprung vom Hunger in die Armut - Algerien auf dem Weg zum Sozialismus.

Nach weniger als einem Jahrzehnt des sozialistischen Aufbaus kann die algerische Demokratische Volksrepublik als eines der fortgeschrittensten Länder der armen Welt gelten. Es ist eines der wenigen Länder — in strengem Sinn sogar das einzige Land — Afrikas, das eine tatsächliche Selbständigkeit erkämpft hat, das den Sprung vom Hunger in die Armut geschafft hat.

Gerade dieser Erfolg aber verdeutlicht, unter welchen Schwierigkeiten ein jahrzehntelang unterentwickelt gehaltenes Land seine Selbständigkeit erkämpfen muß, Schwierigkeiten, die auch in Algerien noch lange nicht aus dem Wege geräumt sind. Die folgende Darstellung will versuchen, einige der grundsätzlichen Probleme dieser Art und die spezifischen Ansätze zu ihrer Lösung am Beispiel Algeriens aufzuzeigen. Ein Land, das seine Unabhängigkeit in einem achtjährigen Befreiungskampf errungen hat, der das Opfer von mehr als einem Zehntel der Bevölkerung forderte und das nun mit ähnlicher Verbissenheit auf dem Weg zur sozialistischen Industrialisation sich befindet.

Das Erbe der Colons: Monokultur

Denn immer noch leben fast zwei Drittel der Bevölkerung — nämlich acht von 13 Millionen Menschen — direkt oder mittelbar von der Landwirtschaft, die noch weitgehend von den Zwängen der Monokultur beherrscht wird. Algerien ist ein Lehrmodell für die Auswirkungen des Siedlungskolonialismus auf die Struktur der Landwirtschaft. In der Zeit der französischen Okkupation war die Agrarproduktion der Colons der wichtigste Exportzweig des Landes — allerdings ausschließlich ausgerichtet auf die Bedürfnisse des französischen Marktes. Wichtigstes Anbauprodukt wurde der Wein — ein sehr nützliches Produkt in einem Land, dessen moslemischen Einwohnern der Weingenuß untersagt ist. Die vertraglich festgelegten Absatzgarantien wurden 1966 von Frankreich annulliert; auf Betreiben der südfranzösischen Winzer, die — zum Großteils selbst ehemalige Colons — mit Straßensperren und Demonstrationen die unliebsame Konkurrenz bekämpften. Heute noch werden in Algerien jährlich 7 Millionen Hektoliter produziert, aber die Marktordnung der EWG, die Algerien immer noch als Provinz diskriminiert, verschließt den übrigen westeuropäischen Markt nach dem Willen Frankreichs.

Ähnlich wie beim Weinbau liegen die Verhältnisse bei den anderen Agrar-

produkten, die von den Colons eingeführt wurden. Die ausgedehnten Zitrusplantagen — während des spanischen Bürgerkriegs als Kompensation für den dortigen Produktionsausfall angelegt — produzieren mehr, als im Inland verbraucht werden kann. Frankreich hat auch hier seine Abnahmegarantien zurückgezogen — ebenso wie im Tabakbau und in der Frühgemüseproduktion. In allen Fällen versperrt die EWG das Ausweichen auf andere nahegelegene Märkte, — währenddessen ist der lebensnotwendige Inlandsbedarf an Brotgetreide noch nicht gedeckt.

Krise des selbstverwalteten Agrarsektors

Betroffen von dieser Entwicklung ist in erster Linie der sozialisierte Sektor der algerischen Landwirtschaft, jene 2188 Selbstverwaltungsbetriebe, die aus den 22 000 Kolonistenfarmen hervorgegangen sind. In diesen durchschnittlich tausend Hektar großen Betrieben hatten unmittelbar nach dem Befreiungskampf Kriegsveteranen und landlose Bauern Selbstverwaltungskomitees eingerichtet, die notdürftig improvisierend den Produktionsablauf aufrecht erhielten. Es war nicht verwunderlich, daß ein Teil dieser Landarbeiter nach mehr als einem Jahrhundert Ausbeutung und Unterdrückung im System der Selbstverwaltung eher ein Instrument der Sozialfürsorge sah und Selbstversorgung als das Nächstliegende schätzte. Die objektiv — durch den Zwang der Monokultur — und subjektiv — durch den Mangel an Ausbildung und Disziplin — vermittelten Schwierigkeiten führten zur Krise des selbstverwalteten Agrarsektors, die von der Regierung Boumedienne nicht — wie von einigen technokratischen Apologeten der Privatinitiative gewünscht — mit einer Reprivatisierung und Parzellierung, sondern durch straffere Zentralisation und Koordination beantwortet wurde. Vorerst führte auch hier das Fehlen ausreichend qualifizierter Kader nur schrittweise zur Besserung der Situation. Unter den Direktoren der Selbstverwaltungsbetriebe, den staatlich eingesetzten Aufsichtsorganen im Verwaltungsrat der Domänen, besaßen 1969 nur 14 Prozent eine landwirtschaftliche Ausbildung.

Bisland noch nicht durchgesetzt ist die beabsichtigte Beschränkung des noch vorhandenen privaten Großgrundbesitzes auf Betriebsgrößen, die mit familieneigenen Arbeitskräften bewirtschaftet werden können. Nicht zuletzt scheut die Regierung Boumedienne vor der Auseinandersetzung

mit der keineswegs ohnmächtigen Agrarbourgeoisie zurück.

Archaische Anbaumethoden

Ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird von kleinen Bauern privat bestellt, die noch der traditionellen Subsistenzwirtschaft zugehören, die kaum den nötigen Lebensunterhalt produzieren kann. Hier versagen vorerst Bestrebungen zur Anbauintensivierung und Ertragssteigerung. Ein sich ausbildendes Genossenschaftssystem auf Gemeindebasis mit gemeinsamem Maschinenpark und Verteilersystem steckt noch in den Anfängen. Die Auswirkungen des Krieges sind bei diesen armen Bergbauern — vor allem im Aurés und der Großen Kabylei — noch lange nicht überwunden. Sie waren fast alle von der brutalen Umsiedlungsaktion der französischen Armee betroffen, ihre Äcker wurden verbrannt, die Siedlungen zerstört, das Vieh vernichtet, um der Guerilla die mögliche Basis zu entziehen.

Viele dieser Landstriche liegen heute noch verödet. Aber vor allem dort, wo soziale Bindungen an Großfamilien, Fraktionen und Stämme noch weitgehend intakt sind, wie bei den Berbern der Gebirgsregionen, sind Wiederansiedlung und Neuaufnahme der Subsistenzproduktion nach dem Krieg besonders häufig gewesen. Gleichzeitig ist hier aber das Festhalten an archaischen Anbaumethoden am stärksten ausgeprägt. An diesen Bauern sind die Veränderungen, welche die algerische Revolution mit sich brachte, noch weitgehend spurlos vorübergegangen, sie fühlen sich — nicht zu Unrecht — benachteiligt, zumal sie die Hauptlast des Kampfes zu tragen hatten.

Ganz allgemein ist die strukturelle Unterbeschäftigung im Agrarsektor gravierend, doch bleibt die Landwirtschaft noch in langer Zukunft der Haupterwerbszweig der algerischen Bevölkerung. Dafür wird die ganzjährige personelle Überbesetzung in den Kollektivbetrieben in Kauf genommen, auch wenn deren aus der Kolonialzeit überkommene Ausrichtung auf wenige Einzelprodukte mit kurzen Erntezeiten, die saisonal mehr Arbeitskräfte verlangen würden, einen Arbeitsausgleich nicht zuläßt. Die Rechnung kann hier nicht auf Rentabilität ausgestellt werden: Denn Selbstverwaltung und soziale Sicherheiten sind nur ein kleiner Ausgleich dafür, daß die algerischen Bauern am meisten während des Krieges unter der Brutalität des französischen Kolonialismus gelitten haben.

Aufbau einer leistungsfähigen Grundindustrie

Die französische Kolonisation war an allem interessiert, nur nicht an der Industrialisierung Algeriens. Die komplementäre Beziehung zur Metropole stand im Vordergrund. Auch in den ersten Jahren nach der Unabhängigkeit unter Ben Bella war die Industrialisierung nur zögernd vorangetrieben worden — wenn überhaupt, dann nur in der weiterverarbeitenden Industrie: Textil- und Schuhfabrikate. Im Vordergrund stand die Agrarreform und die Hebung des landwirtschaftlichen Standards. Nicht zuletzt aber spielten auch ideologische Aversionen gegen eine Industrialisierung und die damit verbundene Stärkung der ohnehin unruhigen Arbeiterklasse bei dieser zögernden Politik mit hinein.

Die Regierung Boumedienne sah im Gegensatz dazu den einzigen Ausweg aus dem desolaten Zustand der algerischen Wirtschaft im beschleunigten Aufbau einer leistungsfähigen Grundindustrie. Dieser Aufbau lag vollständig in den Händen neugegründeter Staatsgesellschaften.

Die 285 Betriebe der kleinen und mittleren Industrie, die von französischen Besitzern übernommen worden waren, blieben als „industries autogérées“, als nach dem Prinzip der Arbeiterselbstverwaltung geführte Betriebe erhalten; hier wurde entsprechend den landwirtschaftlichen Selbstverwaltungsbetrieben die Möglichkeit der zentralistischen Eingriffe in die Betriebsautonomie so weit verstärkt, daß sie de facto staatlich kontrolliert sind. Privatunternehmen in der Kleinindustrie (Konfektion, Wirkwaren, Webereien) wurden und werden bewußt gefördert.

1971 — nach fünf Jahren — hat Algerien den Ausbau der Grundindustrie so weit vorangetrieben, wie kaum ein anderer Staat in der Dritten Welt.

In wichtigen Sektoren der Schwerindustrie (Stahl, Röhren) und Teilen der Petrochemie (Ammoniak, Düngemittel) kann der Eigenbedarf bereits voll gedeckt werden. Basis dieser stürmischen Entwicklung bildeten die großen Erdöl- und Erdgaslager in der algerischen Sahara. Diese Förderungen wirken in doppelter Weise stimulierend: Einmal wird ein erheblicher Teil ausgeführt und steigert die Deviseneinnahmen für künftige Investitionen. Diese Einnahmen stiegen von 50 Millionen algerischer Dinar (1 D = ca. 0,75 DM) im Jahr 1962 auf 1,45 Milliarden Dinar im Jahr 1969. Ein wachsender Teil der Förderung aber

kann dem Verbrauch im Inland zugeführt werden, so daß die weiterverarbeitende Industrie Algeriens Energie erheblich unter dem Weltmarktpreis beziehen kann.

Mit dem Erfolg der Industriepolitik in den Jahren 1969/70 konnte sich die Regierung Boumedienne an eine radikale Änderung ihrer Außenwirtschaftspolitik mit Frankreich wagen.

In dem Augenblick, da Algeriens Industrie sich nicht mehr nur an das französische Kapital allein gebunden sah, sondern durch Sparsamkeit und gezielte Investitionspolitik auch mit anderen westeuropäischen Kapitalisten geschickt zu taktieren vermochte, war endlich die Möglichkeit gegeben, sich aus der würgenden Klammer des ehemaligen Kolonialherren zu befreien: Im Februar 1971 wurden der gesamte Erdgasbereich und das Pipelinesystem sowie die Mehrheit der Anteile an der Erdölproduktion nationalisiert.

Eine längst überfällige Maßnahme, denn noch 1970 vereinnahmten französische Gesellschaften nicht weniger als 70 Prozent der Erträge aus der algerischen Erdölproduktion. Das Wolfsgeheul in den Wirtschaftsteilen der bürgerlichen und liberalen Presse, das diesen notwendigen Akt begleitete, gab einigen Aufschluß darüber, welche Tragweite eine bestimmte Lobby diesem Vorgang beimaß, dieser selbstverständlichen Notwehrhandlung, mit der ein Jahrhunderte ausgeplündertes Land den ersten Schritt zur ökonomischen Unabhängigkeit unternimmt.

Arbeiteraristokratie und Etatismus

Immer noch aber steht die Industrialisierung Algeriens einem vorerst nicht lösbaren Dilemma gegenüber: Der Aufbau der Grund- und Schwerindustrie ist weitgehend kapitalintensiv, die dringend benötigten Industriearbeitsplätze aber werden in diesem Sektor kaum geschaffen. Dem Überangebot an Arbeitskräften steht jedoch ein spürbarer Mangel an qualifizierten Arbeitern gegenüber. Im Augenblick fehlen noch fast 40 000 Facharbeiter; dieser Fehlbestand wird sich eher vergrößern, denn die immensen Ausbildungsanstrengungen in Berufsausbildungszentren, Lehrwerkstätten ausländischer Partnerfirmen etc. halten mit der industriellen Expansion kaum Schritt.

Die wirklich hochqualifizierten Facharbeiter erhalten zum Teil schon höhere Löhne als etwa in Frankreich. Diese Löhne, die manchmal mehr als das Zehnfache des allgemeinen monatlichen Durchschnittseinkommens von 100 DM ausmachen, bergen die Gefahr der Heranbildung einer

Arbeiteraristokratie in sich, mit all den Tendenzen die Klassensolidarität zu zersprengen. Andererseits ist der materielle Anreiz eine der wenigen Möglichkeiten, die drohende Abwanderung als Arbeitsemigranten nach Frankreich zu verhindern.

In den staatlichen Gesellschaften, den „Sociétés Nationales“, haben die Technokraten völlig die Überhand, Ansätze zur Arbeiterselbstverwaltung sind — außer im Bereich der Sozialfürsorge — in die fernste Zukunft gerückt. Die Erfüllung der ehrgeizigen Planungsdaten steht an erster Stelle; der Vierjahresplan 1970-73 sieht nicht weniger als 30 Milliarden Dinar als öffentliche Investitionen für die wirtschaftliche Entwicklung vor. Auf dem beschleunigten Ausbau der Stromversorgung, Erdöl- und Erdgasproduktion, der Petrochemie, der Stahl-, Eisen-, Zementindustrie liegt das Hauptgewicht. Die allgemeine Expansionsrate soll jährlich 9 Prozent betragen, die der Industrieproduktion 13,4 Prozent. Der private Konsum, der seit 1962 jährlich um 2 bis 3 Prozent stieg, soll im Verlauf des ganzen Vierjahresplans nur um 5 Prozent steigen.

Die Rigidität dieses ökonomischen Etatismus, die sich hinter diesen technokratischen Planungsziffern verbirgt, erscheint notwendig, wenn davon ausgegangen wird, daß nur die wirtschaftliche Selbständigkeit in der Grund- und Schwerindustrie die Befreiung aus der neokolonialen Abhängigkeit ermöglicht.

Reorganisation der FLN

Die Massenorganisationen Partei und Gewerkschaft waren, bedingt durch das autokratische Lavieren Ben Bellas, wie durch die politische Apathie im Gefolge des Staatsstreichs von Boumedienne, ihrer eigentlichen Aufgabe, politisch tragender Ausdruck des Willens der Massen zu sein, enthoben.

Die Reorganisationen der FLN, vor allem der Aufbau eines effektiv arbeitenden Parteiapparates wurde erst 1967/68 wieder in Gang gesetzt, als Kaid Ahmed zum Verantwortlichen für den Parteiapparat im Revolutionsrat bestimmt wurde. Die theoretischen Diskussionen in den Jahren von 1963 bis 1965 wurden nicht wieder aufgenommen; im Gegenteil herrscht seitdem eine ausgesprochene Theorieangst, wenn nicht gar -feindlichkeit vor. Wichtig schien nur, eine Verbindung zu den algerischen Massen wiederherzustellen, die schon lange verlorengegangen war.

Aktuell wurde das Problem einer arbeitsfähigen Massenorganisation anlässlich der Durchführung der Kommunal-

reform entsprechend der „Charte communale“ der Kommunalgesetzgebung, die am 18. Januar 1967 in Kraft trat. Die darauffolgenden Gemeinderatswahlen vom 5. Februar erfolgten zwar nach Einheitslisten der FLN, auf denen doppelt so viele Kandidaten aufgeführt waren, als Sitze zu vergeben waren, aber die Parteiorganisation war außerstande, von sich aus die Kandidaten verantwortlich auszuwählen.

Die Wahlbeteiligung lag zwischen 70 und 80 Prozent, aber von den 450 kandidierenden Frauen wurden nur 45 gewählt. Eine Ausnahme bildete Algier, wo alle sechs Kandidatinnen gewählt wurden.

Der Verlauf der Gemeindewahlen, vor allem aber die erfolgreiche Arbeit der Gemeinderäte, die weitreichende Kompetenzen in der Wirtschafts- und Entwicklungspolitik erhielten, bot endlich neue Anstöße für die Organisation der weiteren Parteiarbeit. Die aktiven Parteimitglieder mußten nun in konkreter Mitarbeit in den Kommunen ihr Engagement erweisen. Entsprechend der Dezentralisation eines Teils der Entscheidungsgewalt in den Kommunen, begann der Neuaufbau des Parteiapparats mit der Bildung von Organisationsstrukturen, die der künftigen Basis näher stehen, gleichzeitig aber auch die politische Kontrolle der Administration sichern sollten. Die letzten Gemeindewahlen im Februar 1971 zeigten durch Vorbereitung, Kandidatenauswahlversammlungen und Ergebnis, daß die FLN diese Aufgabe durch intensive Basisarbeit gelöst hat.

Der Konflikt mit den Studenten

Einerseits hat die FLN ihren Charakter als Honoratiorenpartei von Veteranen des Befreiungskampfes und Opportunisten allmählich abstreifen können, konnte sie ihre Basis ausbreiten; andererseits ist ihr Versuch, sich auch das kritische Potential des algerischen Studentenverbandes einzuverleiben, gründlich schiefgegangen. Die Studentenvertreter weigerten sich, ihre Autonomie aufzugeben. Daraufhin wurde der Verband zwangsweise aufgelöst. Ein Universitätsstreik im Januar 1971 wurde von der Polizei zusammengeknüpelt, die Universität zeitweilig geschlossen. Der Konflikt ist vorerst noch nicht endgültig ausgetragen, die Konfrontation hat sich verschärft.

Die besonderen Verhältnisse der Studenten in Algerien haben bisher die Isolierung der politisch aktiven Minderheit unter ihnen noch nicht aufheben können. Algerien hat im Gegensatz zu anderen Ländern mit vergleichbarer Struktur nur

eine sehr geringe Anzahl Studenten, zu wenige für die Bedürfnisse des Landes. Die verhältnismäßig hohen Stipendien und umfassenden Sozialleistungen lassen sie den Massen leicht als Privilegierte erscheinen. Allein die Vermutung, die politisch Aktiven unter ihnen würden laizistische Tendenzen fördern — ein Verdacht, der durch die ungeschickte Kampagne des Studentenverbandes gegen die Arabisierung nahegelegt wurde —, reichte aus, mögliche Sympathisanten außerhalb der Universität abzuschrecken.

Noch divergieren die Absichten der politisch aktiven, progressiven Studenten und die unmittelbaren Bedürfnisse der Massen, die sich weit stärker als früher mit den Anstrengungen der algerischen Führung, die objektiven Schwierigkeiten des Landes zu überwinden, identifizieren. Solange aber dieser Bezug seitens der engagierten, linken Studenten nicht hergestellt wird, bleiben die Ansätze zur Revolte notwendig abstrakt.

Andererseits bilden sie die ständige Herausforderung für die Kader der FLN, den zum Teil bloß verbalradikal geäußerten sozialistischen Anspruch endlich konsequenter voranzutreiben. Die FLN hat es in den letzten Jahren verstanden, sich in den Selbstverwaltungsorganen zu verankern und wirksame Arbeit auf kommunaler Ebene zu leisten; von ihrem Verhältnis zur kritischen Intelligenz aber wird es abhängen, ob sie tatsächlich den Charakter einer Avantgarde-Partei für sich proklamieren kann.

Sie finden bei uns Literatur folgender Fachgebiete:

Philosophie, Soziologie, Psychologie, Pädagogik, Geschichte, Politische Wissenschaft.

Allgemeine Sprach- und Literaturwissenschaft, Germanistik, Romanistik, Anglistik, Altphilologie.

Volkswirtschaftslehre
Betriebswirtschaftslehre
Rechtswissenschaft

Ausbau des Primarschulwesens

Das in den nächsten Jahrzehnten immer noch folgenreichste Erbe der französischen Kolonialherrschaft besteht im Ausbildungswesen — oder besser im Versäumnis eines solchen. Die französischen Zivilisationsbemühungen konnten nach ihrem Abzug über dem Strich 80 Prozent Analphabeten aufweisen. Die Versäumnisse auf dem Schulsektor, bewußt betrieben, beruhten bei den Colons auf einer Ideologie, die den Vorstellungen Himmlers für das Unterrichtswesen im besetzten Polen nahe kam. So wurde auf Betreiben des Kolonats 1908 ein Gesetz von 1886, das die Primarschulerziehung Algeriens mit der Frankreichs gleichgestellt hatte, außer Kraft gesetzt und damit die unbeschränkte politische Herrschaft und wirtschaftliche Vorrangstellung der Algerienfranzosen institutionell auch in den Schulen verankert. Erst in den fünfziger Jahren wurde — viel zu spät — die Scholarisationsrate der Algerier etwas erhöht. Zu Beginn des Unabhängigkeitskrieges besuchten 300 000 algerische Schulkinder die Primarschule (bei ca. 3 Millionen im schulpflichtigen Alter), am Ende des Krieges hatten sich die Schülerzahlen verdoppelt. Die großen Anstrengungen der algerischen Regierung, das Primarschulwesen auszubauen, führten dazu, daß heute zwei Millionen Algerier zwischen sechs und vierzehn Jahren die Grundschule

Wissenschaftliche Buchhandlung Theo Hector



Frankfurt am Main
Gräfstraße 77, an der Universität
Telefon 777303 und 779683

besuchen. Dennoch hat dieser Ausbau mit dem Bevölkerungszuwachs nicht Schritt gehalten, denn erst die Hälfte aller schulpflichtigen Kinder kann unterrichtet werden. — Begreiflich angesichts der Tatsache, daß fast 47 Prozent der algerischen Bevölkerung jünger als 15 Jahre sind. Trotz der immensen Ausgaben für das Erziehungswesen, die 1970 bereits ein Viertel des Gesamtbudgets und damit dessen höchsten Posten ausmachten, wird aufgrund des Bevölkerungswachstums der allgemeine Schulbesuch frühestens 1980 verwirklicht werden können.

Arabisierung: Mittel zur kulturellen Identifikation

Die Bedeutung des Arabischen als Mittel der kulturellen Identifikation — aufgrund seiner Diskriminierung und Zerstörung während der kolonialen Unterdrückung — hatte nicht zu unterschätzende Mobilisierungsfunktionen während des Befreiungskampfes. Arabisierung kann daher nicht mit soziokultureller Reaktion verwechselt werden, im Gegenteil — die Geringschätzung dieses Phänomens kennzeichnet den Restbestand eurozentrischen Überheblichkeitswahns, der schon die kolonialistischen Zivilisationsbringer ausgezeichnet hatte. Außerdem wurde die Sprache des Unterdrückers ohnehin nur von einer kleinen Schicht entwurzelter Kleinbürger völlig assimiliert. So aber gewinnt die Arabisierung ein selbstverständliches Gewicht in der kulturellen Dekolonisation; im emanzipatorischen Selbstbewußtsein liegt darin zugleich der Sieg über den europäischen Kulturimperialismus ausgedrückt.

Die Rechtfertigung der Arabisierung kann auf der anderen Seite die Schwierigkeiten nicht übersehen, die das französisch präformierte Schulsystem entgegenstellt. Bisher konnten nur die ersten beiden Grundschuljahre arabisiert werden. Erfolgreicher arbeiten die Abendkurse zur arabischen Alphabetisierung der Erwachsenen, die von freiwilligen Lehrern in Gemeindehäusern, Schulen und Moscheen abgehalten werden. Die große Beteiligung aus allen Altersgruppen der Bevölkerung zeigt, daß hier ein unterdrücktes Bedürfnis breiter Massen sich äußern kann. Es ist ihr Schritt zur Dekolonisation, ihr Kennzeichen dafür, aus eigener Kraft die Deklassierung zu überwinden oder überwunden zu haben.

Eine ausgearbeitete Theorie des algerischen Sozialismus fehlt bis heute, die unmittelbaren pragmatischen Erfordernisse hatten Vorrang. Einig sind sich die

Führer der FLN darüber, was er nicht ist oder sein soll: weder sowjetisch, noch chinesisch, eher schon kubanisch, afrikanisch, jugoslawisch — irgendwie von jedem etwas und doch anders.

Der Bezugspunkt ist eher Ibn Khaldouns Soziohistorie der maghrebinischen Gesellschaft des 14. Jahrhunderts, während Frantz Fanons Verdammte dieser Erde lieber in anderen Ländern und Kämpfen unterstützt werden, als daß seine Theorie der Emanzipation durch die Gewalt des Unterdrückten auf die Situation nach der Unabhängigkeit ausgeformt wird. Der gegen ihn gewandte Atheismusvorwurf trifft schwer in einem Land, dessen Bevölkerung sich zu mehr als 90 Prozent zum Islam bekennt.

Islam contra Sozialismus?

Die Rolle des Islams in einem sozialistischen Land — das einzuschätzen führt auch bei kritischen Köpfen schnell zu einer kaum abgewandelten Kreuzzugsterminologie. Gewöhnlich wird in diesem Zusammenhang übersehen — fast ist's eine Platitude —, daß der Islam keineswegs den erratischen Block darstellt, der von Europa als solcher ausgemacht wird. Weder kam es zur Ausbildung einer Kirche im europäischen Sinn, noch können dem Islam vergleichbare Greuel angelastet werden, von denen die Kirchengeschichte überfüllt ist. Andererseits hatte der Islam es nie unternommen, in seinem Anspruch das Religiöse vom Politisch-Gesellschaftlichen zu trennen. Seine rasche Ausbreitung ist nicht zu trennen von seiner Soziallehre, die nicht umsonst von den Versklavten und Unterdrückten mit fanatischer Begeisterung angenommen wurde.

Es geht nicht darum, den Islam im Gegenzug zur sozialrevolutionären Theorie hochzustilisieren, sondern es gilt aufzuzeigen, welche zentrale Funktion er für die emanzipatorischen Anstrengungen eines kolonisierten Volkes besaß, um zu begreifen, welche Bedeutung er für die Überwindung der kolonialen Entfremdung eingenommen hat.

Auch hier ist es falsch von dem Islam zu sprechen, ohne die besondere Situation in Algerien einzubeziehen. Seit dem Sieg der puristischen Almohaden im 12. Jahrhundert hatte der malekitische Ritus des Islam im Maghreb die Oberherrschaft errungen. Diese streng formalistische Richtung exponierte die theologischen Rechtsgelehrten, die Ulemas, als juristische Instanz zur einflußreichsten Gruppe, die entsprechend dem koranischen Recht alle anfallenden sozio-ökonomischen und

religiösen Streitfragen regelte.

Die rechtsformalistische Schule der Malekiten löste in der maghrebinischen Bevölkerung eine Gegenbewegung aus, die sich den emotionalisierten Formen der Heiligenverehrung ergab. Diese sogenannten Marabuts, heiligmäßig Lebende, mobilisierten lokal eine große Anhängerschaft und — dem Islam fremde — paroxystische Kultformen.

Die islamische Dekadenz im Gefolge der Türkenherrschaft seit dem 16. Jahrhundert förderte im Maghreb den Marabutismus und die aus ihm hervorgegangenen religiösen Bruderschaften — verschworene Gemeinschaften zur Förderung ihres mystisch-synkretistischen Okkultismus. Aus diesen Gefolgschaften heraus entwickelten sich die Ansätze zum maghrebinischen Feudalismus, als in der Folge die Ämter des jeweiligen Stammeschefs und Marabuts — meist in Personalunion — erblich wurden. Während der französischen Okkupation korrumpierten sich gerade die Marabuts durch eifrigste Kollaboration. Marabuts und Führer religiöser Bruderschaften übernahmen die Zivilverwaltung in den Gebieten, die nicht von Colons besetzt waren.

„Der Islam ist meine Religion“

Zu einer Zeit, da nahezu die gesamte arabo-islamische Kultur den „Segnungen“ des Kolonialismus geöffnet war, versuchten um die Jahrhundertwende Reformen wie Al-Afghani und Mohammed Abduh die Ursachen des politisch-kulturellen Schock dadurch zu überwinden, in einer religiös-kulturellen Renaissance die egalitären Momente des Islam neu zu betonen. Ihre Definition eines arabischen Sozialismus hatte mit Sozialismus weniger zu tun, dafür um so mehr mit einem strikten, moralischen Anti-Feudalismus — verbunden mit einer nicht gerade von Kenntnisreichtum getriebenen vehementen Ablehnung des Marxismus. Basierend auf diesen Reformvorstellungen, die für die Entwicklung der „sozialistischen“ Baath-Parteien im Vorderen Orient konstituierend waren, versuchte Ben Badis, in Algerien das zerstörte islamische Schulwesen neu zu organisieren. Zwar umfaßte die von ihm gegründete Gesellschaft der Ulemas nur wenige hundert Mitglieder, ihr Einfluß aber multiplizierte sich entsprechend der Vermehrung der von ihnen installierten Privatschulen.

Ben Badis' Formel: „Der Islam ist meine Religion, Arabisch ist meine Sprache, Algerien ist mein Vaterland“ blieb lange der deutlichste Ausdruck eines neuen,

DM 4.694,- incl. Spaß.

Spaß an einem Auto, das so funktioniert, wie ein Auto funktionieren soll. Spaß an einem Auto, das 4 Personen für ganze Sechsmarkuffzig pro Nase von Köln nach Paris fährt.

Spaß aber auch an dem kindlichen Staunen auf den Gesichtern anderer Autofahrer, wenn man die Hand zum Seitenfenster herausstreckt, ohne erst die Scheibe herunterkurbeln zu müssen. Oder wenn man durch

einfaches Zurückrollen des Daches einen offenen Wagen fabriziert, vor dem jeder stolze Schiebedach-Besitzer erblassen muß – sei es aus Neid oder aus Sonnenmangel.

Spaß ist was Schönes. Der 2 CV auch. Eine der 7.500 Citroën-Service-Stellen in Europa ist in Ihrer Nähe. Citroën Automobil-AG; 505 Porz-Westhoven, Abt. A 31, Postfach 2080.



Citroën empfiehlt TOTAL

CITROËN  2CV

algerischen Nationalbewußtseins — bevorzugt aufgenommen vom frustrierten algerischen Bürgertum, das seine Hoffnungen auf Assimilation schnöde betrogen sah. Der rechtzeitige Anschluß der Ulema-Bewegung an die FLN sicherte ihr den gewonnenen Einfluß auch über den Zeitpunkt der Unabhängigkeit hinaus.

In der Folgezeit entfaltete sich ihre Aktivität hauptsächlich in der Kulturpolitik. Hier untersuchen sie mittlerweile, wie das Fastengebot des Ramadan — in diesem Fastenmonat darf der Moslem von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang keine Nahrung und keine Flüssigkeit zu sich nehmen — mit den Erfordernissen der industriellen Produktion besser in Einklang gesetzt werden kann. Diese offizielle, wenn auch informelle Instanz des Islams in Algerien sieht sich durchaus im Gegensatz zum Marabutismus und den mit ihm verbündeten Resten eines Feudalismus auf dem Land. Dadurch könnte die Form des aufgeklärten Islam im Ansatz ermöglichen, die tiefen Bindungen der algerischen Massen zu ihrer Religion zu modifizieren, die egalitären Momente des Islam nutzbar zu machen.

Gegen den Islam ist vorerst keine Innovation möglich. Ein solches Unterfangen würde eine Kulturaktion auslösen, deren Xenophobie und Fortschrittsfeindlichkeit absehbare Folgen hätte. Sie würde das Ende des algerischen Experiments bedeuten, einen eigenen Weg zum Sozialismus zu finden.

Pragmatisches Taktieren mit dem Imperialismus

Kaum angedeutet wurde bisher die Stellung Algeriens in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus. Auch hier erweist sich der Doppelcharakter der algerischen Situation. Durch seine eigene Vergangenheit verpflichtet, unterstützt Algerien solidarisch die um ihre Befreiung ringenden Völker. Mit der Hilfe, die in seinen schwachen Möglichkeiten liegt, ist es Exil und Basis geworden für verfolgte Militante, stellt Algerien seine Erfahrungen im Guerillakampf den Kämpfern Asiens, Afrikas und der beiden Amerika zur Verfügung.

Neben dieser entschiedenen Solidarität aber zwingt die international-ökonomische Lage ebenso zu pragmatischem Taktieren mit den westlichen Monopolen wie zu positiver Neutralität bei den Auseinandersetzungen der sozialistischen Welt. Diese Politik ist nur von einem Interesse bestimmt: Den Erfordernissen des

eigenen Aufbaues als erstes Rechnung tragen, das aber heißt ein realistisches Einschätzen der Kräfte. Praktische und taktische Moral können so durchaus zeitlich auseinanderfallen.

Kulturelle Abgrenzung von Europa

Eine andere, auf den ersten Blick nicht leicht verständliche Erscheinung ist die betonte kulturelle Abgrenzung von Europa. Hierin liegt nicht nur eine späte Antwort auf die kulturelle Deformation durch den Kolonialismus, sondern die Erkenntnis, daß bei einer Fortsetzung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Strategie der Zeitpunkt nicht mehr fern liegt, da die Abwanderung von qualifizierten Kadern nach Europa nicht mehr länger als gefährlicher Luxus hingenommen werden kann. Gerade die technische Intelligenz ist infolge ihrer europäisch orientierten Ausbildung und den damit verbundenen Konsumtionswünschen auf Europa fixiert. Zeitweise wanderten mehr als die Hälfte der in Algerien teuer ausgebildeten Ärzte nach Frankreich ab, einmal wegen des materiellen Anreizes, zum anderen, um sich der gesellschaftlichen Verpflichtung zu entziehen, zwei Jahre im armen Süden des Landes zu praktizieren.

Hier kann keine Auswanderungssperre helfen, sondern nur eine langfristige, nicht zuletzt kulturelle Umorientierung der Intelligenz auf die lebensnotwendigen Bedürfnisse des eigenen Volkes. In diesem Zusammenhang erscheint auch die Förderung des Islam als ein Mittel, soziale und kulturelle Bindungen zu festigen. Hier verzichtet man bewußt auf den einträglichen Massentourismus, um nicht unerfüllbare Konsumtionsansprüche der eigenen Bevölkerung zu provozieren. Die Zustände in der heilen Welt des Tourismus in Marokko und Tunesien sind da abschreckend genug. Außerdem wird eine zu große Abhängigkeit vom Dienstleistungssektor, der gesellschaftlich unproduktiv bleiben würde, vermieden.

Auf dem Weg zum Sozialismus

Was aber sind die möglichen Erfahrungen aus dem algerischen Weg zum Sozialismus? Als erstes die sozialistische Binsenweisheit, daß von der Diskussion der wahren Theorie noch keiner satt wird; daß im Gegenteil, wenn diese Diskussion den Zirkel der linken Intelligenz nicht durchbricht, das Volk, das eben noch seine revolutionäre Ausdauer bewiesen hat,

sehr schnell sich enttäuscht in die Apathie zurückzieht. Als Ergebnis dieser fehlenden Vermittlung vollzieht sich dann der Aufbau des Sozialismus ohne die unmittelbare Beteiligung der Masse des Volkes als Revolution von oben, deren Verordnungen des Sozialismus eher deklamieren, denn konstituieren. Verheißungen vom Reich der Freiheit träumen nur über die konkreten Bedürfnisse hinweg, ohne das Versprechen auf unmittelbare Verbesserung einlösen zu können. Daher sind pragmatische Verfahren beim Aufbau des Sozialismus zwar langwieriger und autoritär, da sie die begeisterte Anteilnahme der Massen nicht hervorrufen. Ihre Erfolge scheinen vorerst jedoch noch dauerhafterer Natur zu sein.

Der angewandte Pragmatismus kennzeichnet eine andere Besonderheit des algerischen Sozialismus, seine Fähigkeit zum Kompromiß bis zur Paradoxie. War dieser Hang bei Ben Bella bis zum machtpolitischen Opportunismus ausgebildet, so zeigte auch die Regierung Boumedienne das Vermögen, Prinzipientreue nicht zum Hindernis für Koalitionen zu machen. Der technokratische Zug in diesem Verhalten bestimmt den Weg zum Erfolg durch Umwege, die häufig nicht im Einklang mit sozialistischen Vorstellungen zu stehen scheinen. Um so unvermittelter wirkt dann der Umschlag von Anpassungsfähigkeit bis nahe der Selbstaufgabe in plötzliche konsequente Härte.

Eine Frage bleibt unter vielen am Schluß noch offen: Wann wird der autoritäre Etatismus der Übergangsperiode abgelöst von einer tatsächlich sozialistischen Organisation des politischen Willens des Volkes? Das würde den Übergang von technokratischer zu politischer Organisation der Bevölkerung bedeuten. Noch ist der Abstand zwischen der technischen Rationalität des wirtschaftlichen Aufschwungs und der Bewußtseinshaltung des algerischen Proletariats sehr groß. Entscheidend für eine Vermittlung zwischen beidem wird sein, wie weit es der FLN tatsächlich gelingen wird, an der Basis, auf der regionalen Ebene und im Bereich der Betriebe die volle Souveränität des Volkes, die direkte Demokratie, sei es wirtschaftlich, sei es politisch, zu verwirklichen und zu sichern. Ansätze dazu sind vorhanden, die erste Stufe der Industrialisierung ist abgeschlossen, die Basis und der Wille für den Aufbau einer wirklich sozialistischen Gesellschaft kann vorausgesetzt werden.

Jürgen Eckl

VÖLKER HÖRT DIE SIGNALE!



WACHT AUF, VERDAMMTE DIESER ERDE... DIE STETS MAN NOCH ZUM HUNGERN ZWINGT DAS RECHT, WIE BLUT IM KRATERHERDE... NUN MIT MACHT ZUM DURCHBRUCH DRINGT.



REINEN TISCH MACHT MIT DEM BEDRÄNGER HEER DER SKLAVEN, WACHE AUF! EIN NICHTS ZU SEIN, TRAGTES NICHT LÄNGER ALLES ZUWERDEN, STRÖMT ZU HAUF



ES RETTET UNS KEIN HÖHERES WESEN... KEIN GOTT, KEIN KÄSER, KEIN TRIBUN! UNS AUS DEM ELENDE ZU ERLÖSEN... KÖNNEN WIR NUR SELBER TUN!



VÖLKER, HÖRT DIE SIGNALE... AUF GEHT'S! AUF ZUM LETZTEN GEFECHT! DIE INTERNATIONALE... ERKÄMPFT DAS MENSCHENRECHT!



LEERES WORT DES ARMEN RECHTE, LEERES WORT DES REICHEN PFLICHT! ...VEN NT MAN UNS UND KNECHTE ERTRAGT DIE SCHMACH NUN LÄNGER NICHT.



IN STADT UND LAND, IHR ARBEITSLERTE, IHR SIND DIE STÄRKSTE DER PARTEIEN DIE MÜSSIGGÄNGER SCHEBT BEISEITE, DENN DIESE WELT MUSS UNSER SEIN!



UNSER BLUT SEI NICHT DER REICHEN UND NICHT DER MÄCHT'IGEN GIEBERFRASS ERST WENN WIR SIE VERTRIEBEN HABEN, SCHEINT DIE SONN' OHN' UNTERLASS!

CHILE: ITT-DOKUMENTE. US-IMPERIALISMUS IN LATEINAMERIKA.

Die Diskussion über den chilenischen Weg zum Sozialismus, die sich in der internationalen Linken seit dem Wahlsieg Allendes im Herbst 1970 zwischen offener Akklamation und dem Revisionismusvorwurf bewegt, geht weiter. Weiter geht auch der Klassenkampf in Chile, in dem augenblicklich die Reaktion die Initiative an sich gerissen hat und der sich in der bürgerlichen Presse (Spiegel, Rundschau usw.) oberflächlich so darstellt: Wirtschaftskrise, Inflation, Abwertung, Streik. Wenn es auch nicht an Analysen der Bedingungen und Möglichkeiten des „friedlichen Weges“ Chiles fehlt, so ist doch bisher im Dunkeln geblieben, wie sich dieser Prozeß für den US-Imperialismus, insbesondere für das in Chile engagierte US-Kapital darstellt.

Betrifft: Chile. Die ITT-Dokumente
US-Imperialismus in Lateinamerika
Mit einem Beitrag von Brigitte Heinrich
FIVE Frankfurt 1972 DM 7,80

Die nun endlich für den deutschen Sprachraum vorliegende Übersetzung der ITT-Dokumente, von deren Existenz die Weltöffentlichkeit zuerst durch den amerikanischen Kolumnisten Jack Anderson erfuhr, wie der in Chile engagierte US-Konzern ITT in Zusammenarbeit mit dem CIA und engem Kontakt mit der Nixon-Administration versuchte, die Wahl Allendes durch den chilenischen Kongreß zu verhindern, und die auf den Wahlsieg Allendes folgenden Maßnahmen, um einen Sieg „in der zweiten Runde“ – den Sturz der Allende-Regierung – vorzubereiten. Die Dokumente bestehen aus einer Kette von Briefwechseln zwischen leitenden Angestellten der ITT, maßgeblichen Regierungsbeamten und den Kontaktleuten im lateinamerikanischen Raum. Sie spiegeln auf der einen Seite die innenpolitische Situation Chiles bis zum Wahlsieg Allendes, wie sie sich für das US-Kapital darstellt, wider und geben zum anderen einen Einblick in die weitgefächerte Palette imperialistischer Maßnahmen zur Herrschaftssicherung.

Wer bislang die enge Verflechtung von Großkapital und Staat nur theoretisch rezipiert hat, bekommt nun plastisch

vor Augen geführt, wie sich Großunternehmen und höchste Regierungsstellen gegenseitig in die Hand arbeiten, um Kapitalinteressen wo immer zu vertreten. Diese Zusammenarbeit, die den ganzen Briefwechsel durchzieht, findet ihren Höhepunkt in einem Briefwechsel zwischen dem Konzernboß William R. Merriam und Henry Kissinger, in dem der amerikanischen Regierung Aktionen gegen Chile „nahegelegt“ werden (S. 142 ff.); so daß sich sogar die bürgerliche „Washington Post“ wundert: „Was für ein System ist das, in dem es möglich ist, daß eine mächtige Firma durch die Korridore staatlicher Macht stolcht, als wären es ihre eigenen?“

Wer bislang den Zusammenhang von ökonomischer Macht und außerökonomischer Gewalt als unerheblich abgetan hat, wird hier eines Besseren belehrt. Während sich die Maßnahmen des US-Imperialismus zu Anfang noch auf Korruption „... daß wir bereit sind, mit bis zu siebenstelligen Beträgen zu helfen ...“ (S. 15) – auf Einflußnahme auf Presse und Rundfunk – „wir und andere US-Firmen in Chile pumpen einige Anzeigen in El Mercurio hinein ...“ (S. 31) – und auf Einflußnahme auf chilenische Abgeordnete beschränken, geht er im Verlauf der sich verschärfenden Situation zu massivem ökonomischen Druck über (vgl. die Aufzählung wirtschaftlicher Maßnahmen S. 36 ff), um schließlich den Erfolg in der Heraufbeschwörung einer Wirtschaftskrise – „Die Chancen, Allendes Machtübernahme zu vereiteln, sind nun hauptsächlich auf einen wirtschaftlichen Zusammenbruch beschränkt ...“ (S. 43) – und eines Militärputsches zu suchen, der Anlaß für eine militärische Intervention der Vereinigten Staaten geben soll.

Wer schließlich den Prozeß der Verwandlung offen ausgesprochener Kapitalinteressen in bürgerliche Ideologie nachvollziehen will, dem wird spätestens bei dem Briefwechsel mit Kissinger (S. 142 ff.) eingehen, daß die amerikanische Regierung in Chile die „Freiheit“, die „Demokratie“ und das „Wohl des lateinamerikanischen Volkes“ verteidigt.

Die Aufdeckung des ITT-Skandals in Chile, die Veröffentlichung der Doku-

mente haben erneut vor Augen geführt, daß der amerikanische Imperialismus seinen Herrschaftsanspruch eben nicht immer durch direkte militärische Invasion und nicht nur durch Einsatz des paramilitärischen CIA zu verteidigen versucht, sondern, daß Bestechung, diplomatische Einflußnahme, ökonomischer Druck und nicht zuletzt die Einbeziehung linker Bewegungen in ihre Strategie („... auch wurden Anstrengungen fortgesetzt, die extreme Linke zu provozieren, um sie zu einer gewalttätigen Reaktion zu reizen, um so das Klima für eine militärische Intervention zu schaffen“, S. 63) zumindest ebenso wichtige, wenn nicht häufiger angewandte Interventionsformen sind.

Der Beitrag von Brigitte Heinrich veranschaulicht an Beispielen aus der Vielzahl offener und getarnter Interventionen der USA im Verlauf ihrer knapp 100jährigen Geschichte als imperialistische Macht, daß auch der ITT-Skandal in Lateinamerika seine Geschichte hat. Aus der Analyse amerikanischer Eingriffe in verschiedenen lateinamerikanischen Ländern – Cuba, Dominikanische Republik, Peru, Bolivien – kristallisiert sich ein Schema der stufenweisen Intervention heraus: ökonomische, diplomatische und militärische Intervention. Der Interventionsgrad hängt ab von der Art der verfolgten Interessen und kann auf die verkürzte Formel gebracht werden: die Gefährdung ökonomischer Interessen alleine wird mit nicht-militärischen Interventionsformen beantwortet, die Sicherung strategisch wichtiger Schlüsselstellungen erfordert jedoch eine militärische Reaktion. Dieses Schema mag auch für Chile zutreffen. Wenn auch nach Meinung der Autorin eine militärische Intervention zum gegenwärtigen Zeitpunkt sich nicht anzudeuten scheint, da Washington sich für eine langfristige Herrschaftssicherung entschieden und demnach kurzfristige Kapitalinteressen geopfert habe, so muß doch berücksichtigt werden – und dies ging auch schon aus den Dokumenten hervor – daß das Beispiel Chile den lateinamerikanischen Befreiungsbewegungen einen neuen Auftrieb gibt.

Heinz Berns

INTERNATIONAL TELEPHONE AND TELEGRAPH CORPORATION
WASHINGTON OFFICE

1707 L STREET, N.W., WASHINGTON, D. C. 20036

CABLE ADDRESS-INTELCO-WASHINGTON

October 23, 1970

Dr. Henry A. Kissinger
Assistant to the President
The White House

Dear Dr. Kissinger:

As a result of recent events in Latin America, foreign private enterprise in that area is facing its most serious exposure.

President Nixon, one year ago, in his speech before the Inter-American Press Association said, "We will not encourage private investment where it is not wanted, or where local political conditions face it with unwarranted risks."

ITT does not wish to go where it is not wanted, but we, too, have President Nixon's "strong belief that properly motivated private enterprise has a vital role to play in social as well as economic development."

Our company knows the peoples of the Americas deserve a better way of life and we believe we have a substantial interest in diminishing their problems. The countries themselves are unable to furnish necessary development funds, the U. S. taxpayers cannot, and U. S. private enterprise can provide only that part which a proper climate affords. Everyone agrees the job will have to be done on a coordinated basis.

ITT has given serious consideration to circumstances now facing Hemisphere development. We are convinced the present moment is a most expedient time to reappraise and strengthen U. S. policy in Latin America.

I attach a paper containing our estimations plus specific references to the Chilean situation. This is respectfully submitted; I would appreciate your comments.

Sincerely,

William R. Merriam
William R. Merriam
Vice President

PERSONAL & CONFIDENTIAL

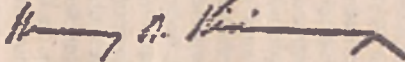
THE WHITE HOUSE
WASHINGTON

November 9, 1970

Dear Mr. Merriam:

Thank you very much for your letter of October 23 and the enclosed paper on United States policy toward Latin America. I have read it carefully and I have passed it to those members of my staff who deal with Latin American matters. It is very helpful to have your thoughts and recommendations, and we shall certainly take them into account. I am grateful for your taking the time to give them to me.

With best regards,



Henry A. Kissinger

Mr. William R. Merriam
Vice President
International Telephone and
Telegraph Corporation
1707 L Street, N.W.
Washington, D. C. 20036

Mr. E. J. Conarty

Believe this is more than perfunctory. Things are brewing on the Chile matter and will be back to you later on that subject.

W. R. MERRIAM

CHILE: ZUR STRATEGIE DES NICHTBEWAFFNETEN KAMPFES.

Was zwischen Feuerland und Atacama-Wüste in Gang gekommen ist, das ist mehr als nur eine exotisch-abenteuerliche Episode. Was da in Gang gekommen ist, ist deshalb interessant, weil es sich um den Aufbruch eines unterentwickelten kapitalistischen Landes handelt. Interessant, weil auch die Bundesrepublik als Nebenmetropole in das kapitalistische Welt-system eingliedert ist und weil es für eine Diskussion über die Möglichkeit zur Überwindung dieses Systems selten praktischen Anschauungsunterricht gibt. Nach Chile ist es nicht mehr so einfach, die Rolle des Staates und die Möglichkeiten des „Revisionismus“ einzuschätzen, bei allen unterschiedlichen Bedingungen, die aber doch durchweg kapitalistische sind.

Die Bedeutung der chilenischen Entwicklung für die BRD hat die bürgerliche Presse sehr wohl erkannt, selten wurde so viel Raum auf ein einziges Land verwendet. Klar, daß dieser Raum mit Hiobsbotschaften gefüllt wird und Parallelen selbst da gezogen werden, wo sie fehl am Platz sind. „Ähnlichkeit besteht zwischen dem Bonner Machtwechsel von 1969 und der 1970 in Chile vollzogenen Machtübernahme“ (Bayernkurier). Auch klar, daß nach der bürgerlichen Presse die Roten eifrig dabei sind, Wohlstand und Demokratie kaputtzumachen. FAZ: „Der Weg in die Unfreiheit“, Bayernkurier: „Allendes Bankrott“: Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Inflation, Versorgungsschwierigkeiten.

Verschwiegen wird, daß in Chile jedes Kind pro Tag kostenlos einen halben Liter Milch bekommt, während in vielen bürgerlich beherrschten Nachbarländern oft gar keine Milch verkauft wird, oder nur in den Villenvierteln, daß der Realkonsum stark gestiegen ist, während in den Nachbarländern der Fleischverkauf unterbunden wurde (so Uruguay, Argentinien und Kolumbien). Aufgrund der einseitigen Berichterstattung der bürgerlichen Presse sei auf die weitergehenden Informationen in den zu besprechenden Büchern verwiesen, die durchweg von fortschrittlichen oder linken Autoren geschrieben wurden.

Zentrales Problem in allen Büchern ist der Weg der Volksfront an die Regierung und die Chancen eines legal-parlamentarischen Weges an die Macht. „Mit dem Sieg der Volkseinheit haben wir die Regierung übernommen. Wir müssen aber die Macht noch ergreifen“ (Allende). Die Beantwortung der Frage, ob der Weg an die Regierung auch zur Macht oder in eine Sackgasse führt, ist eng damit verknüpft, ob die angepackten Reformen den Weg zum Sozialismus öffnen oder ihn verschließen; eine Differenzierung, die Lenin schon 1905 entwickelte. Doch leider kommt die Diskussion der Allende-Regierung in einer Reihe von Büchern viel zu kurz (Ausnahmen: Sonntag, Debray, Rotbuch), so daß

sich die Entwicklung bis zur Wahl Allendes, der 1970 bei seinem Sieg prozentual weniger Stimmen erhielt als 1964 bei seiner Niederlage, in den Vordergrund schiebt und also lediglich dargestellt wird, weshalb Allende an die Regierung kam, aber nicht, was nach dem Regierungswechsel in Bewegung geriet. Dies hat natürlich teilweise den völlig banalen Grund, daß der Bücherboom kurz nach Regierungsantritt ausbrach, so daß über die schwieriger werdenden Arbeitsbedingungen, über die Streiks in den verstaatlichten Kupfer-Minen, die Aufnahme von Militärs ins Kabinett und den Boykott der Transportunternehmer kein Autor berichten kann.

Außer Debray beginnen alle Autoren mit einem teils sehr extensiven Rückblick in die Geschichte, um daraus Eigenheiten des gegenwärtigen Chile zu erklären – doch dies mit wechselndem Erfolg; so wollen Boris/Ehrhardt die „Struktur des politischen Systems oder die Tradition des chilenischen Militärs“ auf die „Kampfsituation der spanischen Siedler gegenüber den Eingeborenen“ zurückführen. Als ob es derlei nicht auch in anderen Gegenden Lateinamerikas gegeben hätte. Wenn schon historisch begründen, dann aber fundiert und exakt. Tatbestände, aus denen alle Typen von Entwicklungsländern ableitbar sind, bleiben überflüssig. Zum Schluß noch eine Warnung bezüglich der Zahlenangaben: besonders hinsichtlich politischer Organisationen variieren sie mit der Position des Autors.

Salvador Allende (Reden), Chiles Weg zum Sozialismus deutsch Wuppertal 1972 (Peter-Hammer-Verlag)

Im Wuppertaler Hammer-Verlag erschien die bislang umfassendste deutschsprachige Sammlung von Allendes Reden, einschließlich einer Übersetzung des Programms der Regierung der Volkseinheit. Der im Titel dieser Rezension zitierte Wappenspruch Chiles (mit Vernunft oder mit Gewalt) wurde von Allende in seiner ersten Rede vor dem chilenischen Parlament um einen Zusatz erweitert: „Mit Vernunft oder mit Gewalt. Aber zuerst durch Vernunft.“ Unter Anspielung auf die weitgehend gewaltfreie Geschichte Chiles drückt er hier seine Hoffnung auf einen friedlichen, aber auch die Entschlossenheit zu einem gewaltsamen Weg aus, sollte die Reaktion zu Putsch und Bürgerkrieg in der Lage und bereit sein. „Die wenigen institutionellen Zusammenbrüche wurden stets durch die herrschenden Klassen bestimmt. Immer waren es die Mächtigen, die die Gewalt auslösten, die chilenisches Blut vergossen und die normale Fortentwicklung des Landes unterbrachen.“ Sollte also wieder Blut fließen, dann nur durch eine Provokation der Bourgeoisie. Die Volkskräfte sind zur Einhaltung eines legalen verfassungskonfor-

men Weges bereit. Ob er erfolgreich sein wird, das weiß Allende bei aller latein-amerikanischen Rhetorik auch nicht.

Dieter Boris/Elisabeth Boris/Wolfgang Ehrhardt, Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Pahl-Rugenstein-Verlag, Köln 1971

Das Buch von Boris/Ehrhardt ist zweifelloso von allen, die über das chilenische Modell geschrieben wurden, das dickste mit insgesamt 289 Seiten. Mehr als Chiles Weg zum Sozialismus, wie es der Titel dem Käufer verspricht, enthält das Buch eine Geschichte Chiles, begonnen bei den „Jäger- und Sammlerstämmen“ (S. 11) der vorkolonialen Zeit. Lediglich das letzte Kapitel behandelt mit ganzen 40 Seiten von insgesamt 289 das, was man landläufig als das chilenische Modell bezeichnet. Und auch hier geht es mehr um Episoden des politischen Grabenkampfes als um das Wesen des „Weges zum Sozialismus“. Der angebliche Gegenstand des Buches ist also eher Ausblick und Perspektive des Schlußkapitels. Soviel zur Quantität.

Mögen diese Mängel teilweise dadurch erklärt werden, daß das Buch bereits 1971 erschien, so hätten sich doch andere wesentliche Fehler sowie die zahlreichen störenden stilistischen Unebenheiten – besonders im dritten Kapitel – durch sorgfältiges Arbeiten und gewissenhafte Durchsicht sicher vermeiden lassen. So sind spanische Ausdrücke oft falsch übersetzt – s. B. S. 35 „astilleros“ (zu deutsch Schiffswerft) mit Artilleriewerkstätten“ (!?) – und chilenische Begriffe nicht hinreichend geklärt worden. Chilenische Begriffe werden dem deutschen Leser nicht dadurch vertraut, daß man sie mit Gänsefüßchen umgibt. Schlecht und störend sind auch Eindeutungen wie „agropecuarisch“ (landwirtschaftlich) oder wörtliche Übersetzungen wie „Handwerksindustrie“ (?). Eine Reihe von Informationen, die das Buch erst so dick werden lassen, erscheinen ziemlich überflüssig, so die Angabe, daß die Zahl der Ziegen von 1930 bis 1965 um mehr als 10 % zugenommen hat (S. 89).

Doch über die Einwohnerzahl dieses Andenstaates erfährt der Leser nichts. Kurz, anstelle irrelevanter Informationen eine knappe aufs Wesentliche konzentrierte Einführung – wie sie etwa Sonntag in seinem Buch s. u. in äußerst brauchbarer Form gegeben hat – wäre besser gewesen.

Schlimmer jedoch als die Mängel in Gliederung, Verarbeitung und Übersetzung ist das begriffliche Wirrwarr. Da steht der marxistische Terminus „organische Zusammensetzung des Kapitals“ neben dem Lieblingsbegriff bürgerlicher Entwicklungsökonomie „Dualökonomie“, der last not least auch noch falsch verwendet wird. Auch geht das ökonomische Denken der Autoren manchmal wunderliche Pfade: „das Sinken der Preise für unverarbeitete Rohstoffe ...

hätte nur durch größere Anstrengungen in der Rohstoffverarbeitung vermieden werden können."

Man merkt, daß das Buch nicht integrieren konnte, was von drei Autoren mit offensichtlich unterschiedlichem Niveau zusammengetragen wurde. Einige Teile sind nämlich wirklich gut: ausgezeichnet ist die Analyse der Arbeit politischer – anfangs vor allem kirchlicher und christdemokratischer – Organisationen in den Großstadt-Slums und innerhalb der chilenischen Agrarreform. Hier wird sehr deutlich gezeigt, wie die eigentlich zur Pazifizierung gedachte Arbeit von community development mobilisierende Effekte gehabt hat, die weit über das hinausgingen, was die christdemokratischen Reformisten beabsichtigten, und die schließlich auch zum Regierungswechsel beitrugen. Die zwischen Kommunisten und Sozialisten im gleichen Zeitraum geführte Strategiediskussion wird eingehend dargestellt.

Klaus Eßer, Durch freie Wahlen zum Sozialismus oder Chiles Weg aus der Armut, Rowohlt aktuell, Hamburg 72

Das 1971 geschriebene Buch – entsprechend nicht auf dem neuesten Stand – widmet 113 von 150 Seiten der Entwicklung vor Allende, so daß Probleme und Politik der Volksfront-Regierung nur in gestraffter Form angesprochen werden.

Die Entstehungsgeschichte der Volksfront wird weit zurückverfolgt bis zu den ersten Koalitionsangeboten der KP an reformbürgerliche Gruppen vor dem Zweiten Weltkrieg. Dabei wird gezeigt, daß die Koalitionspolitik der KP („Sozialfaschismus“ versus „Volksfront“) abhängig war von den Entscheidungen der Kommintern in Moskau, was den Befreiungskampf der lateinamerikanischen Arbeiterklasse stark behindert hat. Ausschlaggebend für die Volksfrontstrategie der letzten Jahre war die Entscheidung für „friedliche Koexistenz“ auf dem XX. Parteitag der KPdSU, die sich in der Strategie des „friedlichen Weges“ der chilenischen KP niederschlug.

Der parlamentarische Marsch der chilenischen KP führte zu erheblichen Konflikten mit der antirevisionistischen Sozialistischen Partei, die ihre Politik auf außerparlamentarische Aktionen (Hausbesetzungen, Landnahmen, Fabriksbesetzungen) gründete. Beide strategische Ansätze wurden nach langwierigen Diskussionen in der Volksfrontstrategie des „nichtbewaffneten Kampfes“ verbunden.

Eßer beschreibt die Fortbildung des politischen und parlamentarischen Kräfteverhältnisses nach Allendes Amtsantritt, vor allem auch die Spaltungen innerhalb der Volksfront und die Versuche der KP, die Christdemokraten in die Regierung zu hieven. Dem sei hinzugefügt, daß nach der wachsenden Polarisierung neuerdings sogar über eine neue Koalitionsregierung aus

KP und Christdemokraten unter Ausschluß der antirevisionistischen Kräfte gemunkelt wird.

Breiten Raum widmet Eßer der Erörterung der Politik der christdemokratischen Reformisten und ihren Auseinandersetzungen mit den anti-reformerischen Rechten, die den relativen Wahlsieg Allendes erst ermöglicht hat. Dabei ist es für den Regierungsantritt Allendes von erheblicher Bedeutung gewesen, daß die chilenischen Christdemokraten ihren Wahlkampf fast ausschließlich gegen Rechts geführt haben.

Politik und Problematik der Regierung des christdemokratischen Reformisten Frei werden intensiv diskutiert. Die Strategie der Christdemokraten wird dabei als so erfolgreich dargestellt, daß der unbefangene Leser sich fragen muß, warum zum Teufel der christdemokratische Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen 1970 derart in die Knie ging. Oder haben die Chilenen gar nicht gemerkt, wie gut und erfolgreich Freis Regierung war? „Die positiven Aspekte der Kupferpolitik Freis wurden damals kaum beachtet“ (S. 83). „Bereits nach sechs Jahren beurteilten Chiles Wähler eine Reform, die gerade erst begonnen hatte. Keine Agrarreform in Lateinamerika konnte aber bisher in so kurzer Zeit überzeugende Wirkungen ausstrahlen.“ (S. 88)

An anderen Stellen muß man sich noch mehr darüber wundern, wie der Autor sein empirisches Material einordnet und wertet, dabei oft die topoi der Argumentation bürgerlicher Zeitungen übernehmend. Da wird auf S. 126 eine „ökonomische Krise der nächsten Jahre“ vorausgesagt, während die Beschreibung des US-Imperialismus nur euphemistisch genannt werden kann: „Washington vernachlässigt seine Beziehungen zu Lateinamerika auf Grund anderweitiger Verpflichtungen“ (S. 143). Vietnam als anderweitige Verpflichtung?

Dennoch bietet Eßers Buch einige interessante Informationen, die in den konkurrierenden Publikationen nicht zu finden sind: die Vereitelung der Aufnahme diplomatischer Beziehungen von Chile zu Nordvietnam und Nordkorea durch nordamerikanischen Druck, der lediglich Handelsbeziehungen zuließ; die guten Beziehungen zu Israel. Doch schleichen sich auch Fehler ein: Perus Fischindustrie z. B. dient nicht der Substitution von Agrarimporten sondern produziert fast ausschließlich für den Export.

Eines zeichnet Eßer vor seinen Konkurrenten aus: Er versucht, aus der Diskussion des chilenischen Weges Konsequenzen für das praktische Handeln hier in der BRD zu ziehen. Die Schlüsse am Ende des Buches sind sicher gut gemeint, doch bleiben sie auf der Ebene von Ratschlägen an fortschrittliche Unternehmen und SPD/FDP-Politiker. Eßer rät den „deutschen Investoren in Chile“ zu flexiblem Verhalten gegenüber Allende. Dann „werden sie erstens einen

Beitrag zur Entwicklung Chiles und der gesamten Andenzone leisten und zweitens ihre Position gegenüber anderen Unternehmen aus Industriestaaten ausbauen können.“ (S. 149) Und so weiter.

Heinz-Rudolf Sonntag, Revolution in Chile, Fischer Taschenbuch-Verlag Frankfurt 1972

Sonntags Buch ist eines der wenigen aus dem aktuellen Boom, das das Hauptaugenmerk tatsächlich auf die Regierung Allende und die von ihr induzierten Transformationsprozesse legt. Einige der Schlußfolgerungen seines erst im Mai dieses Jahres erschienenen Buches revidierte Sonntag bereits in einem im letzten Diskus (5/72) abgedruckten Artikel. Sonntags Buch enthält neben eigenen Beiträgen Interviews mit führenden Politikern, Allendes Regierungserklärung und das Programm der Volkseinheit. Sonntags Buch beginnt mit dem Regierungsantritt Allendes. Dabei werden die verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen, die bei den anderen meist unter den Tisch fallen, deren Kenntnis aber zum Verständnis des „parlamentarischen“ Weges der chilenischen Linken notwendig ist, sehr klar herausgearbeitet.

Als einziger Autor vermag Sonntag – vielleicht mit Abstrichen auch Eßer – einen theoretischen Bezugsrahmen anzugeben, eben die von Frank formulierten und von Ribeiro weiter getriebene Theorie der Entwicklung der Unterentwicklung, während sonst oft marxistische und bürgerliche Begriffe durcheinander unterschiedslos verwendet werden. Der – notwendige – historische Rückblick ist erfrischend kurz (14 Seiten), und faßt dennoch alles wesentliche zusammen. Ebenso wenig fehlt eine länderkundliche Einführung, allerdings mit stellenweisen banalen Aussagen („Getreide und Wälder wachsen in der Gegend.“ S. 12). Auch im weiteren Verlauf finden sich immer wieder abstruse Aussagen („den Wahlen in Valparaiso am 18. Juli 1971 ging ein Erdbeben voraus, das die Stimmhaltung hochgetrieben hat“ S. 99).

Ähnlich wie andere Autoren weist Sonntag auf den Doppelcharakter der christdemokratischen Reformen hin, die integrativ-pazifizierend gedacht waren, aber mobilisierend wirkten. „Am Ende wurde die Agrarreform nicht wichtig durch das, was sie geleistet, sondern wegen der Erwartungen und Hoffnungen, die sie geweckt hatte.“

In einem Buch über Chile, das „den Sozialismus in Etappen verwirklichen will“ (Allende), muß notwendigerweise die Diskussion der Rolle des Staates im Mittelpunkt stehen. Dabei übernimmt Sonntag die differenzierte Einschätzung des Staates von den Parteien der Volkseinheit. „Wem der Staat immer und überall... nur repressiver Arm der herrschenden Klasse ist, muß – zumindest manchmal – entscheidende Widersprüche übersehen, die für

eine revolutionäre Strategie von einiger Bedeutung sein können." In der marxistischen Theorie ist der Staat zudem nie so undifferenziert eingeschätzt worden, wie dies heute oft geschieht. So kann Sonntag anführen, daß bereits Marx und Engels die Meinung vertraten, daß es möglich sei, eine Revolution mit den politischen Mechanismen durchzusetzen, welche sie verhindern sollen.

Revisionisten haben hier jedoch zu früh gejubelt: Sonntag schränkt den Modellcharakter Chiles erheblich ein. In der Tat: vergleichbare Bedingungen für eine Volksfrontstrategie bestehen in keinem anderen lateinamerikanischen Land. Auch nicht in Costa Rica oder Uruguay. Dennoch hat das chilenische Beispiel in Nachbarländern – Sonntag nennt Kolumbien/ Venezuela – auch dann integrativ gewirkt, wenn gar keine Volkseinheit oder Volksfront bestand, sondern den Massen nur vorgegaukelt wurde. Trotzdem, selbst wenn die Volksfrontstrategie auch in Chile vor allem wegen der Außenwirkung zu problematisieren ist: gäbe es eine Alternative? Der Volkskrieg erscheint Sonntag für Chile rein hypothetisch und damit hat er sicher recht.

Noch ein Problem in diesem Kontext: So richtig erklären kann kein Autor, auch Sonntag nicht, daß Allende an die Regierung kam und jetzt auf dem Weg zur Macht ist, ohne von der Bourgeoisie frontal bekämpft zu werden. Die Putschversuche und Boykotts waren doch eher stümperhaft. Hat die Bourgeoisie nicht gekonnt, oder nicht gewollt und will sie noch? Darüber rätseln Sonntags Kollegen und Sonntag mit ihnen.

Dem Textteil folgt ein Interviewteil, zunächst ein Gespräch mit Allende, die Interviews werden kommentiert und eingeleitet. Manchmal allerdings etwas erstaunlich für einen linken Autor, wenn er da schreibt, daß Allende „in der Wahl der für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Männern eine glückliche Hand gehabt hat“. „Fast alle sind eher Technokraten als Ideologen“ (S. 137). Sonntag interviewt den Chef des staatlichen Planungsbüros sowie den aus der christdemokratischen Regierung ausgetretenen und jetzigen Volksfrontminister für Landwirtschaft (Moncho), den Vizepräsidenten der Kupferbehörde, die die Nationalisierung steuert, Spitzenfunktionäre der Parteien der Volkseinheit und einen hohen Angestellten der Zentralbank. Dabei wird der Modus der Nationalisierung der Banken angesprochen, der von Sonntag ungenügend problematisiert wird. Denn durch die Barauszahlung aller Kleinaktionäre werden Geldmenge und Kaufkraft kurzfristig erheblich erhöht. Da kaum Wiederanlagemöglichkeiten bestehen, kommt es zu einer kräftigen, wahrscheinlich preistreibenden Erhöhung der Konsumgüternachfrage. Vor allem aber wird die volkswirtschaftliche Kapitalakkumulation teilweise wieder rückgängig gemacht. Neben dem Inflationseffekt und der Beeinträchtigung der Kapitalbildung wird der Haushalt der Regierung erheblich belastet; die einen großen Teil des Budgets für den Ankauf von Bankaktien verwenden muß und nicht für andere wichtige Aufgaben einsetzen kann.

Régis Debray / Salvador Allende, der chilenische Weg, Sammlung Luchterhand, Neuwied 1972

Unmittelbar nach seiner Befreiung aus vierjähriger bolivianischer Gefangenschaft, in die Debray – mit seinem Buch „Revolution in der Revolution“ bedeutendster Theoretiker der lateinamerikanischen Guerillastrategie – wegen seiner Kontakte zu Che Guevara geraten war, diskutierte er mit Allende die Chancen des „unbewaffneten Kampfes“ für den Sozialismus. Dem Interview ist ein Essay Debrays zur Einschätzung Chiles vorangestellt.

Zunächst zu einigen überflüssigen Mängeln dieses Buches. Der Übersetzer des Textes hat, darin den konkurrierenden Büchern nicht ungleich, recht schlaff gearbeitet. Da wird „partisan“ (zu deutsch Verfechter einer Idee) plump mit Partisan übersetzt, da werden französische Worte auf dem Wege der Umwandlung der Endung zu deutschen („depossedierte Bauern“). Buchtitel werden naiv wörtlich ins Deutsche übertragen (z. B. „Lenin, Extremismus – Kinderkrankheit des Kommunismus“ statt Lenin, Linksradikalismus ...). Störend und ärgerlich.

Im Zentrum des Textes, der auf Faktenwiedergabe weitgehend verzichtet, steht das Thema Reform und Revolution. Das dialektische Zusammenspiel beider sieht Debray bestimmt durch das „gewaltige Gesetz“, nach dem „es heute in Lateinamerika unmöglich ist, eine bürgerlich-demokratische Revolution zu zünden, ohne kurzfristig den Prozeß einer sozialistischen Revolution auszulösen“.

Daher sieht Debray die Wurzeln des chilenischen Aufbruchs in den reformistischen Versuchen der Christdemokraten. „Die von der Bourgeoisie auf ihren Platz delegierte christliche Demokratie hat während der sechs Jahre ihrer Herrschaft gegen ihren eigenen Willen die Bedingungen eines revolutionären Prozesses geschaffen ... Die Christlich-Sozialen erstellen allgemeine Pläne zur Förderung des Volkes, aber das Volk zögert nicht, die Förderer zu überholen, sogar Rechenschaft von ihnen zu fordern ... Es ist eine gefährliche Utopie, den Massen Teilhabe an der politischen Macht anzubieten, ohne an die Grundlage der eigenen wirtschaftlichen rühren lassen zu wollen.“

Obwohl diese – nicht nur von Debray vertretene – These von der mobilisierenden Wirkung von Reformen breit dargelegt wird, vermeidet der Autor eine Festlegung seines Standpunktes. Das obligate Hintertürchen bleibt offen. Die revisionistische Hoffnung auf systembrechende Effekte systemstabilisierend intendierter Reformen konfrontiert er mit der Möglichkeit der Phagozytose, der Destruktion eines Fremdkörpers durch seine Assimilierung.

Ohne klare Stellung zu beziehen, bemüht sich Debray, die Ambivalenz des chi-

bockenheimer bücherwarte

**direkt an der Universität:
Bockenheimer Landstraße 142a
Telefon 7710 88 / 89**

**Ihre Buchhandlung
für Universitätswissenschaften
bietet Ihnen
auch ständig neue Bücher
aus dem Ausland
und aktuelle Literatur**

lenischen Weges herauszuarbeiten. „Wird nicht, was heute den Zugang zur Regierung ermöglicht hat, das sein, was den Zugang zur Macht verhindert?“

Doch betont Debray, daß bei allen angebrachten Problematisierungen die chancenreichste Alternative für eine sozialistische Umgestaltung nicht fallengelassen werden darf. „Es wäre sinnlos, den Wert des gegenwärtigen Vormarsches unter dem Vorwande, daß noch niemand sagen kann, wo er schließlich und endlich enden wird, zu bestreiten.“

Gerade deshalb jedoch wird die begrenzte Übertragbarkeit des chilenischen Modells unterstrichen: „Aber man soll es ruhig sagen, daß der chilenische Weg an den Grenzen Chiles endet. ... der fundamentale Weg der lateinamerikanischen Revolution ist der bewaffnete Volkskampf“. Wer diesen Satz nur darauf zurückführen wollte, daß Debray als ehemals führender Guerilla-Theoretiker immer noch libidinös an diese weithin gescheiterte Kampfform gebunden sei, der übersieht, daß mit Ausnahme Chiles nirgends in Lateinamerika die Arbeiterbewegung und das fortschrittliche Bürgertum eine parlamentarische Republik mit geachteten Spielregeln durchsetzen konnten. Selbst das vielgerühmte Uruguay ist mittlerweile zu einer verschleierte Militärdiktatur degeneriert. Die Voraussetzungen für eine Übertragung des chilenischen friedlichen Modells fehlen. Bleiben die Voraussetzungen des anderen, des cubanischen.

Debray weicht in einem Punkt von allen anderen Autoren ab. Seine Einschätzung des ausländischen Einflusses „Der moderne Kapitalismus ist in Chile nicht als ausländischer Kapitalismus erschienen“ und die Behauptung, daß „die herrschende chilenische Klasse sich von der Periode ihres Entstehens an als nationale Klasse hat konstituieren können“, steht in erheblichem Widerspruch zu den Auffassungen aller anderen behandelten Autoren, nach denen Chiles Geschichte und Unterentwicklung durch eine „Entwicklung nach außen und von außen“ geprägt ist. Im Gegensatz zu Debray können sie für ihre These empirische Belege beibringen.

Das Interview mit Allende enttäuscht anfangs sehr aufgrund des vorherrschenden small talk. Viel zu viel Anekdoten werden erzählt bis man endlich zu den zentralen Problemen kommt (siehe Auszug):

- Realisierung des Sozialismus
- Macht der Bourgeoisie
- Rolle der Justiz/Klassenjustiz in sozialen Konflikten
- Verhalten der Polizei bei Auseinandersetzungen

Es ist auffallend, wie sehr sich Allende außenpolitischen Stellungnahmen entzieht, z. B. zur chinesischen Kulturrevolution. „Ich verstehe es so, daß Mao als Revolutionär die Absicht gehabt hat, die Elemente, die die Revolution lähmten und neutralisierten,

zu vernichten. Solchen Elementen muß man zuvorkommen, um ihnen zu entgehen.“

Ebenso vermeidet Allende jeden Angriff auf die USA. „Solange Mister Nixon den Präsidenten von Chile respektiert, werde ich kein despektierliches Wort gegen Mister Nixon sagen.“ So wird die Aufnahme von Handelsbeziehungen durch Chile zu Nordkorea und Nordvietnam als Erfolg gebucht, obwohl der Druck der USA die Einrichtung normaler diplomatischer Beziehungen unterband.

Allendes Antworten werden nur selten problematisiert, was gerade nach den oft provozierenden Fragen erstaunlich ist. Meist jedoch steckt Debray zurück. („Ihre Antwort überzeugt mich“, „Selbstverständlich“ ...), wobei dann Allendes straffe Antworten noch einmal ausgewalzt werden.

Sowohl während des Interviews als auch im Text bleibt unklar, ob Debray eine Position als Position oder nur essayistisch um des Positionen-vertreten-willens einnimmt. Wäre Debrays Entdeckung eines historischen Gesetzes, nach dem die wichtigen Dinge in der Geschichte durch Überraschungen zustandekommen, ein ernstgemeinter Beitrag zum historischen Materialismus, so stünde es schlecht um Debray.

Arno Münster, Chile – friedlicher Weg?, Rotbuch 44, Wagenbach-Verlag, Berlin 1972
Vorbemerkung zu diesem Titel: Dem Rezensenten lag eine Druckfahne vor, da das Buch noch nicht veröffentlicht ist. Möglicherweise ist die Grundlage dieser Rezension also noch nicht die letzte Fassung.

Das Rotbuch 44 ist die aktuellste Chile-Publikation, es informiert wie kein anderes der hier besprochenen Bücher über die Entwicklung Chiles nach Allendes Amtsantritt. Es informiert nicht nur über politische Grabenkämpfe, außenpolitische Aktionen (Was man irgendwie auch in der westdeutschen bürgerlichen Presse mitbekommt) und die Dialektik von Reform und Revolution. Vor allem, und da liegt die entscheidende Stärke des Rotbuch 44, informiert es ausführlich über die neuen Ansätze zur Organisation einer sozialistischen Gesellschaft auf der Basisebene von Industriebetrieb und landwirtschaftlicher Genossenschaft.

Die Aktualität – der besondere Vorteil – des Buches bedingt allerdings auch seinen entschiedenen Nachteil: es ist hastig und vor allem zu Beginn oft unkonzentriert geschrieben. Es fehlt der klare theoretische Rahmen. Deshalb ist die Beschreibung der chilenischen Sozialstruktur ein begrifflicher Wirrwarr von Klassen und Schichten. Da gibt es zwei herrschende Klassen und eine halbe Seite weiter unten eine herrschende Klasse mit zwei Flügeln, ein andermal eine „eng mit der Bourgeoisie verfilzte Schicht“ (Agraroligarchie). Da steht der begriffliche Apparat der „Theorie der Entwicklung der Unterentwicklung“ unverbunden neben den

Termini der bürgerlichen Entwicklungsökonomie, mit deren Hilfe der Autor Chile eine „typische Dual-Ökonomie“ nennt, während bald aus einem anderen Ansatz die Beschreibung der „patriarchalisch-feudalen“ Landwirtschaft folgt.

Selbst unproblematische Begriffe werden unklar verwandt, Export und Import an einer Stelle verwechselt, spanische Ausdrücke naiv wörtlich übertragen, ohne sie durch die entsprechenden deutschen Begriffe zu ersetzen. Z. B. „aktive Bevölkerung“ statt Erwerbsbevölkerung, „anonyme Gesellschaft“ statt Aktiengesellschaft. Man hätte es gern gesehen, wenn die Unmenge von Abkürzungen, Namen und chilenisch-spanischen Begriffen erläutert und anstelle einer Eindeutigung eine Übersetzung (z. B. „agropokuarisch“ statt landwirtschaftlich) vorgenommen worden wäre. Man hätte es auch gern gesehen, wenn für die zahlreichen Zahlenangaben Quellen genannt worden wären.

Das Buch ist teilweise sehr schlecht gegliedert. So springt der Autor im Abschnitt „Einkommensverteilung“ von der Einkommensschichtung abrupt in die Darstellung der agrarischen Produktionsverhältnisse im 18. Jahrhundert. Solche Gedankensprünge erschweren das Verständnis außerordentlich. Die historischen Tatbestände werden ohne zeitliche Ordnung abgearbeitet, häufig kommt es zu unverständlichen Vor- und Rückgriffen.

Dabei schleichen sich auch sachliche Fehler ein: Antogagasta wird als ehemals peruanische (statt richtig bolivianische) Provinz bezeichnet. Die linkschristliche Partei MAPU trat nicht erst – wie Münster schreibt – nach dem Sieg Allendes in die Volkfront ein, sondern war bereits an der Gründung der Volkseinheit 1969 zusammen mit fünf anderen Parteien beteiligt.

Sachlich gut ist die Darstellung der Abhängigkeit Chiles von der konjunkturellen Lage der Weltwirtschaft, das Aufzeigen der Strukturmerkmale einer unterentwickelten Volkswirtschaft (allzu viele Schreiber begnügen sich mit einer unreflektierten Verwendung des Syndroms der Unterentwicklung). Gut wird auch die Krise der chilenischen Landwirtschaft abgeleitet. Großkotzig dagegen wirkt der in der Einleitung formulierte Anspruch („Beitrag zur Soziologie der soziopolitischen Transformation“).

Diese Kritik wird nicht um der Kritik willen geschrieben. Sie scheint vielmehr notwendig, damit sich der Leser durch die begrifflich-analytisch unscharfen und mangelhaft gearbeiteten Anfangsteile hindurchbeißt zu den wirklich ausgezeichneten Informationen über Inhalt und Problematik des chilenischen Modells, besonders an der Basis. Diese Informationen kann man in der bürgerlichen Presse (auch im Spiegel) gar nicht, in den konkurrierenden Publikationen nur bruchstückhaft finden. Daher: lesenswert, wenn auch streckenweise ärgerlich.

Wolfgang Bertelsmeier



DIE ÖKONOMIK IN ÜBERGANGS- GESELLSCHAFTEN.

Die Auseinandersetzung über die Ökonomik der Übergangsgesellschaften – d. h. jener Länder, die nach dem militärischen Sieg der Revolution sich in der Periode der revolutionären Umwandlung von der kapitalistischen zur kommunistischen Gesellschaft befinden – rückte in den letzten Jahren durch die zum Teil gewaltsamen Zusammenstöße von Studenten und jungen Intellektuellen mit der stalinistischen Bürokratie, durch zahlreiche Streiks und Demonstrationen der Arbeitermassen, in den Ländern Osteuropas, die in der CSSR 1968 und Polen 70/71 ihren vorläufigen Höhepunkt fanden, in den Mittelpunkt der Diskussion innerhalb der internationalen sozialistischen Bewegung. Unsere Intention ist nicht, Ideologien verschiedenster Richtungen zu entlarven, sondern einen methodischen Ansatz zur Analyse der Bewegungsgesetze der Ökonomik in den Übergangsgesellschaften zu entwickeln.

Zur Methode der theoretischen Analyse der Ökonomik in Übergangsgesellschaften

Methodische Probleme der Analyse der Übergangsgesellschaften wären dann irrelevant, wenn sich die Kategorien der politischen Ökonomie, wie sie Marx im „Kapital“ entwickelt, zur Untersuchung beliebiger Wirtschaftssysteme anwenden ließen. „Ein solcher Gesichtspunkt fordert aber seinerseits in seiner Eigenschaft als stillschweigende logische Voraussetzung, daß die theoretische politische Ökonomie nicht nur eine Wissenschaft ist, die die Geschichte bestimmter Produktionsverhältnisse, und besonders des Waren- und warenkapitalistischen Systems untersucht, sondern auch eine Wissenschaft über die Produktionsverhältnisse der Menschen über-

haupt“ (E. Probrzenskij, Die neue Ökonomik, Berlin 1971, S. 56).

Marx untersuchte im Kapital die Entwicklung und den inneren Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse, die im Wertgesetz ihren konzentrierten Ausdruck finden. Die Entfaltung des Wertgesetzes setzt die Existenz einer Gesellschaft von isolierten, unabhängigen Warenproduzenten voraus, deren Produkte von der Natur des Eigentums bestimmt sind. Nach einer Vergesellschaftung der Produktionsmittel als unabdingbare Voraussetzung zur Überwindung des Kapitalismus sind die Marxschen Kategorien – weil zur Analyse der kapitalistischen Produktionsweise geschaffen und nicht überhistorisch gewendet und aus ihrem Kontext gelöst werden können – nicht ausreichend zum Studium der Übergangsgesellschaften: Die treibende Kraft der Produktion ist *nicht mehr* die Verwertung des Kapitals, dessen Regulator das Wertgesetz ist. Dennoch sind die Menschen noch nicht in der Lage, „ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell zu regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle zu bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden, ihn mit dem geringsten Kostenaufwand und unter den, ihrer menschlichen Natur würdigsten und adäquatesten Bedingungen zu vollziehen“ (Marx).

Hier fangen nun für einige Marxisten die Schwierigkeiten an: Die „alten“ Kategorien sind auf die Übergangsgesellschaften nicht „bruchlos“ anzuwenden, es müssen also neue entwickelt werden. Marx selber konnte für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus kein spezielles Bewegungsgesetz entdecken, d. h. kein Gesetz in der ökonomischen Bedeutung des

ANALYSE DER REALEN WIDERSPRÜCHE IM PRODUKTIONSPROZESS.

Wortes als die Unveränderlichkeit der Ergebnisse, die sich aus der Reproduktion eines bestimmten Typs von Produktionsverhältnissen ergibt. Er konnte nicht ahnen, welches Bedauern er deswegen später verursachen wird. E. Mandel ist sich immerhin sicher, daß Marx sich etwas dabei gedacht haben wird: „Dies war sicher keine zufällige Unterlassung, sondern eine wohlüberlegte Enthaltung. Die Begründer des historischen Materialismus glaubten, daß es nicht ihre Aufgabe sei, ein fertiges Schema einer künftigen Gesellschaft zu formulieren, da jene Gesellschaft nur das konkrete Ergebnis der Bedingungen sein könne, unter denen sie entstehen würde. Obwohl die Haltung von Marx und Engels verständlich ist, muß man sie bedauern“ (Mandel, Politische Ökonomie der Übergangsperiode, in: Materialien zur Zeitschrift Permanente Revolution, S. 3).

Nach seiner Auffassung „wird eine systematische Analyse der allgemeinen Charakteristika der Übergangsperiode erst dann möglich sein, wenn diese Ökonomie bereits eine reife und konsolidierte Form angenommen hat“ (Mandel, a.a.O., S. 4). Eine Konsolidierung der Übergangsgesellschaften bedeutet aber entweder kapitalistische Restauration oder Sozialismus, der transitorische Charakter der Übergangsgesellschaften ist dann jedenfalls aufgelöst.

Mandel, der uns derart die Unmöglichkeit einer „allgemeinen ökonomischen Theorie der Übergangsperiode“ zum gegenwärtigen Zeitpunkt „bewiesen“ hat (und die es in der Tat nicht geben kann, insofern es kein eindeutiges Bedingungsverhältnis von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, noch von objektiven und subjektiven Faktoren im revolutionären

Prozeß gibt) bleibt dennoch nicht untätig: „Eine Reihe von Problemen und Kernfragen, die weitgehend die ökonomische und soziale Dynamik der Übergangsepoche vom Kapitalismus zum Sozialismus in weniger entwickelten Ländern bestimmen, kann formuliert werden“ (Mandel, a.a.O., S. 5). Was dem Leser dann geboten wird, ist eine Theorie der Übergangsgesellschaften (gültig für weniger entwickelte Länder) à la Mandel plus Lösungsvorschläge für die zentralen Probleme – wir werden darauf noch zurückkommen.

Ohne die Vorbehalte Mandels zu teilen, geht J. Hoffmann daran, „Momente einer Theorie der Übergangsgesellschaft“ zu entwickeln (J. Hoffmann, Zur allgemeinen Bestimmung des Begriffs Planung in Übergangsgesellschaften, in: Bauwelt Nr. 25/26, Juni 1971). Ausgangspunkt bei ihm ist die Darstellung der Marxschen Kritik der politischen Ökonomie, um dann im folgenden zu versuchen, „die kommunistische Gesellschaft zu umreißen“, wobei es sich hier, „nur um die Darstellung von Momenten handeln kann, die aus der kapitalistischen Produktionsweise bzw. deren Negation gewonnen sind“ (Hoffmann, a.a.O., S. 109). Der Warenproduktion stellt er dann die sozialistisch geplante Produktion gegenüber, der Ware das Produkt, dem Markt die Buchführung der sozialistischen Wirtschaft usw. So klar wir einen Begriff dem anderen gegenüberstellen können, so wenig können wir damit die gesellschaftlichen Widersprüche in den Übergangsgesellschaften erkennen, d. h. die Abstraktionsebene des „Kapitals“ kann nicht unmittelbar übersetzt und der kritische, dialektische Aspekt nicht positiv gewendet werden zur Analyse anderer gesellschaftlicher

Verhältnisse.

Aus den Sätzen der marxistischen Klassiker quasi einen Idealtyp der sozialistischen Gesellschaft als Negation der kapitalistischen zu destillieren war schon möglich, bevor durch die Oktoberrevolution die Vergänglichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsformation historisches Faktum wurde. Hoffmann gibt sich nicht die Mühe, auf die ökonomischen Krisen und deren Ursachen in den Übergangsgesellschaften einzugehen; er hatte sich ja lediglich die Aufgabe gestellt, die Grundlage zu einem Kategorienapparat zu legen, mögen andere damit fortfahren.

Ebenfalls einige „Elemente einer Theorie des Übergangs zwischen Kapitalismus und Sozialismus herauszuarbeiten“, versucht Ch. Bettelheim, um diese dann mit der Realität in den Übergangsgesellschaften zu vergleichen (Bettelheim, Ökonomischer Kalkül und Eigentumsformen, Berlin 1970, S. 10). Indessen: Für Marxisten ist die Marxsche Theorie kein System theoretischer Sätze, kein Katalog von Kategorien, der als Ergebnis sukzessiver Analysen gewonnen wurde, indem man für den erscheinenden Zusammenhang Nomenklatur und Verstandesbegriffe entwickelte und aneinanderreichte. Marx, Engels und Lenin intendierten nie eine „Theorie der kapitalistischen Gesellschaft“, sondern durch sie wurde in der Ökonomie der geschichtliche Kampf und Entwicklungsprozeß in seiner Wurzel aufgefaßt, als die entscheidenden Momente in der Entwicklung der Menschheit.

Die Marxsche Theorie ist somit kein geschlossenes Ganzes, sondern Analyse des Entwicklungsgesetzes der menschlichen Geschichte im allgemeinen und des speziellen Bewegungsgesetzes des Kapitals im be-

sonderen. Für die konkrete Analyse einzelner „sozialistischer“ Länder bedeutet das aber, daß das historisch immanente Vorgehen der Marxschen Kritik keine „geschichtsphilosophische Theorie des allgemeinen Entwicklungsganges aller Völker, was immer die geschichtlichen Umstände sein mögen, in denen sie sich befinden“, aufstellt, sondern die *diferencia specifica* der jeweiligen gesellschaftlichen Konstellation unterscheidet (Marx, MEW 19, S. 111, Brief an die Redaktion der *Otetschestwennye Sapiski*).

Die Marxsche Theorie ist in dieser Beziehung die Waffe des Proletariats, nicht nur seine historische Mission zu erkennen – die Aufhebung der Herrschaft des Menschen über den Menschen –, sondern auch zu erfüllen, weil sie zur Praxis drängt. Indem die Marxsche Methode verlangt, jede gesellschaftliche Erscheinung zurückzuführen auf die Entwicklung der Produktivkräfte und des Klassenkampfes, kann für Marxisten die Ökonomie kein Ding an sich sein, keine autonome Existenz jenseits des Klassenkampfes, der gesellschaftlichen Beziehungen zwischen den Klassen besitzen, sondern jedes ökonomische System muß verstanden werden als Widerspiegelung der gesellschaftlichen Beziehungen. Es gibt keine Planwirtschaft an sich.

Mandel begreift die Übergangsperiode nicht als einen Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie, sondern als eine schlichte Verdrängung des Marktes durch das Planprinzip, die die Menschen, wenn sie es geschickt anstellen, „lenken“ können. „Marxistische Dialektik fordert daher, um einen kurzsichtigen Pragmatismus zu vermeiden, eine weitsichtige ökonomische Politik, die die Erhaltung der Marktkategorien – solange sie notwendig sind – fortwährend kombiniert mit ihrem bewußten Abbau, soweit er jeweils möglich ist... Es ist selbstverständlich, daß dieser Prozeß durch die bewußte Entscheidung über Prioritäten gelenkt wird“ (Mandel, a.a.O., S. 12). Dies entspricht völlig der osteuropäischen Theorie der „sozialistischen Warenproduktion“ und der Praxis der Wirtschaftsplanung und -lenkung, derzufolge die Warenkategorien nur noch „voll zu entwickeln“ sind, das „Wertgesetz bewußt anzuwenden“ sei, wie der Standard-Terminus der DDR-Theorie lautet.

Es zeigt die idealistische Methode Mandels, daß er den gegenwärtigen Entwicklungsstand der Übergangsgesellschaften nicht auffaßt als das Resultat des Kräfteverhältnisses zwischen sozialistischen und kapitalistischen Kräften auf Weltebene, sondern für ihn sind die ökonomischen Krisen die Konsequenzen schlechter Pläne. Und Mandel macht sich sogleich daran, einmal mehr die „vernünftigste Lösung“ zu geben: „Die richtige Antwort auf dieses Scheindilemma (er bezieht sich hier auf die angebliche „Alternative“, entweder „bürokratische Überzentralisierung oder Marktmechanismen“)

kann also weder in einer überzentralisierter und überdetaillierter Planung nach dem Muster des stalinistischen Modells, noch in einer zu flexiblen und dezentralisierten Planung nach dem Vorbild des jugoslawischen Systems liegen, sondern in einer demokratisch-zentralistischen Planung durch einen nationalen Kongreß der Arbeiterräte, der sich in der Mehrheit wirklich aus Arbeitern zusammensetzen muß“ (Mandel, a.a.O., S. 20). Mandels Position zum Kampf der osteuropäischen Arbeiter gegen die herrschende Bürokratie soll hier nicht weiter interessieren, aber abgesehen davon, daß man nie weiß, wem er seine Lösungsvorschläge präsentiert – der stalinistischen Bürokratie, der Arbeiterklasse oder der „Weltöffentlichkeit“ schlechthin – so ist eine einfache Beschreibung von dem, was ist, was gewesen ist und wie es sein muß, im wahrsten Sinne des Wortes nicht wissenschaftlich.

Die Frage nach den Ursachen der Warenproduktion in den Übergangsgesellschaften beantwortet Mandel dagegen scheinbar marxistisch:

„Heute können wir besser verstehen, daß das Überleben von Marktkategorien in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus primär auf die ungleichzeitige Entwicklung der Produktivkräfte zurückzuführen ist, die keine physische Verteilung aller produzierten Güter entsprechend dem Arbeitsaufwand eines jeden Arbeiters erlaubt. Die unzulängliche Versorgung mit Gebrauchswerten hält den Tauschwert lebendig, insofern, als sie jeden Produzenten dazu zwingt, seine ihm gehörige Arbeitskraft gegen einen Lohn auszutauschen.“ (Mandel, a.a.O., S. 9)

Wie wir sehen, hat Mandel gar nichts verstanden: Es gibt keinen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Gebrauchswert und dem Tauschwert, wie er ihn hier entdeckt zu haben glaubt. Ersterer ist natürlichen, der zweite dagegen gesellschaftlichen Charakters; d. h. nur unter ganz bestimmten gesellschaftlichen Bedingungen nimmt ein Produkt Warencharakter an, unabhängig davon, ob viel oder wenig davon vorhanden ist:

„Die Masse dieser Produkte kann an ihrer Bestimmung, Ware zu sein oder einen Tauschwert darzustellen, oder einen bestimmten Preis zu haben, nichts ändern. Ob ein Baum groß oder klein ist, er bleibt Baum. Ob wir das Eisen inloten oder in Zentnern gegen andere Produkte austauschen, verändert dies seinen Charakter: Ware, Tauschwert zu sein?“ (Marx, Lohnarbeit und Kapital, MEW Bd. 6, S. 82)

Mandel zufolge verursacht der relative Mangel an Produkten das Fortbestehen der Warenproduktion. Doch: Gebrauchswerte werden zu Tauschwerten, wenn sie die Produkte voneinander unabhängiger privater Arbeiten sind, das heißt, daß sich die

gesellschaftliche Produktion von Produzenten, die durch die Arbeitsteilung voneinander getrennt sind, nur durch den Austausch der Produkte darstellt, die einen Tauschwert besitzen, weil sie die Produkte privater Arbeiten sind. Privat in dem Sinne, daß sie von der Natur des Eigentums bestimmt sind, das seitherseits ihre Beziehungen zu den Produkten festlegt. Die Ursachen für das Fortbestehen von Ware-Geld-Beziehungen liegen offensichtlich nicht im Mangel an Gebrauchswerten, welcher nach Mandel wiederum auf die „Nachteile“ der praktizierten „Planungsmodelle“ zurückzuführen wäre.

Wir werden uns nun bemühen, einige zentrale Widersprüche der wirtschaftlichen Entwicklung der Übergangsgesellschaften aufzudecken. Die Methode des historischen Materialismus erfordert dabei, zunächst von der „Phänomenologie“ der verschiedenen Planreformen zu abstrahieren, die Abstraktion bei dem Grundbestandteil selbst zu beginnen, „der das Objekt der Untersuchung ist, da diese Wissenschaft mit der Basis beginnt“ (Preobrazenskij, a.a.O., S. 77). Wir wollen dabei keineswegs die Rolle des Überbaus herabmindern, aber um erklären zu können, welchen Notwendigkeiten die herrschende Bürokratie mit diesem oder jenem „Reformmodell“ gerecht zu werden versucht, müssen wir zunächst die realen Widersprüche des wirtschaftlichen Lebens untersuchen, denn:

„Die Wissenschaft besteht eben darin, zu entwickeln, wie das Wertgesetz sich durchsetzt. Wollte man also von vornherein alle dem Gesetz scheinbar widersprechenden Phänomene ‚erklären‘, so müßte man die Wissenschaft vor der Wissenschaft liefern.“ (Marx, Brief an L. Kugelmann von 1868 über die Methode des historischen Materialismus, MEW Bd. 32, S. 553.)

Jedoch: Im Unterschied zu den Marxisten à la Mandel untersuchen wir die Ökonomie der Übergangsgesellschaften nicht als eine Wirtschaft an und für sich, d. h. ihres Klasseninhalts entleert und in einem Experimentierfeld von allen äußeren Einflüssen isoliert:

„Der Marxismus“, schreibt Leo Trotzki, „geht von der Weltwirtschaft aus nicht als einer Summe nationaler Teile, sondern als einer gewaltigen, selbständigen Realität, die durch die internationale Arbeitsteilung und den Weltmarkt geschaffen wurde und in der gegenwärtigen Epoche (des Imperialismus, d. Verf.) über die nationalen Märkte herrscht.“

(L. Trotzki, Die permanente Revolution, Fischer-Verlag, 1961, S. 9.)

Das bedeutet nichts anderes, als daß die Bewegungsgesetze der Ökonomie der Übergangsgesellschaften nur dargestellt werden können im Zusammenhang der internationalen Entwicklung der Produktivkräfte und des internationalen Klassenkampfes.

Zum Verständnis des internationalen Charakters der Produktivkräfte

Zum Verständnis der Wirkungsweise des Wertgesetzes in den Übergangsgesellschaften ist es um so notwendiger, den internationalen Charakter der Produktivkräfte darzustellen, als gerade hierüber bei den Vertretern des chinesischen bzw. russischen „Wegs zum Sozialismus“ vollkommene Unkenntnis herrscht bzw. sie die Realität bewußt verdrehen.

Gesetz der vorkapitalistischen Produktionsweisen (der Fronwirtschaft des Gutsheeren, der Naturalwirtschaft der Bauern, der Produktion des Handwerks) war die Wiederholung des Produktionsprozesses im früheren Umfange, auf früher technischer Grundlage, ohne die Grenzen des lokalen Marktes zu überschreiten. Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise dagegen ist die ständige Umgestaltung des Produktionsprozesses und die schrankenlose Erweiterung der Produktion, wobei das Kapital unter dem ständigen Drang nach wirtschaftlicher Expansion in die Notwendigkeit versetzt ist, einen äußeren Markt zu suchen. „Ebenso ist die Ausdehnung des auswärtigen Handels, obgleich in der Kindheit der kapitalistischen Produktionsweise deren Basis, in ihrem Fortschritt, durch die innere Notwendigkeit dieser Produktionsweise, durch ihr Bedürfnis nach stets ausgedehntem Markt, ihr eignes Produkt geworden“ (MEW 25, S. 247).

Die Fortschrittlichkeit der historischen Rolle des Kapitalismus in der wirtschaftlichen Entwicklung der Menschheit liegt in diesem inneren Zwang, daß er durch seine tiefen und allseitigen gesellschaftlichen Widersprüche naturnotwendig die Entwicklung der Produktivkräfte über die nationalen Schranken hinausreibt. „Somit beweist die Notwendigkeit einen äußeren Markt zu suchen, keineswegs, daß der Kapitalismus unhaltbar ist, wie die Ökonomen der Volkstümler die Sache gern darstellen. Ganz im Gegenteil. Diese Notwendigkeit zeigt anschaulich die progressive historische Wirksamkeit des Kapitalismus, der die alte Isoliertheit und Abgeschlossenheit der Wirtschaftssysteme (und folglich auch die Enge des geistigen und politischen Lebens) zerstört und alle Länder der Welt zu einem einheitlichen wirtschaftlichen Ganzen vereinigt.“ (Hervorhebung v. Verf.). (Lenin, Werke, Bd. 3, S. 55.)

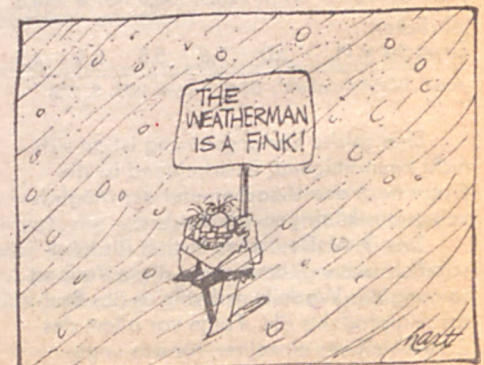
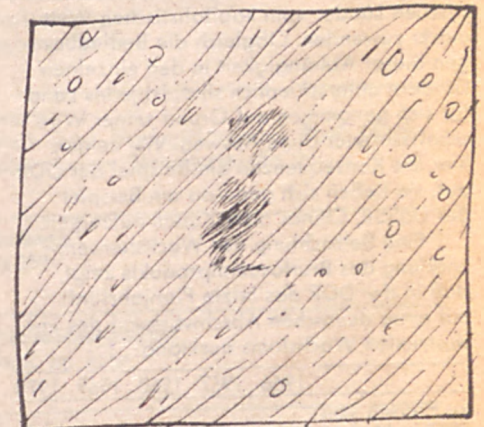
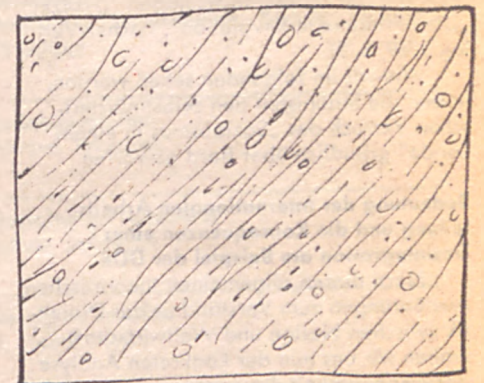
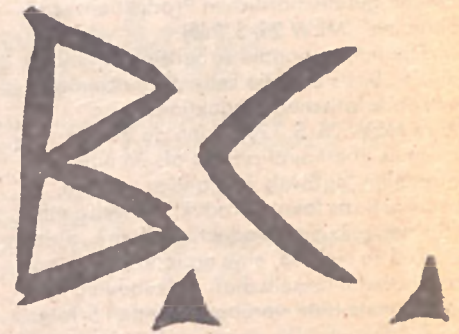
Mit der Ausdehnung des Kapitalismus in verschiedenen Teilen der Weltwirtschaft und des Entstehens des Finanzkapitals (Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung der Banken mit der Industrie) sind die internationalen ökonomischen Beziehungen nicht mehr auf einfachen Warenaustausch beschränkt; sie sind durch Kapitalbewegungen ergänzt: Mit der Monopolstellung der wenigen Großmächte hat die Akkumulation des Kapitals gewaltige Ausmaße erreicht, der „Kapitalüberschuß“ wird zur Steigerung

der Profite ins Ausland, in rückständige Länder exportiert. Das Finanzkapital verbindet die einzelnen Länder und Kontinente noch viel rascher und stärker miteinander als es in der vorangehenden Epoche der Fall war, und mit der stärker werdenden wechselseitigen Abhängigkeit der verschiedenen Länder vertiefen sich ihre Antagonismen, wächst der Widerspruch zwischen Wirtschaft und Nation. Eine grundlegende Ursache für die Krisis des Kapitalismus besteht darin, daß der Kapitalismus eine weltumfassende Arbeitsteilung geschaffen hat – was sich darin zeigt, daß die entwickelten kapitalistischen Länder zur Beschaffung des Rohmaterials und für den Absatz ihrer Erzeugnisse beinahe die ganze Welt benötigen.

Der internationale Charakter der Produktivkräfte ist mit dem nationalen Charakter ihrer Organisation nicht vereinbar; eine der Hauptursachen des Ersten Weltkriegs war gerade das Bestreben des deutschen Kapitals, in eine breitere Arena vorzustoßen. Der junge deutsche Imperialismus verlangte auf Grund der veränderten Kräfteverhältnisse zwischen den imperialistischen Nationen eine Neuaufteilung der Kolonien und Privilegien, die die älteren (und weniger mächtigen) imperialistischen Großmächte besaßen. Das Programm des deutschen Imperialismus war nicht mehr „national“, es ging nicht mehr um die Einheit der deutschen Nation, sondern die berühmte Formel war „Europa organisieren“ – natürlich unter der Oberhoheit des deutschen Militarismus. Das „deutsche“ Europa sollte Ausgangspunkt für ein noch weitergreifendes Unternehmen werden: die Organisation des Erdballs. „Mit barbarischen Ausrottungs- und Zerstörungsmethoden versuchte er (der imperialistische Krieg, d. Verf.) eine fortschrittliche Aufgabe zu lösen: die Organisation der Wirtschaft in der neuen Einheit, die durch die Weltarbeitsteilung vorbereitet worden war“ (Leo Trotzki, „Nation und Weltwirtschaft“).

Hitlerdeutschland träumte den imperialen Traum des deutschen Kapitals weiter und versuchte mit noch ausgeklügelteren Methoden der Barbarei, ihn zu verwirklichen. Die deutsche Bourgeoisie bildete dabei keine Ausnahme, sondern sprach nur in hochgespannter Form die Tendenz einer jeden nationalen kapitalistischen Wirtschaft aus.

Überflüssig zu sagen, daß die beiden imperialistischen Kriege die Aufgabe der internationalen Organisation der Produktivkräfte nicht gelöst hat, daß der Imperialismus diese Aufgabe niemals wird lösen können: „Wenn daher die kapitalistische Produktionsweise ein historisches Mittel ist, um die materielle Produktivkraft zu entwickeln und den ihr entsprechenden Weltmarkt zu schaffen, ist sie zugleich der beständige Widerspruch zwischen dieser ihrer historischen Aufgabe und den ihr entspre-



chenden gesellschaftlichen Produktionsverhältnissen" (MEW 25, S. 260).

Die internationale Arbeitsteilung bildet die „Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistischen Produktionsweise“ (Marx MEW 25, S. 120). Kann da der Sozialismus überhaupt anders als im internationalen Maßstab verstanden werden, sozusagen als lokale Produktionsweise mit selbstgenügsamen Produktivkräften? „Sich das Ziel zu stecken, eine nationale isolierte sozialistische Gesellschaft aufzubauen, bedeutet, trotz aller vorübergehenden Erfolge, die Produktivkräfte, sogar im Vergleich zum Kapitalismus, zurückzerren zu wollen. Der Versuch, unabhängig von den geographischen kulturellen und historischen Bedingungen der Entwicklung eines Landes, das einen Teil der Weltgesamtheit darstellt, eine in sich selbst abgeschlossene Proportionalität aller Wirtschaftszweige in nationalem Rahmen zu verwirklichen, bedeutet einer reaktionären Utopie nachzujagen“ (Trotzki, „Die permanente Revolution“, Fischer-Verlag 1969, S. 9).

Wie wir im folgenden sehen werden, haben die Stalinisten den selbstmörderischen Versuch des „Sozialismus in einem Lande“ gründlich über Bord geworfen.

Bedeutung der internationalen Arbeitsteilung und die Konsequenzen einer Desintegration am Beispiel der DDR

Nach diesen allgemeinen theoretischen Ausführungen zum Verständnis der Dialektik zwischen Nation und Weltwirtschaft wollen wir uns nun der konkreten Analyse der Abhängigkeit der sogenannten sozialistischen Länder vom kapitalistischen Weltmarkt zuwenden. Obgleich die Bedingungen dieser Abhängigkeit in den einzelnen Ländern unterschiedlich sind, ist jedes Land für sich genommen auf Grund seiner Wirtschaftsstruktur ohne Ausweg. Wir zeigen hier die Konsequenzen am Beispiel der DDR auf, sie ließen sich genauso am Beispiel der UdSSR, Chinas oder Kubas aufzeigen.

Eine Betrachtung der Wachstumsentwicklung des Bruttosozialprodukts zeigt, daß in der DDR das letzte Planjahr fünf mit einer deutlichen Abschwächung des industriellen Wachstums ausklang:

	1966	1967	1968	1969	1970
zu Preisen von 1967 in Mrd. M	117,1	123,5	130,6	137,8	144,0
jährlicher Zuwachs v. H.	5,0	5,6	5,8	5,5	4,5

(Aus: „DDR-Wirtschaft“, DIW, Fischer 1971, S. 275)

Eine solche Verlangsamung ist an sich nicht beunruhigend, entscheidend ist die Frage nach den Ursachen und der Möglichkeiten des künftigen Wachstums.

Das DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) bezeichnet diese Verlangsamung des Wachstumsrhythmus des Bruttosozialprodukts als „Folge vor allem des Zurückbleibens einzelner, für das unge-

störte Wachstum besonders wichtiger Industriezweige“ („DDR-Wirtschaft“, S. 245) und führt dazu eine Reihe von Beispielen an:

„So konnte die Elektroenergieversorgung von 1966 bis 1970 nicht, wie geplant, um 32 v. H., sondern nur um 27,5 v. H. erhöht werden, weil die Erweiterung der installierten Leistung der Kraftwerke um knapp 2000 MW deutlich hinter den Erwartungen (3500 MW) zurückblieb... Nicht erreicht wurden die Produktionsziele in wichtigen Zuliefererindustrien, vor allem im Bereich der metallverarbeitenden Industrie. Die Störungen in der Energieversorgung und die mangelhafte Bereitstellung wichtiger Rohstoffe und anderer Zulieferungen (z. B. Sand, Schrott, Kohle, Walzlager, Armaturen, Industriegetriebe, Gußerzeugnisse und Pumpen) beeinträchtigten zunehmend die Produktion der gesamten Industrie.“ Und fährt an anderer Stelle fort: „Die in der Industrie entstandenen Disproportionen führten zu einer deutlichen Wachstumsabschwächung im zweiten Halbjahr 1970, so daß der für das Jahr geplante Produktionszuwachs (plus 8 v. H.) nur zu zwei Dritteln erreicht werden konnte. Der Investitionszuwachs von 7 v. H. fiel insgesamt nur halb so hoch aus wie geplant (plus 13,4 v. H.); auch in der Industrie war die Zunahme der Investitionstätigkeit (plus 13 v. H.) unerwartet niedrig (Plan: plus 24 v. H.)“ (DIW, S. 255).

Wie die Tabelle zeigt, kann von einer harmonischen Entwicklung der einzelnen Industriezweige in der Tat keine Rede sein:

Um ein Auseinanderfallen der verschiedenen Bereiche der Wirtschaft zu verhindern, sucht die Bürokratie ihr Heil im Gegensteuern; indem sie aber dort versucht, ein Loch zu stopfen, reißt sie an einer anderen Stelle ein neues auf. So soll die im Perspektivplan 1971–75 vorgesehene Erhö-

Betriebe im Bereich des Ministeriums für	1966	1967	1968	1969	1970
Grundstoffindustrie	3,0	3,7	2,5	4,0	2,8
Erzbergbau, Metallurgie und Kali	5,5	6,3	5,7	8,0	6,2
Chemische Industrie	8,8	6,8	7,8	8,4	8,3
Elektrotechnik und Elektronik	7,4	9,5	8,6	11,4	11,0
Schwermaschinen- und Anlagenbau	0,2	5,3	4,7	6,9	5,0
Verarbeitungsmaschinen- und Fahrzeugbau	9,0	5,5	9,3	10,4	6,7
Leichtindustrie	4,6	6,5	4,1	6,2	5,6
Bezirksgeleitete und Lebensmittelindustrie	4,9	4,4	5,9	6,8	6,6

(DIW, S. 245)

hung der industriellen Investitionen ausschließlich dem Energiebereich zugute kommen, weshalb für die Chemische Industrie und die Elektrotechnik und Elektronik – die „Wachstumsindustrie“ der letzten Planperiode – eine weitere Abschwächung des Wachstums in Kauf genommen werden muß. Die Disproportionen können nicht beseitigt werden und kehren im nächsten Stadium unvermeidlich zurück als Mißverhältnis zwischen Transport und Industrie, zwischen Produktionsmittel und Rohstoff, zwischen Zulieferer- und verarbeitender Industrie und schließlich zwischen Quantität

und Qualität. „Entwicklung der strukturbestimmenden Zweige“, das Allheilmittel von gestern, heißt heute „Konsolidierung“:

„Die Reaktionen der Wirtschaftsführung der DDR lassen das Bemühen um eine rasche Beseitigung der entstandenen Disproportionen und eine Konsolidierung bei schwächerem Wachstum erkennen“ (DIW, S. 250). Aber für eine Ausgeglichenheit zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen gibt es im isolierten Rahmen der DDR-Wirtschaft keine Grundlage: Diese kann sich erst auf internationaler Ebene einstellen, indem die Disproportionen zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen eines Landes und die Disproportionen anderer Länder ineinandergreifen, und die nationalen Arbeitsteilungen der verschiedenen Länder somit als integrale Bestandteile der internationalen Arbeitsteilung ein Ganzes bilden. Zum anderen ist eine Entwicklung der Produktivkräfte überhaupt nur im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung möglich, denn je weiter Spezialisierung und Kapazität der Produktivkräfte vorangetrieben sind, desto größer sind die nationalen wirtschaftlichen Disproportionen, desto unmöglicher ist das Funktionieren einer Wirtschaft außerhalb der internationalen Arbeitsteilung. Das impliziert, daß eine Anpassung an den technischen Fortschritt in der internationalen Arbeitsteilung den nationalen Wirtschaftssektoren allein dadurch möglich ist, insoweit sie selbst in die internationale Arbeitsteilung eingebettet sind.

So wundert es nicht, daß die Bürokratie sich keineswegs sicher ist, ob ihr neuer Zauberstab der „Konsolidierung“ auch die erwünschte Wirkung zeitigen wird. Wie zu Beginn der Reformdiskussion 1962/63 als die „ersten Grundvorstellungen für eine langfristige Konzeption (...) infolge der Ungewißheit über die Auswirkung der damals einsetzenden Reformen nie Gesetzescha-

rakter erlangten“ (DIW, S. 242), sehen wir auch zu Beginn des Perspektivplans 71–75 die Spitzen der Planungshierarchie weniger als „Herren der Natur“ denn als Spielball dieser Natur: Die angestrebte stabile Ausgangssituation für die neue Planperiode wurde nicht erreicht. Um eine Proportionalität zwischen den Hauptindustriezweigen und der gesamten Wirtschaft zu erreichen, um den Wirtschaftsprozess überhaupt aufrechtzuerhalten, war die DDR gezwungen, in verstärktem Maße Waren aus den kapitalistischen Ländern zu importieren, weshalb der Zuwachs der Importe von 1966–

1970 mit 69 v. H. erheblich höher war als die Exportsteigerung (49 v. H.), und die DDR für 1970 in der Außenhandelsbilanz ein kumulatives Defizit von 2,15 Mrd VM aufweist, und mit dieser Belastung in die neue Planperiode eintritt, die in erster Linie auf eine Beseitigung dieses Defizits ausgerichtet ist: „Die Erklärung für die geplante Abschwächung im Zuwachs der inländischen Güterverwendung findet sich im Planansatz für den Außenhandel, der 1971 bei einer Umsatzausweitung um 8 v. H. von einer sehr starken Expansion der Exporte gekennzeichnet sein soll. Während die Importe stagnieren, sollen die Ausfuhren in die sozialistischen Länder um 14 v. H. und in die westlichen Industrieländer (einschließlich BRD) und Entwicklungsländer sogar um 25 v. H. gesteigert werden“ (DIW, S. 254).

Das Entscheidende ist: Die oben genannten Disproportionen innerhalb der DDR-Wirtschaft sind nicht erst im letzten Planjahr fünf „entstanden“, wie das DIW meint, sondern lediglich eine Verschiebung der alten Disproportionen, wie sie durch die Teilung Deutschlands nach dem Zweiten Weltkrieg und der Eingliederung Ostdeutschlands in den Herrschaftsbereich der UdSSR entstanden sind, eben die alten Disproportionen der DDR-Wirtschaft in neuer Gestalt; Resultat der Desintegration der DDR aus dem Weltmarkt, für den der „sozialistische“ Weltmarkt kein Äquivalent ist und auch niemals sein kann, solange nicht die Arbeiterklasse in den Metropolen des Kapitalismus ihre Diktatur errichtet. Die Disproportionen sind in dem Sinne permanent, wie der DDR die Möglichkeit einer Re-Integration in die internationale Arbeitsteilung versperrt bleibt. Untersuchen wir nun die gesellschaftlichen Implikationen einer Exportintensivierung nach den kapitalistischen Ländern.

Der Warenaustausch zwischen Imperialismus und Übergangsgesellschaft

Bei der Analyse der Bedingungen des Warenaustausches zwischen den kapitalistischen und „sozialistischen“ Ländern glaubt Mandel, auch hier wieder eine „Lösung“ entdeckt zu haben. Zu Recht hält er den Weg einer autarken Entwicklung für ein „utopisches Unterfangen“ (Mandel, a.a.O., S. 34). Doch die Probleme des Außenhandels der Übergangsgesellschaften sind für ihn rein rechnerischer Natur:

„Der korrekte Weg (!) besteht darin, bewußt die Vor- und Nachteile (!) von gegebenen Handelsbeziehungen mit dem kapitalistischen Weltmarkt zu berechnen (Hervorhebung v. Mandel) und dabei bestimmte Prioritäten zu setzen. (...) ... Auch der Begriff ‚Verlust‘ ist ein relativer. Es ist vorzuziehen, gewisse Waren ‚mit Verlust‘ zu verkaufen, um es dadurch ‚möglich zu machen, andere Waren zum ‚Weltmarktpreis‘ zu importieren, wenn dieser Verlust geringer ist als der, welcher da-

durch verursacht würde, daß man Fabriken errichten würde, die dazu verurteilt wären, über eine lange Periode ‚mit Verlust‘ zu arbeiten“ (Mandel, a.a.O., S. 34). Mandel ist hier zu den gleichen „Erkenntnissen“ gelangt, wie der DDR-Ökonome Fröhlich (vgl. Dr. G. Fröhlich: „Nutzeffekt der internationalen Arbeitsteilung, Gebrauchswert und Wert“, in „Sozialistische Außenwirtschaft“, Heft 7–8, 1971, Berlin, S. 53–56): Es gibt produktive und weniger produktive Länder. Sie schalten sich in die internationale Arbeitsteilung ein, weil sie „vorteilhaft“ für sie ist. Probleme gibt es dabei eigentlich nicht, wenn es dem weniger produktiven Land gelingt, überflüssige Arbeitszeit einzusparen. Nun könnte man meinen: Jetzt haben wir eine allgemein gültige Theorie des Außenhandels! Mandel sieht gar die Zeit schon kommen, wo „der Handel mit imperialistischen Ländern nicht länger mehr ein notwendiges Übel sein (wird), sondern ein wirklicher Gewinn werden (wird)“ (Mandel, a.a.O., S. 35): „Mit dem Wachstum der Produktivkräfte (!) und der geographischen Ausdehnung des Gebiets, in dem der Kapitalismus abgeschafft ist, entstehen mehr und mehr Wirtschaftssektoren, deren Produkte im Maßstab der Verausgabung der Arbeitskraft – bei gleicher Qualität – weniger kosten als in verschiedenen kapitalistischen Ländern, ja sogar als in den meisten fortgeschrittenen imperialistischen Ländern“ (Mandel, a.a.O., S. 35). Mandel blickt ebenso unbesorgt wie begeistert in die Zukunft der Übergangsgesellschaften: „Von da wird der kapitalistische Weltmarkt gezwungen sein, durch den Handel zur sozialistischen Akkumulation in den Ländern mit einer sozialisierten ökonomischen Basis beizutragen“ (Mandel, a.a.O., S. 35). Was Mandel übersieht, ist, daß es im Kapitalismus keinen Austausch von Gebrauchswerten, keinen „unschuldigen“ Warenaustausch gibt, sondern daß der Außenhandel konstitutives Moment des Entwicklungsprozesses des Kapitalismus selbst und Zielsetzung des fungierenden Kapitals in der Zirkulationssphäre die Realisierung des im Tauschwert gesetzten Mehrwerts ist. Während die DDR-Ökonomen sich weigern (oder – wie Fröhlich – darauf „verzichten“, was dasselbe ist), mit der Marx'schen Werttheorie die Austauschbedingungen der DDR mit dem Kapitalismus zu untersuchen, und die Revisionisten an ihr die Zähne sich ausbeißten, sind wir der Auffassung, daß die Werttheorie solange gültig ist, wie der Kapitalismus als Welt-system existiert und der Schlüssel ist für das Verstehen der Probleme der DDR-Ökonomik wie aller Übergangsgesellschaften.

Das Kapital ist beim Handel mit der DDR nicht an Gebrauchswerten interessiert, sondern an der Verwertung seines Werts; die eingetauschten Produkte gehen als Tauschwerte in den eigenen Verwertungsprozeß ein.

diskus

frankfurter studentenzeitung
Heft 6, 22. Jahrgang, Dezember 1972

diskus-Verlag
6000 Frankfurt am Main, Jügelstraße 1
Telefon 06 11 / 7 98 31 88

Verlagsleiter
H. Heinz Funke

Herausgeber
Joachim Klein, Hannsjörg Prella,
Edil Tokmar

Redaktion
Wolfgang Bertelsmeier, Brigitte Heinrich,
Til Schulz

Redaktionsleiter
Eduard Wolczak

Gestaltung/Produktion
Lothar Leßmann

Anzeigen/Vertrieb
H. Heinz Funke

Verlagsbüro
Renate Prella

Druck
Buch- und Verlagsdruckerei Paul Nack
6450 Hanau, Hammerstraße 9

Auflage
15 000

Erscheinungsweise
8mal im Jahr

Gerichtsstand
Frankfurt am Main

Artikel, die mit dem Namen des Verfassers oder seinen Initialen gekennzeichnet sind, geben die Meinung des Autors wieder, aber nicht unbedingt die des diskus-Kollektivs.

Nach Marx ist der Tauschwert einer Ware bestimmt durch die für ihre Herstellung gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit. Nun ist das, was allgemein „gesellschaftlich notwendig“, verschieden von dem, was in einer von den nationalen Schranken eingegrenzten Gesellschaft notwendig ist. „Die mittlere Intensität der Arbeit wechselt von Land zu Land; sie ist hier größer, dort kleiner. Diese nationalen Durchschnitte bilden also eine Stufenleiter, deren Maßeinheit die Durchschnittseinheit der universellen Arbeit ist. Verglichen mit der wenigen intensiven, produziert also die intensivere nationale Arbeit in gleicher Zeit mehr Wert, der sich in mehr Geld ausdrückt“ (Kapital I, S. 584, Hervorhebungen von uns). In den sogenannten „sozialistischen“ Ländern verbraucht man mehr Arbeitszeit für die Herstellung von Produkten als gesellschaftlich notwendig ist, weil die Produktivität dort niedriger ist als im Weltdurchschnitt (siehe dazu: „DDR-Wirtschaft . . .“, S. 285, Tabelle 24. Nach dieser Quelle erreichen die Produzenten in der DDR nur 68,4 v. H. der Arbeitsproduktivität der westdeutschen Arbeiter, Stand 1968).

Noch direkter kennzeichnet Marx dieses Ausbeutungsverhältnis im folgenden: „Das begünstigte Land erhält mehr Arbeit zurück im Austausch für weniger Arbeit, obgleich diese Differenz, dies Mehr, wie beim Austausch zwischen Kapital und Arbeit überhaupt, von einer gewissen Klasse eingesackt wird.“ Unter der Überschrift: „Zwei Nationen können nach dem Gesetz des Profits austauschen, so daß beide gewinnen, eine aber stets übervorteilt wird“, spricht Marx in den Grundrissen davon, daß selbst dann, wenn das Kapital sich nicht im strikten Sinn verwertet, der Profit also unter dem Mehrwert steht, „... Nationen fortwährend miteinander austauschen können, auch fortwährend den Austausch auf stets wachsender Stufenleiter wiederholen, ohne daß sie deswegen gleichmäßig zu gewinnen brauchen. Die eine kann sich fortwährend einen Teil der Surplusarbeit der anderen aneignen, für den sie nichts im Austausch zurückgibt . . .“ (Grundrisse, S. 755).

Wir sehen: Das Kapital eignet sich im Austausch mit der DDR (und allen anderen „sozialistischen“ Ländern) mehr Tauschwerte an, als es selbst liefert, und realisiert den in ihnen vergegenständlichten Mehrwert auf stets wachsender Stufenleiter, ohne daß die Produzenten in der DDR davon eine Ahnung haben. Gleichzeitig verhindert der kontinuierliche Entzug von für den Export bestimmten Produkten aus dem ökonomischen Kreislauf, daß die DDR den Industrialisierungsgrad der kapitalistischen Länder jemals erreicht.

Anstatt aus diesem manifesten Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnis der „sozialistischen“ Länder vom Kapitalismus die Konsequenz zu ziehen, mit aller Zielstrebigkeit auf dessen Überwindung hinzu-

arbeiten, haben die stalinistischen Theoretiker und Praktiker nichts anderes im Sinn, als diesen Zustand zu erhalten, ja noch mehr: die Abhängigkeit zu verstärken durch eine geplante größere Integration in die internationale kapitalistische Arbeitsteilung (siehe „Spiegel“ Nr. 19/72, S. 67 f. D. M. Gwischiani – Stellvertretender Vorsitzender des Staatskomitees für Wissenschaft und Technik der UdSSR – auf die Frage des „Spiegel“, ob sich die UdSSR in Zukunft stärker an der internationalen Arbeitsteilung beteiligen will: „Ja, das ist die Grundtendenz der Entwicklung unserer Außenbeziehungen. Wir sind wirklich bereit zu einer breiten Arbeitsteilung auf dem internationalen Markt.“). Die Stalinisten lügen sich aber etwas in die Tasche, wenn sie glauben, sie könnten das Interesse der Kapitalisten an ihren eigenen Produkten stimulieren. Gerade der Handel der DDR mit den kapitalistischen Ländern ist chronisch defizitär, d. h. die DDR-Wirtschaft kann die notwendigen Importe an hochqualifizierten Investitionsgütern nicht ausgleichen durch die eigenen Exporte, trotz aller Bitten an insbesondere die westdeutsche Bourgeoisie und der jüngsten Erleichterungen des Warenverkehrs zwischen der BRD und der DDR.

Diese Differenz zwischen der niedrigen Produktivität der DDR einerseits und dem Weltdurchschnitt andererseits muß im Austausch mit dem Weltmarkt bezahlt werden durch einen vermehrten Aufwand an Arbeitszeit bzw. durch eine dementsprechende Menge von Tauschwerten. „Kapitale, im auswärtigen Handel angelegt, können eine höhere Profitrate abwerfen, weil hier erstens mit Waren konkurriert wird, die von anderen Ländern mit minderen Produktionsleichtigkeiten produziert werden, so daß das fortgeschrittenere seine Waren über ihren Wert verkauft, obgleich wohlfeiler als die Konkurrenzländer. Sofern die Arbeit des fortgeschrittenen Landes hier als Arbeit von höherem spezifischem Gewicht verwertet wird, steigt die Profitrate, indem die Arbeit, die nicht als qualitativ höhere bezahlt, als solche verkauft wird. Dasselbe Verhältnis kann stattfinden gegen das Land, wohin Waren gesandt und woraus Waren bezogen werden; daß dies nämlich mehr vergegenständlichte Arbeit in Natura gibt, als es erhält, und daß es doch hierbei die Ware wohlfeiler erhält, als es sie selbst produzieren könnte“ (Kapital III, S. 248) (1)

Bei jedem bürgerlichen Ökonomen sind die Gründe hierfür nachzulesen: Solange der technische Stand der Maschinenerzeugnisse der DDR (um bei diesem Beispiel zu bleiben) als die Hauptgruppe exportierter Waren niedriger ist als auf dem Weltmarkt, wird es keine wesentliche Erhöhung des DDR-Markkontingents geben – das gleiche gilt hinsichtlich der Attraktivität der Konsumgüter usw.

Es hilft der SED-Bürokratie wenig, politische Preise festzusetzen, die unter den

Durchschnittspreisen des Weltmarktes liegen, um dadurch den Export zu steigern. Abgesehen davon, daß in einem solchen Fall die kapitalistischen „Partner“ sich noch mehr Surplusarbeit unentgeltlich aneignen, müssen die Subventionen zur Stützung dieser Preise entweder direkt in den Betrieben oder vermittelt über höhere Preise der Arbeiterklasse abgepreßt werden. Die Gefährlichkeit einer solchen Politik für die Bürokratie liegt auf der Hand: Die Aktionen der tschechoslowakischen und polnischen Arbeiterklasse haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse in der SU und den „Volksdemokratien“ nicht bereit ist, eine Verschlechterung ihrer materiellen Lage unter den Bedingungen politischer Unterdrückung widerstandslos hinzunehmen und alle Lücken und Risse im Partei- und Staatsapparat ausnützt, um unabhängig vom stalinistischen Apparat ihre Interessen zu artikulieren und den Kampf aufnimmt für die politische Revolution zur Überwindung der parasitären Bürokratie und für die nationale Unabhängigkeit gegen den Hege-monieanspruch der Sowjetunion.

Peter Gey

(1) Das „Lehrbuch Politische Ökonomie/Sozialismus“ (Verlag Marxistische Blätter, Ffm. 1972; erarbeitet unter Kontrolle höchster Staats- und Parteigremien der SU) hat zu den Problemen des Handels „sozialistischer“ mit kapitalistischen Ländern folgendes zu bemerken:

„Die sozialistischen Länder bieten den kapitalistischen Unternehmen einen sehr aufnahmefähigen Markt, was für diese angesichts der Verschärfung des Absatzproblems besonders wichtig ist“ (S. 601).

Zum einen fällt dabei auf, wie die Stalinisten sich anbieten, die Überproduktionskrisen des Kapitals zu lösen. Zum anderen liegen hier fundamentale Revisionen der marxistischen Imperialismustheorie vor: wenn es stimmt, daß „die Besonderheit des Imperialismus . . . die Herrschaft eben nicht des Industrie-, sondern des Finanzkapitals . . .“, Kapitalexport als „ins Quadrat erhobener Parasitismus“ (Lenin: „Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus“, Berlin 1968, S. 5f) spezifische Charakteristika des Imperialismus sind, dann ist der Absatz überschüssiger Waren ein untergeordnetes Moment in der Strategie des Imperialismus, der nicht Freiheit für die sozialistische Produktionsweise, sondern deren Liquidierung anstrebt.

„Ihre Tendenz (Anm.: die der kapitalistischen Produktionsweise) aber ist, alle Produktionen möglichst in Warenproduktion umzuwandeln; ihr Hauptmittel hierzu ist, gerade dies Hereinziehen derselben in ihren Zirkulationsprozeß . . .“ (Kapital II, S. 114).

Die Stalinisten scheinen geradezu darauf versessen, sich freiwillig in den Zirkulationsprozeß des Kapitals zu integrieren, indem sie immer mehr Tauschwerte am Industrialisierungsprozeß der „sozialistischen“ Länder beteiligen.

Auf der politisch-praktischen Ebene geht der Revisionismus noch weiter. Zu Beginn der Ratifizierungskampagne der „Ostverträge“ wies die DKP (die Hauptagentur der SED-Bürokratie in Westdeutschland) in Flugblättern darauf hin, wie „vorteilhaft“ diese Verträge für die westdeutschen Arbeiter seien: Sie würden Wege freimachen für langfristige Handelsverträge und dadurch Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum in der BRD sichern. Der gutgemeinte Versuch der DKP, den Kapitalismus krisenfrei zu gestalten, ist eine plumpe Apologie des Kapitalverhältnisses. Marx schreibt, als ob er die stalinistische Politik der „friedlichen Koexistenz“ zwischen Lohnarbeit und Kapital vorausgeahnt hätte: „Die Tendenz des Kapitals ist, of course, den absoluten mit dem relativen Surpluswert zu verbinden; also größte Ausdehnung des Arbeitstags mit größter Anzahl gleichzeitiger Arbeitstage, zugleich mit Reduktion einerseits der notwendigen Arbeitszeit auf das Minimum, andererseits der notwendigen Arbeiteranzahl auf das Minimum“ (Grundrisse, S. 656).

ERFOLG VON 109 JAHREN DEMOKRATISCHEM SOZIALISMUS

Die Vokabel „demokratischer Sozialismus“ ist älter, als sie scheint, jünger jedoch wie es sich z. B. W. Brandt, derzeitiger Bundeskanzler und SPD-Vorsitzender, und seine Freunde vorstellen. Während diese, allen voran der langjährige Parteiideologe Willi Eichler, eine gerade Linie von Karl Marx über Lasalle, Bebel hin zu Leonhard Nelson und Erich Ollenhauer ziehen, die alle auf ihre Weise die Kanzlerschaft Willy Brandts vorbereitet haben sollen, ist es tatsächlich so, daß das Spezifische des „demokratischen Sozialismus“ ein ideologisches Zerfallsprodukt der Linken der Weimarer Republik ist. Die SPD nach 1945 war nicht mehr die Partei der Kaustkys und Hilferdings und Breitscheids – von reformistischen Marxisten. Die Garde der alten Partei war im Exil verstorben oder im KZ umgebracht worden. Die Jungen, mit Ausnahme von Kurt Schumacher, kamen zu einem beachtlichen Teil aus der nicht sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Einige kamen, wie z. B. Willi Eichler, aus dem Internationalen Sozialistischen Kampfbund (ISK), die von dem Neukantianer Leonhard Nelson beeinflusst worden ist, andere wie Willy Brandt aus der Splittergruppe Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), einige gar, wie Herbert Wehner von der KPD her; auch Trotzisten unterschiedlichster Couleur fanden sich mit Männern vom Schlage Schumachers und Erich Ollenhauers zusammen, um nun eine neue Sozialdemokratische Partei zu gründen. Die SPD nach 1945 ist im schlechtesten Sinne des Wortes eine Partei neuen Typs, eine Volkspartei geworden. Die Ideologie dieser neuen Partei ist – unter dem extremen Druck des Antikommunismus der fünfziger Jahre fast zum Erlöschen gekommen, betrachtet man das wissenschaftlich wie philosophisch trostlose, auch sprachliche Niveau des „Godesberger Programmes“ – das Schlagwort vom „demokratischen Sozialismus“ geworden. Seine Ideologie verkörpert aus Mangel an besseren Köpfen, Willy Brandt, kantiger Übervater von Nation und Regierungspartei. In jedem Parteihaus der Sozialdemokraten kann die schmale Broschüre „Der Auftrag des demokratischen Sozialismus“ mitgenommen werden (kostenlos, in Frankfurt mußte die Leitung der Presseabteilung nichts von seiner Existenz, es mußte in Bonn bestellt werden, meinte er und irrte), eine Rede, die Brandt

zum zwanzigsten Todestag von Kurt Schumacher gehalten hat. Wer sich nicht auf das verblasene Machwerk des Godesberger Programmes verlassen will und sich mit der Ideologie der SPD auseinandersetzen will, greift am besten zu dieser Rede.

Gleich zu Beginn kommt er auf den „Auftrag des demokratischen Sozialismus“ zu sprechen. Brandt sagt:

„Worin besteht dieser Auftrag? Er besagt nicht, daß wir glauben, die Wahrheit gepachtet zu haben, oder daß wir meinen, einen politischen Ausschließlichkeitsanspruch stellen zu können. Wohl aber bedeutet er die Kontinuität sowohl des Kampfes gegen die Vergewaltigung des Menschen und seiner Freiheit als auch des Ringens um Gerechtigkeit und Solidarität in den zwischenmenschlichen Beziehungen. Und neben diesem aus Protest geborenen Kampf lebt im freiheitlichen, im demokratischen Sozialismus die Zuversicht in die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Ordnung, die jedem Menschen die gleiche Chance gibt, sein Leben in Würde frei zu gestalten.“

Die Rede von der Pachtung der Wahrheit ist trivial. Der Begriff wird metaphysisch gewendet (im Sinne von Sein, Absoluten etc.), dann wird vorsichtig darauf hingewiesen, daß man eben nicht vermessen ist. Konkreter ist der „politische Ausschließlichkeitsanspruch“. Die Realität von pluralistisch vertretenen Meinungen wird zum normativen Faktum. Das, was ohnehin ist, die Konkurrenz von Parteien, ist der Idealfall. In nuce finden wir hier die klassische Theorie des Liberalismus, die im Wettbewerb, im Tausch gleichgeltender und gleichgültiger Individuen den Motor und die Essenz der bürgerlichen Gesellschaft sieht. Gleichzeitig wird das an sich legitime Verlangen der jeweiligen Gegenseite als Ausschließlichkeitsanspruch, somit sinngemäß als „totalitär“ gebrandmarkt. Nach diesen vorsichtigen Ausfällen kommen die großen Worte, das Programm. Ein Kampf wird kontinuierlich geführt. Er richtet sich in erster Linie wohl gegen Unterdrückungsverhältnisse. Die Rede von der „Vergewaltigung“ ist fatal. Aus der sexual-kriminologischen Sphäre kommend, ist dieses Wort von Unterdrückern aller Art gegen Kommunisten und selbst Sozialdemokraten gewendet worden. Der Kanzler nimmt es auf und

bleibt im allgemeinen. Vergewaltigt werden keine konkreten Individuen – wie noch in der Kriminologie – sondern „der Mensch“. Weder Menschheit, noch eine bestimmte Gesellschaft, noch eine Gruppe von bezeichnbaren Personen, noch ein einzelnes Individuum – eine ontologische Wesenheit, die nicht die Totalität in sich birgt, sondern einfach leer ist. Wenn auch die Regierung Brandt den Wissenschaften das Geld streicht und diese Streichungen nicht zuletzt die Philosophie trifft, so muß man doch festhalten, daß der ideologische Legitimationsversuch dieser Regierung wie alle Ideologie der Abhub von Philosophie ist und zwar einer erledigten, der Existential-ontologie.

„Aber, wie gesagt, ich beklage diesen Zustand nicht. Beklagte ich ihn, müßte ich die Gesellschaftsordnung beschuldigen, aber die Gesellschaftsordnung ist gut. Man bedenke diese Rasse, die aus dem Dunkel ins Helle strebt ganz ohne Revanchefurcht vorm Licht.“ (1)

Ähnlich wie mit der „Vergewaltigung“ verhält es sich mit dem „Ringem“. Ohne dem Genossen Bundeskanzler nahetreten zu wollen, muß gesagt werden, daß dieses Wort in den Jahren seiner Regierungszeit gewisse inflationäre Tendenzen seinerseits entwickelt hat. Wenn ein „Kampf“ im „Ringem“, besteht, so ist das doch zumindest zweideutig. Das Schillernde der phraseologischen Existentialontologie kommt klar zum Vorschein. Mal ringe ich mit mir, mal mit dem Gegner. Auf die Sozialdemokratie bezogen könnte man sagen: „Bald lag er oben, bald lag ich unten!“ Und dann das peinliche „Ringem“ in den „zwischenmenschlichen Beziehungen“. Die Solidarität nimmt sich in diesem geschichtsphilosophischen Geschlechterkampf jedenfalls wie ein Fremdwort – das es heute mehr denn je ist – aus.

Als zweite Strömung der Sozialdemokratie, mit der man inzwischen wohl getrost den „demokratischen Sozialismus“ gleichsetzen kann, wird die „Zuversicht (!) in die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Ordnung“. Hier spricht einer, der meint, weise geworden zu sein. Wenn von den Bedingungen der Möglichkeit gesprochen würde, so hätte das einen gewissen logischen Sinn. Durch die Zuversicht kommt die subjektive Theologie ins Spiel. Zuversicht, das ist so-

Im Himmel CDU auf Erden SPD

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die CDU/CSU ist nun auch so eine Partei wie einst die Sozialistische Partei Deutschlands, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

SPD-INFORMATION ZUR BUNDESTAGSWAHL

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Die SPD ist die einzige Partei, die sich für die Freiheit aller Menschen einsetzt und die Freiheit aller Menschen will.

Unversehrtheit und dieses Recht ist weder in den paar lumpigen Jahren, in denen die SPD so etwas wie Macht in der Zeit der Weimarer Republik hatte, respektiert worden, noch heute, wo Dutzende von vermeintlichen Autodieben, Baader-Meinhofs oder pathologische Flugzeugführern auf offener Szene mit Blattschub abgeknallt werden. Jenseits der Wirklichkeit sind die Reden der Parteiführer.

Die Lebensbedingungen „der breiten Schichten unseres Volkes“ haben sich immer am meisten verbessert, wenn die Rüstungskonjunktur blühte, die Sozialdemokratie hatte wenig Anteil daran. Die deutsche Sozialdemokratie hat „nie Krieg und Knechtschaft über unser Volk gebracht“? Wohl aber hat sie den Kriegskrediten des Kaisers zugestimmt, hat Hindenburg zum Reichspräsidenten gemacht und hat noch auf der letzten Reichstagsitzung Hitlers außenpolitischem Programm zugestimmt. Nach dem zweiten Krieg hat sie kräftig an den Restaurationstendenzen und dem kalten Antikommunismuskrieg mitgewirkt; daß es ihr nicht zum Segen ausfiel, ist eine andere Sache.

Was bleibt, ist die „Aufgabe“, der „Auftrag“.

„Während er überfließt von der Präntion tiefen menschlichen Angerührtseins, ist er unterdessen so standartisiert wie die Welt, die er offiziell verneint; teils infolge seines Massenerfolges, teils auch weil er seine Botschaft durch seine pure Beschaffenheit automatisch setzt und sie dadurch absperrt von der Erfahrung, die ihn beseelen soll. Er verfügt über eine bescheidene Anzahl signalhaft einschnappender Wörter...“ (2)

Die geistige Substanz des demokratischen Sozialismus ist nicht existent. Sein geschichtlicher Rückblick, der ihn rechtfertigen soll, erstickt in Halbwahrheiten. Seine Politik besteht aus Koalitionskompromissen. Die Worthülse vom demokratischen Sozialismus dient nur noch dem Massenbetrug.

„Im Jahre 1941 las ich Ernst Wiecherts Buch ‚Das einfache Leben‘ zum ersten Mal, und ich wurde tief berührt von der Ehrlichkeit, von der dieses Buch eines auf einer ganz anderen Seite stehenden Menschen durchdrungen ist. Wenn ich mir den Begriff ‚einfaches Leben‘ zu eigen gemacht habe, so will ich damit sagen: ein Leben, in dem das Streben bestimmend ist, nicht Klufft noch Widerspruch zwischen dem als Wahrheit erkannten und dem eigenen Tun entstehen zu lassen. Diese Maxime ist gewiß nicht allmächtig, aber sie ist unerlässlich gerade für einen Sozialisten.“ (3)
Ralf W. Scott

(1) Gottfried Benn, Summa Summarum, Ges. Werke IV, S. 17, Wiesbaden 1961.
(2) Theodor W. Adorno, Jargon der Eigentlichkeit, Zur deutschen Ideologie, Frankfurt 1964, S. 9.
(3) Herbert Wehner, Notizen, Von KP zu SPD, o. O. o. J. (Raubdruck) S. 98. Das Typoskript ist auf den 23. VII. 1946 datiert.

viel wie Glaube, Liebe, Hoffnung. Der Jesus von George Grosz, der mit Gasmaske am Kreuz hängt und dem gesagt wird „Maul halten und weiterdienen“ hat mit solcher Rede von Zuversicht allerlei gemein...

Zum Schluß des großen Programms kommt die Würde. Sie ist, eingedenk der Erfahrungen des Faschismus, Bestandteil des ersten Paragraphen der bundesdeutschen Verfassung, des Grundgesetz: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, heißt es dort. Unklar bleibt, ob das eine Forderung oder eine Aussage sein soll. Entweder ist sie antastbar, das meint auch Brandt, dann muß sie erkämpft werden – nicht geschützt. Originell ist demgegenüber zumindest eine Verfassungsordnung, in der man die Chance hat, sein Leben in Würde frei zu gestalten, nur die Chance bitte. Wer von den Chancen weg will, vielleicht zu einem Zustand, wo man über „Chancen“ hinwegkommt, ist nach dieser Theorie wahrscheinlich schon „totalitär“. Der zweite geschichtlich gewendete Programmpunkt ist die Rechtfertigung. In der Rede Brandts lautet sie so:

„Wenn wir zurückschauen auf die bald 110 Jahre, in denen die Sozialdemokratie als politische Partei in unserem Land gewirkt hat, dann können wir ohne Selbstgefälligkeit guten Gewissens sagen: Diese deutsche Sozialdemokratie hat den entscheidenden Anteil daran, daß für Millionen Untertanen die staatsbürgerlichen Freiheitsrechte erkämpft wurden. Diese deutsche Sozialdemokratie hat wesentlich daran mitgewirkt, daß sich die Lebensbedingungen der breiten Schichten unseres Volkes entscheidend verbessert haben. Und diese deutsche Sozialdemokratie hat nie Krieg und Knechtschaft über unser Volk gebracht. Demokratischer Sozialismus ist – im Geiste

Kurt Schumachers und nach dem Wortlaut des Godesberger Programms – eine dauernde Aufgabe – Freiheit und Gerechtigkeit zu erkämpfen, sie zu bewahren und sich in ihnen zu bewähren.“

Brandt ist hier, wieder, sehr vorsichtig. Daß die SPD die sogenannten demokratischen Rechte etc. nicht erkämpft hat, ist bekannt. Das allgemeine Wahlrecht wurde schon von der Bismarckschen Verfassung genehmigt, das Koalitionsrecht bestand faktisch seit der Aufhebung des Sozialistengesetzes, die konstitutionelle Monarchie, die sich kaum von der Weimarer Verfassung unterschied, war vor der proletarischen Revolution, welche die Sozialdemokraten mit Hilfe der Reaktion in eine bürgerliche verwandelten, eingeführt worden. Nicht die SPD hat im November 1918 gekämpft, sondern die Massen der Soldaten und Arbeiter. Die SPD war die Kraft, die verhindert hat, daß aus Deutschland eine sozialistische Republik wurde. In der bürgerlichen Republik, die ruhm- und kampflös unterging, war in Gestalt der Reaktion von Völkischen und Deutschnationalen der Faschismus bereits sichtbar. Die Zerschlagung der Arbeiteraufstände von 1919 bis 1923 wurde von den Sozialdemokraten mit Hilfe von parafaschistischen Freikorps und monarchistischer Reichswehr bewerkstelligt. Die Namen von Fritz Ebert und Gustav Noske, die geistige Urheber an den Morden an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg waren, die das Blut von Tausenden deutscher revolutionärer Arbeiter vergossen, diese Namen hat auch ein Willy Brandt nicht aus der Elendsgeschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands löschen können.

Was heißen denn die „staatsbürgerlichen Freiheitsrechte“? Ein erstes ist doch wohl das Recht auf Leben und körperliche



Lateinamerika: Die Rückkehr der Diktatoren

Seit einigen Wochen macht ein exilierter argentinischer Diktator Schlagzeilen. Perón wollte nach Argentinien zurückkehren und tat das auch. Perón, damit assoziierten viele den Begriff „Faschismus“, ohne dies genauer begründen zu können. Peróns fortschrittliche Sozial- und Lohnpolitik, seine engen Kontakte zu Kuba, die peronistische Ausrichtung der argentinischen Arbeiterbewegung sowie der argentinischen Stadtguerilla deuten darauf hin, daß Verleihung des Prädikats „faschistisch“ an Perón und die Peronisten zumindest vor-schnell, wenn nicht Folge einer Fehleinschätzung durch die westdeutsche Linke ist.

Lateinamerika erlebt derzeit einen wahren Rückkehr-Boom seiner Diktatoren aus den 50er Jahren: Velasco Ibarra in Ecuador, Rojas Pinilla in Kolumbien, Pérez Jiménez in Venezuela und – last not least – Perón in Argentinien. Sie alle beschreiten jetzt legal-parlamentarische Wege, sie alle lassen in ihren Reden scharf antiimperialistische Töne anklingen, sie alle agitieren das Proletariat und vor allem die subproletarischen Massen der Elendsviertel. Zu einer differenzierten Einschätzung des Peronismus versucht der folgende Artikel beizutragen.

Die Krise Argentiniens

Unter Perón erhielt Argentinien eine fortschrittliche Sozialgesetzgebung, der Anteil der Löhne am Volkseinkommen stieg erheblich an, die Arbeiter bauten eine starke gewerkschaftliche Organisation auf. Nach dem Sturz Peróns durch das Militär 1955 wurden alle peronistischen Organisationen verboten, ihr Vermögen beschlagnahmt, Staat, Armee und Wirtschaft gesäubert, Peronisten standrechtlich erschossen. Lediglich die peronistischen Gewerkschaften blieben erhalten, ihre Führer jedoch wurden immer wieder verhaftet, Streiks meist für illegal erklärt.

Seit Perón gelang es keiner der militärischen oder bürgerlich-autoritären Regierungen, „ihre Versprechungen wirtschaftlichen Fortschritts oder sozialer Reformen auch nur im entferntesten zu verwirklichen“ (FAZ). Argentinien erkrankte an permanenter galoppierender Inflation, die Reallöhne sanken. Wurde eine Antiinflationpolitik eingeleitet, dann durch Lohnstopps auf Kosten der Arbeiter: so sank zwar die Lohnquote, nicht jedoch die Inflationsrate. Gleichzeitig wuchs die Arbeitslosigkeit, während die Haushaltsdefizite immer größer wurden. Dadurch weichte die Währung immer weiter auf, so daß 1971 innerhalb von weniger als drei Monaten dreimal abgewertet werden mußte. Deshalb schaffte die Bourgeoisie so viel Geld wie sie konnte ins Ausland, nach einer Regierungsschätzung von 1972 acht Mrd. Dollar, was den Exporterlösen von drei bis

vier Jahren entspricht (nach Presseberichten sogar 10 Mrd. Dollar). Selbst bürgerliche Zeitungen sehen Argentinien in „düsteren Farben“ (Handelsblatt). War die Lohnquote zur Zeit Peróns auf 47% angehoben worden, so sank sie danach auf 39% 1970, was zwar für die bürgerliche Übersee-Rundschau immer noch „die günstigste Einkommensverteilung von ganz Lateinamerika“ darstellt, aber die Arbeiter zwang, immer schärfer für ihre materiellen Interessen zu kämpfen.

Immer wieder zeigten die Gewerkschaften, „daß der Peronismus die stärkste politische Kraft Argentiniens ist“ (Der Spiegel 42/1964). So wurden im Juni 500 Betriebe von den Arbeitern besetzt. Besonders heftig entbrannten die Klassenkämpfe Ende der 60er Jahre. Im Mai 1969 entwickelte sich im Industriezentrum Córdoba eine breite Streikbewegung, die nur durch den Einsatz panzerbrechender Waffen gegen streikende Eisenbahner und die Eroberung der Stadt durch Fallschirmjäger niedergeschlagen werden konnte. Zahlreiche Arbeiter wurden getötet. Bereits im Juni brachen wieder Unruhen in Córdoba aus, die auch auf Tucumán und Rosario übergriffen. Im September wurde über Rosario der Kriegszustand verhängt, im November riefen die Gewerkschaften zu einem Generalstreik auf. Gegenüber der wohl stärksten und militantesten Arbeiterbewegung Lateinamerikas erwies sich die Ohnmacht der Militärs, die auch mit der Wiedereinführung der Todesstrafe (1970) und einem Gesetz zur Bekämpfung von „innerem Aufbruch, Terrorismus und ähnlichen Aktivitäten“ (1971) nicht verhindern konnten, daß die Arbeitskämpfe auch 1970 und 1971 in verschärfter Form weitergingen. Der Panzer-einsatz im Mai/Juni 1970 gegen Streikende dokumentierte nur diese Ohnmacht der Regierung zur Konfliktregelung. Auch die sich immer stärker entwickelnde (ebenfalls peronistische) Stadtguerilla konnte nicht unterdrückt werden.

Da sich die Mittel der Repression als unwirksam erwiesen hatten, versuchte 1971 die Regierung, „gemäßigte“ Peronisten in die Regierungsverantwortung einzubeziehen und so qua Integration der Arbeiterbewegung die Spitze abzubrechen. Doch Perón lehnte das Koalitionsangebot der Militärregierung ab, ebenso wie die Aufforderung, den Guerillakampf der links-peronistischen Gruppen zu verurteilen, zumal er selbst 1970 in einer Publikation die Argentinier zur Aufnahme des revolutionären Krieges aufgerufen hatte.

Die Politik der argentinischen Militärs, mit an Brasilien erinnernden Unterdrückungsmaßnahmen gegen Arbeiter und Gewerkschaften einerseits und staatsinterventionistischen Eingriffen als Zugeständnis an den Antiimperialismus der Massen andererseits, war endgültig gescheitert. Das „Ballett Verführung-Unterdrückung“ (Le

Monde) mit einzelnen Einlagen der Militärs in Form von Interventionen bei der Regierung zugunsten der Erfüllung gewerkschaftlicher Forderungen blieb ein Mißerfolg. Ein umfassendes Arrangement zunächst mit den Peronisten, dann auch mit Perón, mußte angestrebt werden. Dazu soll 1973 eine neue Regierung aus Wahlen hervorgehen, zu denen man erstmals auch wieder die Peronisten zulassen will. Perón mußte her.

Die Radikalisierung des Peronismus

Die materielle Basis des Peronismus in der argentinischen Arbeiterschaft ist einmal die Erinnerung an die arbeiterfreundliche Politik Peróns (fast in jeder Nummer argentinischer Gewerkschaftszeitungen erscheint eine Porträtaufnahme Peróns, ohne Namensnennung, das ist bei seiner Popularität überflüssig; vgl. Contacto 2/71), zum anderen die Erfahrung, daß sich unter den verschiedenen traditionellen Formen bürgerlicher Herrschaft unter militärischen oder parlamentarischen Vorzeichen ihre Lage nur verschlechtert. Nach einer kürzlich durchgeführten Meinungsumfrage wollten 59% der Argentinier bei den Wahlen für Perón stimmen.

Vergeblich versuchte die Militärregierung, die durch die Rückkehr Peróns induzierte Mobilisierung zu bändigen. Mit dem Vorwand, in die peronistische Jugend hätten sich „Elemente eingeschlichen“, die einen Mord an Perón planten, soll das Verbot peronistischer Versammlungen legitimiert und ein Kontakt Peróns zu den Peronisten behindert werden. Dennoch versuchten Tausende einen Fluß zu durchqueren, um zum Flughafen von Buenos Aires zu gelangen, kam es zu einem Putschversuch von peronistischen Unteroffizieren und zur Besetzung einer Kaserne durch peronistische Polizisten.

Seit dem Putsch von 1955 hat der Peronismus seinen Charakter gewandelt, die Kräfteverhältnisse haben sich nach links verschoben. Innerhalb der Gewerkschaften organisierten sich fortschrittliche Kräfte, revolutionäre Peronisten nahmen den städtischen Guerillakampf auf. Nach dem Sieg der kubanischen Revolution entwickelten sich im Rahmen ihrer antiimperialistischen Strategie rege Kontakte zu den Peronisten. Castro lud Perón sogar ein, sein Madrider Exil mit La Habana zu vertauschen. Auch die antirevisionistische Linke Argentiniens vertiefte ihre Beziehungen zu Perón: 1969 besuchte der Guevara-Freund Ricardo Rojo den gestürzten Diktator in seinem Madrider Exil. So sagte Perón über seine politischen Zielvorstellungen: „Wie Fidel das

Land befreien, das ist die Lösung," und erklärte, daß er „nicht zögert, die Revolutionen zu unterstützen, die sich auf dem Kontinent verwirklichen.“ In einem Interview mit einer italienischen Zeitung unterstrich Perón seine Sympathien für die revolutionäre lateinamerikanische „Bewegung der Priester der Dritten Welt“, die ihrerseits im September dieses Jahres beschloß, den Peronismus zu unterstützen, da sie mit ihm im „Sinne einer Revolution, die einen originalen Sozialismus ermöglicht“ zusammenarbeiten könne. Ein Vertreter der Gruppe „Priester der Dritten Welt, die in den Elendsvierteln arbeiten, teils in die Stadtguerilla integriert sind und von den Militärs brutal verfolgt werden, sagte, daß die Gruppe für eine „revolutionäre peronistische Lösung“ kämpft (Le Monde 21. 5. 70).

Aufgrund der materiell bedingten Unzufriedenheit der argentinischen Massen ist die FAZ-Auffassung einfach verkürzt, „daß die verschiedenen Untergruppen dieser Massenpartei (der Peronisten, Verf.) nur durch den Mythos Peróns zusammengehalten werden“. Doch ist sicherlich richtig, daß über Strategie und Taktik unter den Peronisten keine Übereinstimmung besteht. So erklärte ein Führer der (peronistischen) Gewerkschaften: „Der Peronismus hat noch keine Ideologie entwickeln können.“

Die Widersprüche im Peronismus

Trotz der Unklarheit der Zielsetzung zählt die bürgerliche Presse die Peronisten zu den „Linksparteien“, die FAZ spricht gar von einem „ausgesprochen linken Programm“, doch redete Perón vor seinem Abflug nach Buenos Aires von einem „dritten Weg“, über den er die „integrierte Gesellschaft“ anzustreben gedenke, in der Kommunisten und Konservative friedlich zusammenleben können. Zugleich wurde die Version bekannt, Perón werde im „Privatflugzeug eines deutschen Industriellen nach Buenos Aires fliegen“, während Springers Welt erkundete, daß Perón „neuerdings mit Vorliebe Mao zitiert“ (3. 3. 72).

Auch ohne die bürgerliche Gerüchteküche ist Peróns Zielrichtung und Bündnispolitik unklar. Sprach er z. B. vom „Dritten Weg“ nur aus taktischen Gründen? Nach weniger weiß man, wie seine Politik aussehen wird, zumal alle Entscheidungsprozesse aufgrund der autoritären Fixierung der meisten Peronisten auf ihn als caudillo von ihm gelenkt werden.

Was Perón, wenn er mal wieder an die Regierung käme, eigentlich machen will, das ist keinem so ganz klar. Anders wäre auch seine von rechts bis ganz links rei-

chende Basis nicht denkbar. Sein 10-Punkte-Plan von 1972 wird auch selten konkret. Am klarsten wird Perón dabei noch in der Außenpolitik, denn in dieser Hinsicht ist seine heterogen strukturierte Basis noch am ehesten auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen. Er fordert die sofortige Beendigung aller „internationalen Beziehungen, die die nationale Souveränität beeinträchtigen und das Land dem hemisphärischen Diktat des Imperialismus auf politischer, militärischer und wirtschaftlicher Ebene unterwerfen“.

Weniger klar sind die innenpolitischen Punkte, z. B. ob „Freiheit für alle politischen und gewerkschaftlichen Gefangenen“ auch die Freilassung der 300 meist peronistischen Guerilleros umfaßt, was für ein Arrangement unter dem Reise-Motto „Frieden und Verständigung“ sicherlich ein kaum zu überbrückendes Hindernis wäre.

Perón versteht sich als „Hauptfeind des Yankeeimperialismus“, doch auch in dieser Beziehung ist seine Rolle schillernd. Zwar bekämpfte er bis 1953 (verbal) „die kapitalistische Oligarchie des Yankee-Imperialismus“, doch arrangierte er sich dann mit Eisenhower, mauschelte mit der Standard Oil of New Jersey und erlaubte den Gewinntransfer des Auslandskapitals.

Auch wenn Perón sich jetzt wieder antiimperialistisch artikuliert, muß die Ambivalenz des lateinamerikanischen Antiamerikanismus klar gesehen werden, der nämlich auch gerade für die nationale Bourgeoisie nützliche Funktionen erfüllen kann. Einerseits werden die unterprivilegierten Massen von inneren sozialen Konflikten abgelenkt, der Freudentaumel über die Verstaatlichung einer ausländischen Firma überdeckt das Fortdauern kapitalistischer Strukturen und ausländischer Aktivität in anderen Sektoren (Paradefall Mexiko). Andererseits hat die nationale Bourgeoisie oft ein materielles Interesse an der Ausschaltung unliebsamer ausländischer Konkurrenz (sogenannte „Flaggendiskriminierung“ in Brasilien und Argentinien). Antiamerikanismus allein garantiert noch keine fortschrittliche Politik.

Die Polarisierung innerhalb des Peronismus

Auch nach der Verjagung Peróns ins spanische Exil blieb die Arbeiterbewegung Argentinens auf ihn fixiert. Persönliche Emissäre Peróns übermittelten den Daheimgebliebenen seine Entscheidungen in zentralen politischen Fragen. Dennoch mußten die Kämpfe an der Basis von den Arbeitern allein geführt werden. Zwischen den Perón hörigen Spitzenfunktionären und den bewußtesten Teilen der Arbeiterschaft

wuchs die Entfremdung. Immer lauter wurde der Ruf nach einer Absetzung des Gewerkschaftsbosses Rocci. Schließlich spaltete sich die argentinische Gewerkschaft CGT in die traditionell-peronistische CGT und die linksperonistische „CGT de los Argentinos“. Oder in der Diktion der FAZ: „Die extreme Linke der Peronisten sieht ihre Ziele nicht mehr in der Person des Gründers ihrer Bewegung verkörpert“ (15. 4. 71).

Aus dem linken Flügel der Peronisten entwickelten sich verschiedene Gruppen, die die Stadtguerilla aufnahmen: Montoneros, FAP und FAR. Obwohl 300 von ihnen inhaftiert sind, ist es den Militärs nicht gelungen, die Stadtguerilla zu liquidieren. Auch innerhalb der legal arbeitenden peronistischen Sektoren „wird der Einfluß der Linken immer stärker“ (FAZ). Die Linksperonisten lehnen die Beteiligung an Wahlen und Koalitionsregierungen ab und streben eine Machtübernahme auf gewaltsamem Wege an, wobei sie auf die Unterstützung peronistischer Militärs hoffen. Die Basis der hart antiperonistischen Guerillas in der Armee ist nämlich in dem Maße schwächer geworden, in dem jüngere, vom peruanischen Beispiel beeindruckte Fortschritt-Offiziere in relevante Positionen aufrückten. Deshalb „mußte“ (!) nach Zeitungskorrespondenten im Falle „blutiger Zusammenstöße“ bei Peróns Rückkehr damit gerechnet werden, „daß ein großer Teil der Truppe und des jüngeren Offizierskorps zum Gegner übergehen werde“ (FAZ 16. 11. 72).

Um die linken Gruppen wieder stärker zu integrieren und die politische Polarisierung innerhalb der Peronisten zu stoppen, will Perón den jungen Linksperonisten Medina, der über enge Kontakte zur Stadtguerilla verfügt, zum neuen Parteisekretär ernennen. Ob diese Integrationsversuche mittel- und längerfristige Erfolge haben werden, scheint zweifelhaft, zumal die Gegensätze bei einer Regierungsübernahme durch die Peronisten und den zwangsläufigen Frustrationen eher verstärkt wieder aufbrechen dürften.

Das gilt jetzt in verstärktem Maße, da Perón sich dem Druck des Militärs und seinen Wahlverordnungen beugte und auf eine Kandidatur verzichtete – „zum Besten der Nation“, wie verlautete. Der jetzige Kandidat der Peronisten, Campora, ist ein farbloser bürgerlicher Politiker, der kaum in der Lage sein wird, die fortschrittlichen Kräfte im Peronismus und die unter der Arbeiterschaft geweckten Erwartungen zu integrieren. Als Peróns Jet nach Paraguay startete, wie vor 17 Jahren bei seiner Flucht ins Exil, ließ er eine politische Situation hinter sich, die sich vom Mythos Perón löst.

Wolfgang Bertelsmeier

ENTWICKLUNG EINES NEUEN FASCHISMUS IN DER TÜRKEI.

Fortsetzung von Seite 1

verurteilt wurde, die er jahrelang kritisierte. Denn fast alle Prozesse gegen Schriftsteller, Übersetzer und Verleger beruhen in der Türkei auf Artikel 142 des türkischen Strafgesetzbuches. Die beiden Artikel wurden aus dem italienischen Strafgesetzbuch der Mussolini-Epoche übernommen.

Artikel 270 (italienisch)

Wer im Staatsgebiet Vereinigungen anregt, gründet, organisiert oder leitet, die darauf abzielen, gewaltsam die Diktatur einer sozialen Klasse über die andere zu errichten oder gewaltsam eine soziale Klasse zu beseitigen... wird mit Gefängnisstrafe von fünf bis zwölf Jahren bestraft.

Artikel 141 (türkisch)

Diejenigen, die auf irgendeine Art und Weise oder unter irgendeinem Namen versuchen, Vereinigungen zu gründen oder zu leiten oder zu beraten, um die Herrschaft einer sozialen Klasse zu beseitigen... werden mit Gefängnis von acht bis zu 15 Jahren bestraft.

Artikel 272 (italienisch)

Wer im Staatsgebiet Propaganda treibt für die gewaltsame Einführung der Herrschaft einer sozialen Klasse über die andere... wird mit Gefängnis von einem bis zu fünf Jahren bestraft.

Artikel 142 (türkisch)

Derjenige, der auf irgendeine Art und Weise Propaganda treibt, um die Herrschaft einer sozialen Klasse über eine andere zu begründen... wird mit Gefängnis von fünf bis zu 15 Jahren bestraft.

Abgesehen von einer Verschärfung der Strafen, haben die türkischen Machthaber sogar die Voraussetzung „Gewalt“ aus dem Tatbestand der Artikel 141 und 142 ausgeschlossen.

Das Verhalten der Regierung seit 1962 begünstigte die Entstehung reaktionärer Organisationen. Den Kern dieser Gruppen bildete der „Verein zur Verbreitung der Wissenschaft“, der von Saudi-Arabien und vom türkischen Großkapital nach dem Vorbild Vehbi KOC unterstützt wird. Der Verein besaß schon 1968 ein Budget von 35 Millionen türkischen Pfund bei 17 Ortsgruppen. Viele höheren Positionen innerhalb des Staatsapparates wurden mit Funktionären dieses Vereins besetzt. Die Gründung weiterer reaktionärer Organisationen, wie der „Verein zum Kampf gegen den Kommunismus“, die „Nationale Türkische Studentenvereinigung“ und „Grüner Mund“, wurden von obigem Verein gefördert, ihre Arbeit finanziell unterstützt. Ihre Presseorgane „Bugün“, „Bibialide Sabah“, „İtihat“, „Yeni“, „Asya“ und „Bizim Anadolu“ führen tagtäglich primitive Hetzkampagnen gegen Revolutionäre und Demokraten. Ein Beispiel, das für viele steht: „Die Flüsse Indonesiens waren tagelang rot gefärbt vom Kommunistenblut. Die Hyänen der Wälder und die Haifische des Meeres hatten wochenlang Menschenfleisch als Fraß. Ihr Sozialisten, es wird euch

schlimmer ergehen, schlimmer als den Kommunisten Indonesiens.“

Die Justiz, hat gegen solche und ähnliche Mordhetze so gut wie nichts unternommen. Die Nationalfaschistische Partei – ihr Vorsitzender, Arpaslan Türkeş, ein ehemaliger Oberst, ist Hitler-Bewunderer und Rassist – hat zahlreiche Exerzierlager gegründet, wo Tausende von rechtsradikalen Jugendlichen nach SS-Vorbild militärisch ausgebildet werden. Auch diese offensichtlich gegen die Gesetze über die politischen Parteien verstoßenden Praktiken wurden von den Behörden stillschweigend geduldet. Die Organisationen begannen schon 1962, als bei einer Podiumsdiskussion der Arbeiterpartei faschistische Artikel des Strafgesetzbuches angegriffen wurden. Kurz vor den Wahlen von 1965 wurde der Parteitag der Arbeiterpartei überfallen und viele Delegierte lebensgefährlich verletzt. Der Vorsitzende der Partei und andere führende Funktionäre, die an der Eröffnung einer Tabakmesse teilnehmen wollten, wurden von einer reaktionären Bande mit Steinen beworfen und beinahe gelyncht. Ein Wendepunkt für die türkische sozialistische Bewegung war der sogenannte „Blutige Sonntag“, an dem die Regierung zusammen mit faschistischen Organisationen bei einem Protestmarsch gegen die 6. Flotte Arbeiter und Studenten angriff. Die Rechten, die zuvor in Moscheen mit antikomunistischen Parolen aufgehetzt und mit Schlagstöcken, Messern und Pistolen ausgerüstet worden waren, griffen auf ein Zeichen der Bereitschaftspolizei die Demonstranten an, die nichts bei sich führten als Plakate. Vor den Augen der Polizei wurden zwei Arbeiter erstochen. Obwohl die in der Türkei und in der ganzen Welt verbreiteten Fotos von der Messerstecherei eine eindeutige Identifikation der Mörder zuließ, ist bis heute noch keinem von ihnen ein Haar gekrümmt worden. Diese Tatsache hat den Aktionen der Faschisten weiteren Auftrieb gegeben.

Die Tagespresse, die bis 1966/67 relativ objektiv über derartige „Zwischenfälle“ berichtete, hatte aus Furcht, die offiziellen Anzeigen zu verlieren, längst begonnen, die Tatsachen zu verfälschen. Hiervon ermutigt, wurden in der folgenden Zeit linke Organisationen, Lehrerversammlungen, Gewerkschaften, Studentenheime und linke Verlage überfallen. Innerhalb eines einzigen Jahres wurden 14 Arbeiter und Gewerkschaftler, acht Bauern, 14 Studenten, ein Lehrer und drei Mitglieder der TIP von den Faschisten ermordet. Militärische Sondergerichte beantragten in vier verschiedenen Prozessen für 83 Angeklagte gemäß Artikel 146 die Todesstrafe. Bei den Genossen Deniz Gezmiş, Yusuf Aslan und Hüseyin İnan ist die Todesstrafe durch den Strang vollstreckt worden.

Zehn Befreiungskämpfer, die, um die

Vollstreckung der Todesurteile zu verhindern, drei Techniker entführten, wurden samt Geiseln in Kizildere bei einem geplanten Massaker ermordet.

Ein türkisches Sondergericht verurteilte in Ankara 13 führende Mitglieder der seit dem vergangenen Jahr verbotenen Arbeiterpartei zu je 15 Jahren Haft. Acht weitere Parteiangehörige erhielten Strafen von je acht Jahren.

An den Universitäten hat die Verurteilung von Prof. Dr. Mümtaz Soysal, der an der Fakultät für Politische Wissenschaft an der Universität Ankara als Verfassungsrechtler tätig ist, großes Aufsehen erregt. Den Hauptbeweis für seine „Schuld“ sah das 3. Militärgericht in Ankara darin, daß er sein eigenes Buch über die türkische Verfassung, das von der Fakultät herausgegeben worden war, zur Grundlage für seine Lehrveranstaltungen gemacht hatte und als ergänzende Lektüre zu den einzelnen Kapiteln auch Werke von Marx, Lenin, Plechanow, Giap und Debray angegeben hatte. Seine Verurteilung zu sechs Jahren und acht Monaten Kerker, zwei Jahren Verbannung und lebenslanglichem Ausschuß aus dem öffentlichen Dienst hat exemplarischen Charakter.

In dieser Atmosphäre mußten sich auch die Studenten, um sich gegen die bewaffneten Angriffe der Rechtsradikalen schützen zu können, mit Waffen ausstatten. Aus ihren Universitäten machten sie „starke Festungen“. Die Verselbständigung der „Föderation der Meinungsclubs“ (FKF) und die Bildung der revolutionären Jugendorganisation (Dev-Genc) fallen in eben diese Zeit. Nach ihrer Loslösung von der Föderation siedelten die meisten Dev-Genc-Mitglieder, die sich in den Universitäten nicht mehr sicher fühlen konnten, in Arbeiterviertel oder Dörfer um. Sie arbeiteten in Fabriken, um dort die politische Mobilisierung weiterzutreiben. Obwohl die Dev-Genc eine Jugendorganisation war, gelang es ihr relativ schnell, sich in den Massen zu verankern, denn die Mehrzahl ihrer militanten Mitglieder entstammt selbst Arbeiter- und Bauernfamilien. Die Dev-Genc wurde zum Hauptorganisator der Aktionen von Arbeitern und Bauern. Die Genossen der Dev-Genc, die heute von der Hinrichtung bedroht sind, sind schon jetzt zu Symbolen für das unter Armut, Hunger, Unterdrückung und Arbeitslosigkeit leidende, aber um Befreiung kämpfende Volk geworden. Sie sind der Funke der türkischen Revolution, der Funke, der zum Steppenbrand wird, wie die Erfahrung in anderen Ländern der Dritten Welt zeigt. Während der Widerstand und der Kampfgeist im türkischen Volk durch Foltermethoden und Todesurteile nicht gebrochen werden kann, verstärken sich gleichzeitig die Widersprüche innerhalb der Fraktionen der Herrschenden.

Edil Tokmar

Zum »Sozial- imperialismus der Sowjetunion«



Im „Roten Kurs 28“ erläutert der KSB einige Prinzipien der Außenpolitik die ein Staat mit sozialistischen Produktionsverhältnissen befolgen müsse. Nach diesen Prinzipien hätten die UdSSR und Polen mit ihren Verträgen mit der BRD korrekt gehandelt (vergleiche SOFRO 3) – doch um sich dieser Einsicht entziehen zu können, behauptet der KSB, die UdSSR sei ein „sozialimperialistischer“ Staat, d. h. „sozialistisch in Worten, imperialistisch in Taten“. Mit dieser „Sozialimperialismus“-These ist die weitere Argumentation des KSB konsequenterweise die: Die Ostverträge sind das „Komplott des sowjetischen Sozialimperialismus und des westdeutschen Revanchismus“ (RK 28 S. 4). Laut KSB haben sich, unter anderem mit Hilfe der Ostverträge, die UdSSR und die USA zusammengetan, um „das Schwert der Aggression auf Asien zu richten“. Wenn diese These richtig wäre, wäre es nur logisch, gegen die Ostverträge zu kämpfen, um die VR China vor den Imperialisten zu schützen. Weil die „Sozialimperialismus“-These das Kernstück der KSB-Argumentation ist, muß man als Sozialist eine historisch-materialistische Reanalyse der UdSSR als Beleg für diese These verlangen. Was müßte diese Analyse ergeben? Um diese Frage beantworten zu können, muß die KSB-These genauer analysiert werden. Aus der Aussage „Sozial-

imperialismus – d. h. sozialistisch in Worten, imperialistisch in Taten“ folgt zunächst einmal, daß die „Taten“ der Ansatzpunkt der Analyse sein müssen, denn die „Worte“, die Ideologie, lassen sich nur bei Kenntnis der „Taten“, der gesellschaftlichen Verhältnisse, analysieren. Da im Artikel „die Ostverträge – eine Friedenspolitik“ im RK 28 auch vom „sowjet-revisionistischen Imperialismus“ und von den Ostverträgen als einer „Allianz von Imperialisten“ die Rede ist, muß daraus gefolgert werden, daß unter „Sozialimperialismus“ ein Imperialismus mit einer speziellen Ideologie zu verstehen ist. (Daß diese Ideologie sich „sozialistisch“ gibt, läßt sich mit dem „sozialistischen Ruin“ in der UdSSR und der historischen Entwicklung der SU erklären). Für den Beweis des „Sozialimperialismus“ der UdSSR ist jedoch die Erklärung der Ideologie unerheblich; es muß also von den Verfechtern dieser These der Imperialismus der UdSSR nachgewiesen werden. Was heißt „Imperialismus“? Für Rosa Luxemburg ist der Imperialismus die „letzte Lebensphase und höchste Entfaltung der politischen Welt-herrschaft des Kapitals“ (Polit. Schriften 2, S. 154; Leitsätze über die Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie). Für Lenin ist Imperialismus „in Fäulnis begriffener Kapitalismus“ (LW 22, S. 305), wie er in seiner Schrift „Der Imperialismus als höch-

stes Stadium des Kapitalismus“ darlegte. Da der KSB bisher diese Bestimmung des Imperialismus nicht bestritten hat, muß davon ausgegangen werden, daß er sie teilt. Wenn aber Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus ist, muß also zum Beleg der „Sozialimperialismus“-These die Existenz des Kapitalismus, d. h. der kapitalistischen Produktionsweise, nachgewiesen werden. Was macht nun die kapitalistische Produktionsweise aus? Es sind zwei Charakterzüge, welche die kapitalistische Produktionsweise von vornherein auszeichnen. Erstens: sie produziert ihre Produkte als Waren. Waren zu produzieren, unterscheidet sich nicht von anderen Produktionsweisen; wohl aber dies, daß Ware zu sein der beherrschende und bestimmende Charakter ihres Produktes ist. Das schließt zunächst ein, daß der Arbeiter selbst nur als Warenverkäufer und daher als freier Lohnarbeiter, die Arbeit also überhaupt als Lohnarbeit auftritt. Es ist nach der bisher gegebenen Entwicklung überflüssig, von Neuem nachzuweisen, wie das Verhältnis von Kapital und Lohnarbeit den ganzen Charakter der Produktionsweise bestimmt. Es ist ferner schon in der Ware eingeschlossen, und noch mehr in der Ware als Produkt des Kapitals, die Verdinglichung der gesellschaftlichen Produktionsbestimmungen und die Versubjektivierung der materiellen

Grundlagen der Produktion, welche die ganze kapitalistische Produktionsweise charakterisiert. Das zweite, was die kapitalistische Produktionsweise speziell auszeichnet, ist die Produktion des Mehrwerts als direkter Zweck und bestimmendes Motiv der Produktion. „Das Kapital produziert wesentlich Kapital, und es tut dies nur, soweit es Mehrwert produziert.“ (Karl Marx Kapital Bd. 3, MEW 25, S. 886 ff.)

Wie gelingt es dem KSB nun, diese beiden „Charakterzüge des Kapitalismus“ für die UdSSR nachzuweisen? Gar nicht!!! Denn er bemüht sich gar nicht erst um eine Beweisführung; damit ist die „Sozialimperialismus“-these nicht bewiesen, und deshalb kann sie nicht zur weiteren Beweisführung verwandt werden!

An einer Stelle (Roter Kurs 28, S. 2) allerdings führt der KSB den „Beweis“; er zitiert zwei Äußerungen von Brandt und Strauß, in denen beide behaupten, daß sich im Sinne der „Konvergenztheorie“ die imperialistischen Staaten und die des Comecon annähern, und daraus folgern, daß diese Tendenz durch die Imperialisten gefördert werden müsse. Jeder Sozialist wird das als Ideologie kennzeichnen, sind die Vertreter doch dieselben, die die BRD als „freiheitlich-soziale Demokratie“ bezeichnen und die über die VR China oft genug als „Linksfaschismus“ gesprochen haben – doch siehe da, der KSB „folgt“: „Wie die Äußerungen von Brandt und Strauß zeigen, kann sich die neue Taktik des Imperialismus (die Ostverträge, Anm. d. V.) bereits auf eine fortschreitende kapitalistische Restauration in den osteuropäischen Übergangsgesellschaften stützen“. Nachdem hiermit der Kapitalismus in der UdSSR „bewiesen“ ist, ist es nicht mehr schwer, „folgerichtig“ die Ostverträge „als ein Komplott des sowjetischen Sozialimperialismus und des westdeutschen Revanchismus“ zu verurteilen (Roter Kurs 28, S. 4).

Die Bestimmung der gesellschaftlichen Verhältnisse als Warenbeziehungen, was ausdrückt, daß die Gesellschaft vom Produktions- und Reproduktionsprozeß des Kapitals bestimmt wird, meint, daß das Verwertungsprinzip dem Arbeitsprozeß real und begrifflich übergeordnet ist.

„Das Geheimnisvolle der Warenform besteht also einfach darin, daß sie den Menschen die gesellschaftlichen Charaktere ihrer eigenen Arbeit als gegenständliche Charaktere der Arbeitsprodukte selbst, als gesellschaftliche Natureigenschaften dieser Dinge zurückspeigelt, daher auch das gesellschaftliche Verhältnis der Produzenten zur Gesamtarbeit als ein außer ihnen existierendes gesellschaftliches Verhältnis von Gegenständen“ (Kapital 1, S. 86).

Die Produktivkraft der vergesellschafteten Arbeit erscheint als Produktivkraft des Kapitals. Durch die Abschaffung der den Menschen in ihrem verdinglichten Bewußtsein als Naturgesetze erscheinenden kapitalistischen Produktionsweise ist dem Menschen dann das erste Mal in der Geschichte die Möglichkeit gegeben, die gesellschaftliche Produktion nach ihrem Willen zu gestalten. Die Voraussetzung dieser Befreiung von gesellschaftlichen und natürlichen Fesseln – die weitgehende Beherrschung der Natur durch Wissenschaft und Technik – ist heute bereits in großem Maße gegeben. Für Marx ist der Sozialismus jedoch kein System, das sich wie nach sowjetamtlichen Äußerungen nach bestimmten Gesetzen bewegt und nach diesen entwickelt wird, ge-

schweige denn eine eigenständige historische Entwicklungsstufe. Es ist gerade die Aufgabe der proletarischen Revolution, das Systemhafte der geschichtlichen Entwicklung zu durchbrechen, und die Entwicklung, soweit es die technische Beherrschung der Natur erlaubt, einzig und allein dem bewußten Handeln der Produzenten zu unterstellen. Die Behauptung von Seiten der nachkapitalistischen Länder über „die Gesetzmäßigkeit des Aufbaus des Sozialismus“ oder „der bewußten Anwendung des Wertgesetzes im Sozialismus“ entlarven sich als Legitimationsideologien. Es ist gerade spezifisch für die Herrschaft des Wertgesetzes, daß sich die Verteilung der gesellschaftlichen Arbeit hinter dem Rücken der Produzenten sowie aller übrigen Gesellschaftsglieder vollzieht, während jede Planung im gesamtgesellschaftlichen Maß als bewußter Akt gerade die Aufhebung der Herrschaft des Wertgesetzes voraussetzt.

Es wäre nun blanker Hohn zu behaupten, in der Sowjetunion wäre der Arbeitsprozeß dem bewußten Willen der Produzenten unterstellt. Die Sowjetunion und die übrigen nachkapitalistischen Länder sind nicht als sozialistische Länder zu bezeichnen. Die Form unter die der Arbeitsprozeß subsumiert ist, ist aber nicht das Verwertungsprinzip, sondern der Plan (vergleiche Soz. Front 2). Der Plan ist ein bewußtes Prinzip, jedoch ist er lediglich jenen, die ihn erstellen, nicht äußerlich. Dem Arbeiter in den nachkapitalistischen Staaten tritt das Planungsprinzip in derselben Form gegenüber wie im Kapitalismus das Verwertungsprinzip: Nicht er selbst bestimmt die Form und den Inhalt seiner Arbeit, sondern ein Plan, der ihm fremd, von außen gegenübertritt, als äußeres Zwangsgesetz; er, der Arbeiter, bleibt weiterhin bloßes Objekt.

Das Moment des Planes als bewußtes Moment und die Existenz des Kapitalismus als Anarchie der Produktion schließen sich aus. Das alte Argument, in der Sowjetunion gäbe es einen Markt und von daher auch Warenbeziehungen, spricht lediglich die Verkehrsform an, und berührt nicht den Charakter der Produktionsweise. „Die jedermalige Verteilung der Konsumtionsmittel ist nur Folge der Produktionsbedingungen selbst... Der Vulgärsozialismus (und von ihm wieder ein Teil der Demokratie) hat es von den bürgerlichen Ökonomen übernommen die Distribution als von der Produktionsweise unabhängig zu betrachten und zu behandeln, daher den Sozialismus als hauptsächlich um die Distribution sich drehend darzustellen. Nachdem das wirkliche Verhältnis längst klargelegt, warum wieder rückwärts gehen?“ (Marx, Randglossen, Seite 27)

In den nachkapitalistischen Ländern werden keine Waren produziert, sondern unmittelbar Gebrauchswerte. Über den Plan wird die gesamtgesellschaftliche Arbeitszeit auf die einzelnen Branchen verteilt, d. h. die Organisation der gesellschaftlichen Arbeit ist der Produktion vorausgesetzt, während sich im Kapitalismus jene Aufteilung der Arbeit erst im Nachhinein über die Zwangsgesetze der Konkurrenz durchsetzt. Der „Markt“ in den nachkapitalistischen Ländern ist folglich ein Moment der Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Produktes an die einzelnen Gesellschaftsglieder. Im Gegensatz zum Kapitalismus greift der Staat direkt in den Produktionsprozeß ein. Das

Verhältnis Staat/Gesellschaft ist von daher nicht mit Kategorien der Kritik der politischen Ökonomie zu beschreiben. Da das Kapital nur in Einzelkapitalen real existiert, ist es Aufgabe des bürgerlichen Staates sich der allgemeinen Bedingungen zur Schaffung und Aufrechterhaltung der Konkurrenz anzunehmen. Der Staat in den nachkapitalistischen Ländern hat eine wesentlich andere Genese. Folgendes Marx-Zitat über die Funktion einer zentralen Koordinationsstelle in nichtkapitalistischen Gesellschaften macht dies deutlich: „In der Tat wäre sie entweder die despotische Regierung der Produktion und Verwalterin der Distribution, oder sie wäre in der Tat nichts als ein board, was für die gemeinsam arbeitende Gesellschaft Buch und Rechnung führte. Die Gemeinsamkeit der Produktionsmittel ist vorausgesetzt...“ (Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, S. 73).

Im zweiten Fall wäre die zentrale Koordinationsstelle lediglich ein gesamtgesellschaftlicher Rechenhof, ein bloßes Instrument der Produzenten, die selbstbewußt die sachlichen Produktionsbedingungen verwalten. Im ersten Fall bei Verlust der Eigeninitiative der Produzenten fungiert der Staat als gesellschaftliches Hirn und übernimmt die Planung und Verteilung der gesellschaftlichen Produktion.

Spätestens seit der Diskussion um das Hilferdingsche „Generalkartell“, d. h. die Behauptung, daß der Kapitalismus die Konkurrenz der Einzelkapitale aufheben könne und so planbar würde, ist für Marxisten unbestritten, daß Kapitalismus und Plan zwei sich ausschließende Dinge sind, und diese Einschätzung hat die Geschichte nachhaltig bestätigt. „Der Widerspruch zwischen der allgemeinen gesellschaftlichen Macht, zu der sich das Kapital gestaltet, und der Privatmacht der einzelnen Kapitalisten über diese gesellschaftlichen Produktionsbedingungen entwickelt sich immer schreiender und schließt die Auflösung dieses Verhältnisses ein, indem sie zugleich die Herausarbeitung der Produktionsbedingungen zu allgemeinen, gemeinschaftlichen, gesellschaftlichen Produktionsbedingungen einschließt“ (MEW 25, S. 274). Hier wird deutlich, daß die Planung, die im Kapitalismus unmöglich ist, zur Grundlage der nächsten Stufe der Entwicklung der Gesellschaft werden; und da der Plan in der UdSSR die Produktion bestimmt, wird klar, daß in der UdSSR der Kapitalismus überwunden ist – womit die „Sozialimperialismus“-These widerlegt ist.

Wie sehr die falsche Theorie des „Sozialimperialismus“ politische Folgen für den KSB hat, zeigte sich bereits bei der Argumentation zu den Ostverträgen. Hier wurde mehrfach der Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die CSSR als Beleg genommen, um aus dieser Überbau-Erscheinung auf den „imperialistischen“ Charakter der UdSSR zu „schließen“. Methodisch ist eine solche Beweisführung unmöglich, weil idealistisch (Vertauschung von Basis und Überbau), politisch in höchstem Maße gefährlich, denn der KSB hat sich damit auf eine Ebene mit der Argumentation des westdeutschen Imperialismus gegeben. Warum hat der KSB nichts gesagt zu den Gefahren einer Restauration des Kapitalismus in der CSSR?

SHB-SF Frankfurt

Sozialismus

Um den Prozeß des Übergangs zum Sozialismus sinnvoll diskutieren zu können, muß man eine klare Vorstellung von dem haben, was man als „Sozialismus“ bezeichnet. Leider herrscht über diesen Begriff keine Übereinstimmung – selbst bei denen nicht, die sich als Sozialisten bezeichnen. Ohne genaue Definitionen anzustreben, will ich mich auf zwei Konzeptionen des Sozialismus konzentrieren und versuchen, einige der Hauptprobleme aufzuwerfen, die sich für die Frage des Übergangs zum Sozialismus stellen.

Für Marxisten ist der Sozialismus nicht das Ende des Weges: Sozialismus ist nur eine Station auf dem Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus. Über die Grundstruktur des Zieles dürfte Einigkeit bestehen: Im Kommunismus sind die einzelnen Klassen beseitigt; der Staat hat sich selbst überlebt; entfremdete Formen der Arbeitsteilung sind überwunden; die Unterschiede zwischen Stadt und Land, zwischen körperlicher und geistiger Arbeit sind aufgehoben; die Verteilung richtet sich nach den Bedürfnissen etc. Weiter wird auch darin Übereinstimmung herrschen, daß es unmöglich ist, unmittelbar vom Kapitalismus zum Kommunismus zu gelangen, da beide Gesellschaftsformen nicht nur durch Jahre oder Jahrzehnte voneinander getrennt sind, sondern vielmehr durch eine oder gar mehrere historische Epochen. Auf dem Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus muß eine Gesellschaft Wegmarken haben, an denen sie ihre praktische Politik orientieren und deren Vor- und Nachteile abwägen kann. Diese Zwischenziele nennt man Sozialismus – und hier heben die Kontroversen an.

Für einen Marxisten ist es unvorstellbar, daß sich eine Gesellschaft auf den Weg sozialistischer Umgestaltung macht, ohne folgende grundlegende Bedingung erfüllt zu haben: Die staatliche Macht muß zuerst von der Bourgeoisie auf die arbeitenden Klassen übergegangen sein, nämlich auf das Proletariat und die Bauern. Das heißt in der Konsequenz, daß nicht nur die Regierungsführung von Vertretern der arbeitenden Klassen übernommen werden muß; daß ein solcher Schritt nicht ausreicht, beweisen zahlreiche historische Erfahrungen von sozialdemokratischen und Volksfrontregierungen. Vielmehr ist es erforderlich, daß der gesamte Staatsapparat und vor allem die Armee ein loyales und verlässliches Instrument in den Händen der Vertreter der Massen werden. An dieser Stelle sei die Aussage von Karl Marx in Erinnerung gerufen, daß „die „Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“; und Lenin interpretiert zweifelsohne richtig, wenn er sagt, daß der Marxsche Gedanke darin bestehe, „daß die Arbeiterklasse die fertige Staatsmaschine zerschlagen, zerbre-

chen muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf“.

Man wird sich natürlich darüber streiten können, wie die Begriffe „zerschlagen“ und „zerbrechen“ zu interpretieren sind, doch wird niemand den zentralen Punkt leugnen wollen, daß der bürgerliche Staatsapparat, geformt und benutzt als Werkzeug bürgerlicher Herrschaft, endgültig in ein wirksames Instrument antikapitalistischer Herrschaft umgewandelt werden muß. Das jedoch wird nur durch weitreichende Änderungen von Struktur und Personal des Staatsapparats erreicht werden können. Obgleich die spezifische Form dieser notwendigen Veränderungen durch die besonderen historischen Bedingungen bestimmt wird, müssen folgende allgemeine Grundlagen geschaffen werden: Ersetzung der bourgeoisen Gesetzgebung und Justiz durch Volksversammlungen und Volksgerichtshöfe, personelle Umbesetzung der Armee – die Polizei eingeschlossen – auf allen Führungsebenen mit vertrauenswürdigen Männern, die mehr nach politischen als beruflichen Qualifikationen ausgewählt werden, gründliche Revision des eliteorientierten Erziehungssystems, etc. Wenn Marxisten davon sprechen, daß eine Revolution stattgefunden hat, so meinen sie damit nicht mehr und nicht weniger, als daß sich der Prozeß des Übergangs der Macht aus den Händen der Bourgeoisie in die der arbeitenden Klassen vollzogen hat, verbunden mit der unerläßlichen Veränderung des Staatsapparates. Alle historischen Revolutionen dieser Art waren gewaltsame Prozesse, doch da Gewalt nicht deren Inhalt war, ist es keineswegs irrational danach zu streben, einen revolutionären Prozeß ohne Gewaltanwendung durchzuführen. Doch die Chance, Gewaltanwendung vermeiden zu können, nimmt zu, je größer und sichtbarer Fähigkeit und Bereitschaft der Revolutionäre sind, konterrevolutionärer Gewalt mit überwältigender revolutionärer Gewalt zu begegnen.

Wenn die Anfangsschwierigkeiten beseitigt sind, und das neue Regime sich auf den Weg zum Sozialismus und zum Kommunismus gemacht hat, stellt sich die Frage nach der inhaltlichen Ausformung des Sozialismus.

Eine Theorie, der ich mich auch einmal angeschlossen hatte, nennt als bestimmende Charakteristika des Sozialismus: 1. Staatseigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln; 2. Zentrale Wirtschaftsplanung. Damit wird die eher implizite als ausgeführte Annahme verbunden, daß die Eigendynamik einer in dieser Form etablierten sozialistischen Gesellschaft diese automatisch auf dem Weg zum Kommunismus weitertreibt. Die Argumentation hierfür ist oberflächlich derjenigen ähnlich, aus der Marxisten den Schluß ziehen, daß dem Konkurrenzkapitalismus notwendigerweise der Monopolkapitalismus folgen wird. Niemandem jedoch ist es bisher gelungen, das

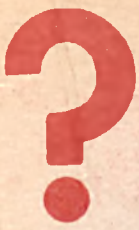
„Bewegungsgesetz“ des Sozialismus (in dem hier angegebenen Sinn) zu erklären. Auf der anderen Seite hat Marx jedoch sehr genau und ausführlich das Bewegungsgesetz erklären können, das vom Konkurrenzkapitalismus zum Monopolkapitalismus führt. Wie noch aufzuzeigen ist, gibt es tatsächlich keinen Grund anzunehmen, daß Staatseigentum und Planwirtschaft automatisch progressive Etappen auf dem Weg zum Kommunismus einleiten.

Wenn man sich dieser Konzeption von Sozialismus – Staatseigentum und Planwirtschaft – anschließt, so hat das für die Maßnahmen eines Regimes verschiedene Folgen. An dieser Stelle ist es sinnvoll, auf die sowjetischen Erfahrungen einzugehen.

In der Sowjetunion war es unmöglich, nach der Revolution direkt zum Staatseigentum und zur Planwirtschaft zu gelangen. Zwar wurden die Schlüsselbereiche (Großindustrie, Bankwesen, Bahn, etc.) sofort in den Staatssektor übernommen und wurden Teil einer sich in den Anfängen befindenden Planwirtschaft. Doch der bei weitem größte Teil der Wirtschaft blieb in den Händen von Bauern, Kleinproduzenten und Händlern, die sich alle auf die Produktion und die Verteilung von Waren konzentrierten und daher dem Wertgesetz unterworfen waren. Wurde dieser umfangreiche warenproduzierende Sektor in der ersten Periode nach der Revolution weder unterdrückt noch in staatliche Regie überführt, so stimulierte und erweiterte Lenin diesen Sektor sogar noch durch seine „Neue Ökonomische Politik“ (NEP). Ein Schritt, der angesichts der Umstände für das physische Überleben der Bevölkerung absolut notwendig war. Danach nahmen die Bemühungen, zum Sozialismus zu gelangen, die Form eines Kampfes zwischen dem planwirtschaftlichen, staatlichen Sektor und dem privaten, warenproduzierenden Sektor an, wobei der erstere versuchte zu expandieren und immer größere Kontrolle sowohl intern wie über seinen Konkurrenten auszuüben, während der letztere sich der Eingriffe erwehrte und sich auf einem mehr oder weniger „normalen“ Weg erweiterter Reproduktion fortentwickelte.

Der Gegensatz zwischen diesen beiden Sektoren wurde schließlich so stark, daß eine oft als „zweite Revolution“ bezeichnete Lösung notwendig wurde, die allerdings vom Staat ausging. Mit der Kollektivierung der Landwirtschaft und dem ersten Fünfjahresplan triumphierte der staatliche über den privaten Sektor, und die Sowjetunion wurde, nicht nur in den Augen ihrer eigenen Führung, sondern auch in denen ihrer Anhänger und vieler anderer, das erste sozialistische Land der Welt.

Als die Phase auf dem Weg zum Kommunismus abgeschlossen war, sah es die sowjetische Führung unter Stalin als ihre vorrangige Aufgabe an, für ein Wachstum der sozialistischen Wirtschaft zu sorgen.



Man erachtete dies als notwendig, um einerseits dem Land die Möglichkeit zu geben, die ausländischen, kapitalistischen Feinde zu schlagen und andererseits in der Produktions- und Konsumtionsphäre die materielle Basis für ein Fortschreiten zum Kommunismus zu schaffen. Dies führte zur Dominanz der Ökonomie. So wurden alle politischen Maßnahmen an ihrem Effekt auf das ökonomische Wachstum gemessen: Erfolgreich waren die, die zu einem raschen Wachstum beitrugen; unbrauchbar die, die es hinderten. Das Fortschreiten zum Kommunismus sollte als selbstverständliches Nebenprodukt des ökonomischen Wachstums gewährleistet sein, ohne eigens als politisches Ziel verfolgt zu werden.

Von dieser Perspektive ausgehend, verwirklichte Stalin, was man heute seine eigene „Neue Ökonomische Politik“ nennen könnte. Zusätzlich zu einer extrem hohen Investitionsrate zeigte sie folgende Elemente:

1. Machtkonzentration an der Spitze, nicht nur in Regierung und Partei, sondern auch und gerade innerhalb der Wirtschaftsunternehmen. Die Arbeiter wären ohne jeglichen Einfluß auf die ihr Leben betreffenden Entscheidungen und in ihrer Arbeit waren sie umfassender Reglementierung und strenger Disziplin unterworfen.

2. Damit war der zügellose Gebrauch materieller Anreize zur Sicherung von Arbeitsleistung und Produktivität verbunden. Alle Bekundungen von Gleichheit, wie z.B. Lenins Verordnung, daß Parteimitglieder, gleich welchen Ranges, nicht mehr verdienen dürfen als Facharbeiter, wurden abgeschafft, und Stalin selbst führte einen erbitterten ideologischen Kampf gegen das Ideal der Gleichheit, indem er es als reaktionäre, kleinbürgerliche Absurdität hinstellte, die einer primitiven Sekte von Asketen entspreche, aber nicht einer sozialistischen Gesellschaft, die auf marxistischen Grundlagen aufgebaut sei.

Diese Politik führte zwar in der Tat zu einer hohen Wachstumsrate, aber auch, wie ich glaube, zwangsläufig zu einer zunehmenden Schichtung der Gesellschaft und zu einer Entpolitisierung der Massen. Diese Tendenzen standen nicht nur in Widerspruch zu einer Entwicklung hin zum Kommunismus, sondern sie machten es vielmehr den privilegierten Gruppen in der Bürokratie, den Unternehmen und den qualifizierten Berufen sehr einfach, ihre Positionen in der Gesellschaft zu festigen und ihre Privilegien auch auf ihre Kinder zu übertragen. Stalins Politik ermöglichte mit anderen Worten den Spitzen in Politik und Ökonomie die Konsolidierung zur neuen herrschenden Klasse. (Das ist natürlich ein komplexes Problem, das hier nicht detailliert diskutiert werden soll. Festzuhalten ist jedoch, daß Besitz und Vererbung von Eigentum keineswegs die einzigen Wege sind, um Klassenpositionen von einer auf

die andere Generation zu übertragen. Unterschiedliche Zugangschancen zu Bildungswegen sind ein weiterer und heute für die Sowjetunion wohl auch charakteristischer Weg, um derartiges zu erreichen.) Im Anschluß an Charles Bettelheim nenne ich diese neue herrschende Klasse „Staatsbourgeoisie“. Sie herrscht nicht, wie in einer kapitalistischen Gesellschaft, mittels privater Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, sondern mittels Besetzung der entscheidenden Positionen in Partei, Staat und Wirtschaft; und schließlich ist sie nicht nur eine Schicht, sondern eine Klasse, da ihre Söhne und Töchter es einfacher haben, dieselben Machtpositionen zu besetzen, als die Mehrheit der Bevölkerung.

An dieser Stelle sind einige Anmerkungen zu Begriffen wie Wert, Preis, Ware und Geld in einem sozialistischen Staat wie der Sowjetunion notwendig. Wie schon angeführt, überlebten diese Begriffe und behielten auch im Zeitraum zwischen der Revolution und der Dominanz des staatlichen Sektors in der Ökonomie ihre traditionelle Bedeutung. Doch wie stand es damit nach der „Zweiten Revolution“? Wie wir wissen, existierten sie weiter, sowohl innerhalb des Staatssektors als auch in seinen Beziehungen zu anderen Sektoren (kollektive Landwirtschaft, kapitalistisches Ausland). Wie konnten jedoch diese Wertbeziehungen innerhalb des Staatssektors weiterexistieren oder, um es mit Stalins Worten auszu-drücken:

„Warum sprechen wir vom Wert der Produktionsmittel, ihren Produktionskosten, ihrem Preis, etc.?“ Er hatte folgende Antwort: „... Sie sind notwendig für Kostenrechnung und Ansiedlung, um festzustellen, ob Unternehmen rentabel oder mit Verlusten arbeiten, zum Vergleich und zur Kontrolle der Unternehmen.“ Doch fügte Stalin hinzu, daß hiermit nur der formale Aspekt behandelt sei. Wie Bettelheim aufzeigt, hat bereits auch Preobrazhensky im wesentlichen dieselbe Antwort auf dieses Problem gegeben. Wertbeziehungen kontrollieren, nach dieser Argumentation, nicht die Ressourcenallokation und die Güterproduktion innerhalb des Staatssektors. Vielmehr dienen diese Begriffe dem Staat und seinen Planungsorganen als Werkzeuge, um eine rationale Kontrolle über die verschiedenen Unternehmen zu ermöglichen, die Staats-eigentum sind und nicht vom Markt abhängig, sondern von entsprechenden Direktiven geleitet produzieren. Die Wertform bleibt zwar bestehen, ihr Inhalt hat sich jedoch radikal verändert.

Es war zweifellos korrekt, zu jenem Zeitpunkt, d. h. zur Zeit einer äußerst zentralisierten administrativen Planung, so zu argumentieren. Was jedoch nicht heißt, daß diese Argumentation auch heute noch dieselbe Gültigkeit besitzt. Aus denselben Gründen, die, wie bereits ausgeführt, zum Herauskommen einer neuen Staatsbour-

geoisie und zur Entpolitisierung der Massen geführt hatten, geriet dieses zentrale Planungssystem in den 50er und den 60er Jahren in eine Krise. Nach einem Ausweg suchend griffen osteuropäische Staaten, unter Führung Jugoslawiens, wieder zunehmend auf kapitalistische Methoden zurück. Da alle notwendigen Formen noch vorhanden und nicht durch spezifisch sozialistische ersetzt worden waren, war dies ein leicht zu beschreitender Weg. Der Inhalt, der kurz zuvor noch in diesen Formen gegeben worden war, wurde ihnen allmählich wieder entzogen und langsam durch einen „neuen“ ersetzt, der sich in Wirklichkeit als der alte vorrevolutionäre Inhalt entpuppte.

Einige Marxisten weisen eine derartige Analyse deshalb zurück, weil sie es als unmöglich erachten, daß echte Wertbeziehungen existieren können, solange Staats-eigentum an Produktionsmitteln besteht. Auf diese Problematik näher einzugehen, würde weit über den Rahmen dieser Arbeit hinausführen. Deshalb will ich mich mit einigen Stichpunkten am Beispiel der jugoslawischen Entwicklung begnügen, die andeuten, in welcher Richtung die Analyse voranschreiten sollte.

Das traditionelle sozialistische Prinzip der Verteilung, „jedem nach seiner Arbeit“, wurde von den Jugoslawen abgeändert und wurde zu „jeder gemäß seinen Fähigkeiten, die er als Mensch besitzt bzw. sich in der Auseinandersetzung im gesellschaftlichen Leben erworben hat, gemessen an ihrem Marktpreis“. – Ein Prinzip, das vom privatwirtschaftlichen wohl kaum zu unterscheiden ist.

In Jugoslawien wurde das Gemeineigentum an den Produktionsmitteln wieder beseitigt, und so konnte sich das Privateigentum wieder etablieren. Das schon immer vage Konzept des Gemeineigentums an den Produktionsmitteln erwies sich tatsächlich als inhaltslos. Nach und nach gelangten einige Mitglieder der Gesellschaft zu effektiven Eigentumsrechten, mit denen sie über das Gemeineigentum herrschten. Obwohl die Eigentumstitel weiterhin gesellschaftlich sind, weiten sich die exklusiven Rechte der Unternehmensführung zu privaten Eigentumsrechten aus, wenn auch mehr in der Gruppenform als in individueller.

Man kann natürlich sagen, daß dies nur für Jugoslawien gilt, und daß die Situation in der Sowjetunion gänzlich verschieden ist. Daß Unterschiede bestehen, ist unbestritten, doch es würde mehr Wissen erfordern, als ich es habe, um aufzeigen zu können, wie fundamental sie sind. Trotzdem glaube ich, daß der jugoslawische Fall zeigt, was möglich ist, und die Warnung Bettelheims unterstreicht, daß „es gerade für die Entwicklung der sozialistischen Ökonomie gefährlich ist, sich auf die Vorstellung einzulassen, daß, wenn das Staatseigentum an den Produktionsmitteln gegeben ist, die

Wertform und die Warenform nicht mehr als eine „formale Existenz“ haben könnten, d. h. daß sie in mancher Hinsicht „Formen zweiten Ranges“ sein würden.

Ich schließe daraus, daß „Sozialismus“, definiert als eine Gesellschaft, die durch Staatseigentum an den Produktionsmitteln und umfassende Planung gekennzeichnet ist, nicht notwendig eine Station auf dem Weg vom Kapitalismus zum Kommunismus ist, und daß das Vertrauen auf eine Theorie, daß sich eine solche Gesellschaft automatisch in Richtung Kommunismus entwickelt, zu einer Bewegung in genau entgegengesetzter Richtung führen kann; d. h. zu einer Wiederherstellung von Klassenherrschaft.

Ob diese rekonstituierte Klassengesellschaft die Wiederherstellung des Kapitalismus bedeuten kann, wie die Chinesen behaupten, ist eine wichtige und sehr interessante Frage, die an dieser Stelle aber nicht behandelt werden kann. Hier reicht es aus festzustellen, daß dieses traditionelle Konzept des Sozialismus sowohl als Ziel wie auch als Kriterium für eine revolutionäre Regierung, die sich auf den langen Weg zum Kommunismus begeben will, unangemessen ist.

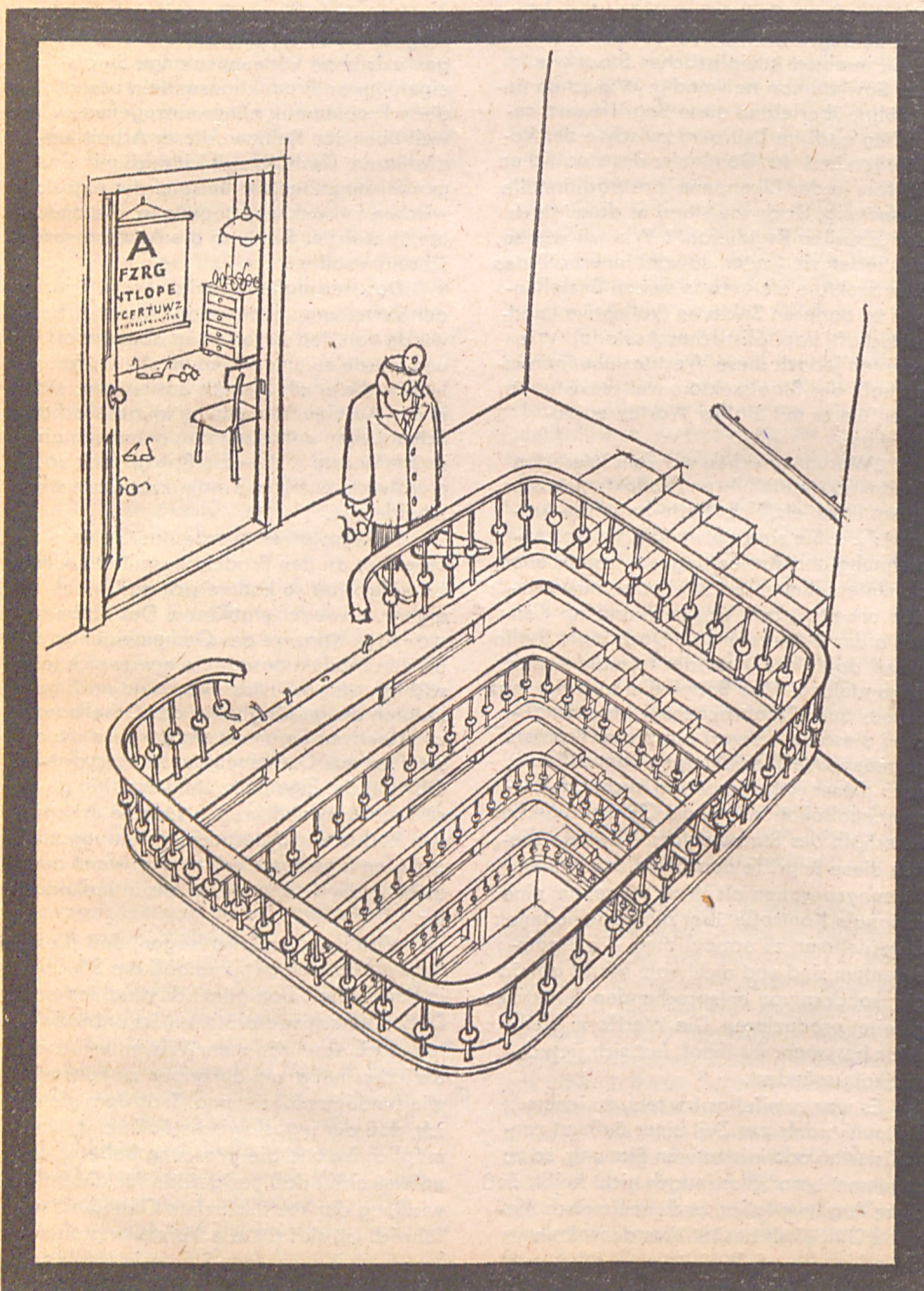
Das heißt nicht, daß man Staatseigentum und umfassendes Planen zurückweisen muß. Ohne diese Voraussetzung ist es unmöglich, den Kapitalismus zu über-

winden und überhaupt den ersten Schritt auf dem langen Marsch machen zu können. Aber Staatseigentum und zentrale Planung sind eben nicht ausreichend, um einen lebensfähigen Sozialismus zu garantieren, der auf der einen Seite immun gegen die Gefahr des Rückschritts ist und auf der anderen Seite auf dem Weg zum Kommunismus voranschreitet.

Seitdem klar ist, daß die großen Gefahren das Entstehen der neuen Staatsbourgeoisie und die Rückkehr zur Klassengesellschaft sind, in der die eigentlich Produzierenden, wie unter dem Kapitalismus, ausgebeutet werden, scheint folgendes, in Bettelheims Worten ausgedrückt, notwendig zu sein: „... die Herrschaft der unmittelbaren Produzenten über ihre Existenzbedingungen und deshalb vor allem über die Produktionsmittel und ihre Produkte.“

Bettelheims Vorstellung darf nicht mit der traditionellen syndikalistischen Konzeption der Arbeiterselbstverwaltung verwechselt werden. Es ist, wie das jugoslawische Modell zeigt, nämlich durchaus möglich, daß man den Arbeitern formal und legal die Kontrolle über den ökonomischen Bereich übertragen kann, ohne dadurch irgendetwas fundamental zu ändern. Wenn das System als Ganzes von Wertbeziehungen beherrscht wird, macht die Arbeiterkontrolle die Arbeiter (oder besser gesagt eine Gruppe von privilegierten Arbeitern) eines Unternehmens zu einer Art kollektiver Kapitalisten. Für die Arbeiter als Klasse ist diese Situation in vieler Hinsicht sogar schlechter als im Kapitalismus, da sie die Arbeiter voneinander trennt und sie in einer destruktiven Weise gegeneinander ausspielt. Das heißt nicht, daß der Arbeiter keinen Anteil an der Kontrolle und am Management des Unternehmens haben soll; es heißt nur, daß sich solche Teilhabe, die sich selbstverständlich kontinuierlich vergrößern sollte, innerhalb eines Systems vollziehen muß, das als Ganzes sich von jeder Art der Schichtung wegbewegt zu einer gesellschaftlichen Situation, in der die ganze Bevölkerung eine einzige homogene Arbeiterklasse bildet. (Das Endziel dieses Prozesses ist natürlich die Auflösung aller Klassen und daher auch der Arbeiterklasse selbst.) Ich glaube, daß diese letzte Überlegung uns mit dem bestmöglichen Kriterium ausstattet, um den Prozeß des Fortschreitens in eine sozialistische (und kommunistische) Richtung zu beurteilen und sogar zu messen. Die Untersuchung der Implikationen dieser Überlegung sollte meiner Meinung nach Hauptaufgabe möglicher Untersuchungen über den Übergang zum Sozialismus sein. Was nun noch folgt, sind erste Vorschläge.

1. Wir müssen strikt die Vorstellung zurückweisen, die in dem schon angeführten Zitat von Stalin enthalten ist, daß nämlich das Prinzip der Gleichheit „einer sozialistischen Gesellschaft auf marxistischer Grund-



lage" fremd sei. Diese Vorstellung ist in Wirklichkeit eine ideologische Rationalisierung von Privilegien und letztlich von Klassenherrschaft. Es ist im Gegenteil notwendig, das Prinzip der Gleichheit als wichtigsten Grundsatz einer sozialistischen Gesellschaft auf marxistischer Grundlage herauszustellen. Doch darf Gleichheit nicht nur in einem materiellen Sinn gesehen werden, d. h. als bloße Angleichung der Einkommen. Das wäre eine oberflächliche Gleichheit, die nur die Erscheinungsformen tiefgreifender Ungleichheiten korrigierte, die durch die Jahrhunderte kapitalistischer Herrschaft entstanden sind. Sie ließe die Wurzeln der Ungleichheit unberührt, so daß diese wieder von neuem entstehen könnte. Denn die Ungleichheit im Kapitalismus erwächst prinzipiell nicht nur aus dem Umstand, daß die Arbeiter keine Produktionsmittel besitzen, sondern auch aus ihrer Unwissenheit, die Produktionsmittel einzusetzen. Wie Marx es ausdrückte:

„Die Kenntnisse, die Einsicht und der Wille, die der selbständige Bauer oder Handwerker, wenn auch auf kleinem Maßstab, entwickelt, . . . sind jetzt nur noch für das Ganze der Werkstatt erheisch. Die geistigen Potenzen der Produktion erweitern ihren Maßstab auf der einen Seite, weil sie auf vielen Seiten verschwinden. Was die Teilarbeiter verlieren, konzentriert sich ihnen gegenüber im Kapital. Es ist ein Produkt der manufakturmäßigen Teilung der Arbeit, ihnen die geistigen Potenzen des materiellen Produktionsprozesses als fremdes Eigentum und sie beherrschende Macht gegenüberzustellen. Dieser Scheidungsprozeß beginnt in der einfachen Kooperation, wo der Kapitalist den einzelnen Arbeitern gegenüber die Einheit und den Willen des gesellschaftlichen Arbeitskörpers vertritt. Er entwickelt sich in der Manufaktur, die den Arbeiter zum Teilarbeiter verstümmelt. Er vollendet sich in der großen Industrie, welche die Wissenschaft als selbständige Produktionspotenz von der Arbeit trennt und in den Dienst des Kapitals preßt.“

Solange diese Situation besteht, und wie sie sich sicherlich auch am Morgen der Revolution ergibt, ist wirkliche Gleichheit unmöglich und jeder Fortschritt in Richtung Gleichheit unsicher und umkehrbar. Ihre Überwindung kann nicht nur durch eine rechtliche Änderung des Besitzes an den Produktionsmitteln herbeigeführt werden, sondern durch grundlegende Veränderungen in anderen Gesellschaftsbereichen einschließlich des gesamten Bildungssystems und den Organisationsformen der Produktion und der Verwaltung. Diese Veränderungen werden notwendigerweise einen langen Zeitraum erfordern und harte Kämpfe mit sich bringen, die, bedingt durch das Wesen des kapitalistischen Erbes, den Charakter von Klassenkämpfen haben werden. Wirkliche Gleichheit wird nicht von

alleine kommen, und auch nicht als Geschenk der Privilegierten an die Unterprivilegierten. Vielmehr muß ständig dafür gekämpft werden, und es muß die Bereitschaft vorhanden sein, einen hohen Preis in Form von geringerer Produktivität und Effizienz dafür zu zahlen.

2. So wie Arbeiter am Management, so sollen auch Manager an der Arbeit teilhaben. Wir dürfen nicht vergessen, daß es unser Ziel ist, alle diese Unterschiede zu beseitigen und in der Übergangszeit konkrete Schritte auf dem Weg dorthin zu unternehmen.

3. Alle Produzenten müssen völlige Meinungsfreiheit besitzen.

4. Landwirtschaft und Industrie müssen miteinander verbunden werden. Die moderne Technologie macht eine radikale Dezentralisation der industriellen Produktion möglich, die es einem wachsenden Teil der Bevölkerung erlauben, in gesunder Umgebung zu leben und vielen verschiedenen Beschäftigungen nachzugehen. Gleichzeitig müssen auch die monströsen städtischen Ballungsräume, die das kapitalistische System als fruchtbare Quelle von Sozialpathologien hervorgebracht hat, aufgebrochen und entflochten werden.

5. Von besonderer Bedeutung ist es, daß Arbeit nicht allein als Mittel zum Geldverdienen und zum Konsum betrachtet wird, sondern als die wichtigste kreative Lebens-tätigkeit. Der Mensch hat ein Bedürfnis nach Arbeit genauso wie nach Nahrung, Kleidung, Behausung, Kultur, Muße etc. Es ist äußerst wichtig, daß alle diese Bedürfnisse in Einklang mit sich selbst und der natürlichen und sozialen Umwelt gebracht werden. Die absurde und letztlich verhängnisvolle bürgerliche Vorstellung unstillbarer Bedürfnisse muß entschieden zurückgewiesen werden.

6. Ein besonders wichtiges Mittel zur Erreichung dieses Zieles stellt die vollständige Beseitigung des Distributionssystems in der Form des Erwerbs und der Ausgabe von Geldeinkommen dar. Dies kann sofort durch die kostenlose Versorgung mit Dienstleistung in den Bereichen Gesundheit und Erziehung begonnen werden, um dann schrittweise auf andere Güter und Dienstleistungen erweitert in die völlig freie Distribution entsprechend den Bedürfnissen zu münden. Das setzt natürlich die Beseitigung aller Wert- und Warenbeziehungen voraus, auch wenn sie nur als reine Kalkulationsformen erscheinen. An ihre Stelle tritt das, was Bettelheim „calcul économique social“ (gesellschaftlich-ökonomisches Kalkül) nennt. Eine Gesellschaft, die schon wesentliche Schritte in diese Richtung gemacht hat und sich eindeutig nach vorne bewegt, kann als sozialistisch und auf dem Weg zum Kommunismus befindlich bezeichnet werden.

Diese Aufzählung kann endlos fortgeführt und differenziert werden. Doch das

Beschriebene mag ausreichen, um die Art der Probleme aufzuzeigen, die der Prozeß des Übergangs zum Sozialismus mit sich bringt. Die Untersuchung dieser Probleme muß sich sowohl an dem theoretischen als auch an dem vorhandenen empirischen Material orientieren. Außer den Ansätzen von Bettelheim herrscht ein bemerkenswerter Mangel an theoretischen Arbeiten auf diesem Gebiet. Bedingt durch das Fehlen adäquater theoretischer Entwürfe, blieben viele empirische Arbeiten über die während der letzten Hälfte des Jahrhunderts entstandenen sozialistischen Gesellschaften wenig aufschlußreich. Es ist heute notwendig, daß entsprechende Schritte sowohl auf theoretischer als auch auf empirischer Ebene getan werden. Das ist um so wichtiger, da sich die Zahl der Übergangsgesellschaften in den nächsten Jahren sicherlich erhöhen wird, und es ist möglich angesichts der reichen Erfahrungen der proletarischen Kulturrevolution in China, in der künftige Generationen den Wendepunkt im Kampf der Menschheit um eine rationalere und humanere Gesellschaft erblicken werden.

Zum Abschluß will ich noch kurz auf die Situation in Chile eingehen. Ich glaube nicht, daß Chile nach unseren Kriterien als Übergangsgesellschaft betrachtet werden darf. Der Grund dafür ist, daß Chile noch nicht die erste Barriere überwunden hat, die den Weg zum Sozialismus blockiert. Anibal Quijano beschreibt die augenblickliche Situation sehr gut, wenn er sagt:

„In Chile hat das Zusammentreffen eines relativ fortgeschrittenen Grads an Politisierung der Massen mit der zunehmenden Desorientierung der abhängigen Bourgeoisie und der unpolitisch professionalisierten Tradition der Armee zu einer besonderen Situation geführt, in der populistische politische Organisationen die Kontrolle über die Staatsverwaltung erlangt haben. Dieser Zutritt zur Macht bedeutet jedoch nicht wirkliche politische Hegemonie, da die Bourgeoisie nach wie vor Einfluß ausübt und politische Macht besitzt. Die Situation ist deshalb sehr ungewiß, und nur ein entscheidender Wandel in den politischen Machtverhältnissen, sei es durch Wahlen oder auf einem anderen Wege, wird die Lage stabilisieren können.“

Solange diese unsichere Situation besteht, wird es für die chilenische Volksfrontregierung darauf ankommen, ihre Politik sowohl in ökonomischer als auch in sozialer Hinsicht kurzfristig am Ziel der Erhaltung und Konsolidierung der politischen Macht zu orientieren. Erst wenn dies erreicht ist, d. h. wenn die Revolution zu einem erfolgreichen Abschluß gebracht ist, wird es möglich sein, eine Strategie des Übergangs zum Sozialismus zu entwickeln.

Paul M. Sweezy
Aus Monthly Review 23 (1972) Nr. 9
übersetzt von Michael Kleff.

Dieser Aufsatz versteht sich als Beitrag zur Information der studentischen Öffentlichkeit über spezifische Aktivitäten der Hochschulgruppe „ads-sozialliberal“, deren Kenntnis gerade angesichts der anstehenden Wahlen – demnächst werden neue Fachschaften und die Vertretungen in Konvent und Fachbereichskonferenzen gewählt – von einigem Wert für die Einschätzung der Seriosität und des politischen Formats dieser Gruppe sind.

Besonders angesichts der Tatsache, daß an politischer Strategie, die für eine argumentative Auseinandersetzung Stoff liefern könnte, seit Jahren nichts (oder lediglich vom CDU-nahen Dachverband des ADS DSU ausgeborgtes) vorhanden ist und angesichts der Tatsache, daß über Aktivitäten innerhalb der Hochschule nur etwas bekannt wird, wenn Kantzenbach seine ADS-Freunde für Handlangerdienste einspannt (wie etwa im Fachschaftskonflikt oder im NC-Beschluß, den der Vertreter des ADS nur „unter diesen Bedingungen“ ablehnte), mag der hier angesprochene Fall ein Licht darauf werfen, wie tief unter der Gürtellinie die Kommilitonen des ADS ihre politischen Gegner attackieren und nun auch persönlich finanziell zu schädigen versuchen.

Zudem ist es ein im Grunde wiederum sehr verständliches Faktum, daß das ADS in seinen ohnehin nur zu Wahlen erscheinenden, dann aber zahlreichen Veröffentlichungen nur mehr pauschale Diffamierungen sozialistischer und kommunistischer Gruppen zum Besten gibt, eine Tatsache, die ihr Spiegelbild in dem diesem Bericht zugrundeliegenden Fall findet.

Hier ist die Rede von einem beispiel-

haften Zivilprozeß aus der Reihe einiger anderer, in denen das ADS einzelne Mitglieder sozialistischer Gruppen vor die Schranken von Gerichten zerrt, um sich für die zahlreichen politischen Schlappen, die diese Gruppe ja am laufenden Band erleidet, zu revanchieren.

Der hier beschriebene Fall begann mit einem Aufsatz der SOHOG im WISO-INFO WS 72/73 (Erläuterungen zu Lehrveranstaltungen des FB 2), in dem eine Einschätzung der politischen Arbeit des ADS am wirtschaftswissenschaftlichen Fachbereich gegeben wurde. Das ADS, erst kurz vorher durch die von Kantzenbach verordneten „Fachschaftswahlen“, endlich zu „Ruhm und Ehre“, nämlich der Mehrheit in der WiWi-Fachschaftsvertretung gelangt, für die man jahrelang mangels politischer Strategie kaum zu kandidieren sich getraut hatte und nie gewählt worden war, fühlte sich durch einzelne Passagen dieses Aufsatzes „beleidigt“ und „diffamiert“:

Wir fordern Euch hiermit auf, alle in dem genannten Artikel gemachten falschen Aussagen über unsere Gruppe in der Öffentlichkeit und in der gleichen Art und Weise der Darstellung zurückzunehmen bzw. richtigzustellen sowie diese und ähnliche unwahren Behauptungen in der Zukunft zu unterlassen . . .

Wir stellen Euch eine Nachfrist bis zum Dienstag, den 17. 10. 1972. Sollte bis dahin keine befriedigende Antwort im Büro des ads-sozialliberal in der Westendstraße 97 eingegangen sein, werden wir die erforderlichen Maßnahmen einleiten.

Unter den inkriminierten Aussagen findet sich außer den Pissagen, die später mit den erforderlichen Maßnahmen der

SOHOG gerichtlich untersagt werden sollten, ein im späteren Gerichtsverfahren nicht mehr vorgebrachter Punkt, der auf die bemerkenswert realistische Selbsteinschätzung des ADS schließen läßt und die Schnacks von „sozialliberal“ bis „systemverändernde Reformen“ als hohle Wahlpropaganda entlarvt.

Dort beanstandet das ads nämlich folgende Passage des SOHOG-Aufsatzes:

... Durchaus konsequent (im Sinne der auf die faktische Zerschlagung der verfaßten Studentenschaft hinauslaufenden Politik von ADS und RCDS, d. Vf.) war es, als die Rechten im Studentenparlament zu Beginn dieses Jahres für die Abschaffung der doch nun „funktionslosen“ Fachschaften votierten. Begründung:

Ein Antrag dieses Inhalts wurde vor einigen Monaten vom RCDS im SP gestellt.

Das ads hat sich immer gegen solche Maßnahmen ausgesprochen und auch im SP für die Ablehnung des Antrages des RCDS gestimmt.

Nimmt man den Aufsatz wörtlich (siehe oben), so ist dort nicht behauptet worden, daß das ADS . . . die Rede ist vielmehr von „den Rechten“. Bedenkt man dies, so kann nur der Schluß gezogen werden, daß das ADS sich selbst als rechte Gruppe einschätzt, durchaus im Widerspruch mit seinen eigenen Wahlparolen, diesmal allerdings in erfreulicher Übereinstimmung mit den progressiven Gruppen.

Selbstverständlich wäre die SOHOG gern bereit gewesen (und übrigens nach presserechtlichen Vorschriften auch verpflichtet), eine Gegendarstellung des ADS im nächsten WISO-INFO zu veröffentlichen. Wie hätte sich besser die Kleinkariertheit



der ADS-Gruppe dokumentieren lassen als durch diese entlarvende Selbstdarstellung! Allein es zeigte sich bald, daß es dem ADS um eine Richtigstellung der Darstellung gar nicht ging.

Obwohl die Herausgeber des WISO-INFO nämlich dem ADS eine Gegendarstellungsmöglichkeit zusicherte (wenn auch in einer der Läppischkeit des Vorganges angemessenen Form), nahm sich das ADS einen gewiß nicht billigen Rechtsanwalt (hier stellt sich die Frage, aus welchen Mitteln das ADS seine Gerichts-Initiativen eigentlich bestreitet, wo eine Verbindung mit Bethmann und Dregger doch so nachhaltig gezeugnet wird) und zertrümmerte 8 Personen, von denen man zu wissen vorgab, sie seien Mitglieder der SOHOG, vor die 3. Zivilkammer des Landgerichts Frankfurt:

Antrag auf Erlaß
einer einstweiligen Verfügung

In Sachen
(ads) e. V., Frankfurt im Main,
Westendstraße 97,

vertreten durch den Vorstand,
dies sind die Herren
Wolf-Dieter Langenhan, Achim Stier,
Bernd Stoemer
– Antragsteller –

– Prozeßbevollmächtigte: Rechtsanwälte
Dres. Schmitt, Bauer –

gegen
die Herren
.....
– Antragsgegner –

– Streitwert: DM 5 000,–

I. Den Antragsgegnern wird als Gesamtschuldern bei Vermeidung von Haft- oder Geldstrafe für den Fall der Zuwiderhandlung verboten, in Wort oder Schrift, insbesondere dem Mitteilungsblatt WISO „INFO“ wahrheitswidrig folgende Behauptungen aufzustellen:

- 1) Der „ads“ ist Dreggers 5. Kolonne,
- 2) Anlässlich der Kampagne gegen die Notstandsgesetze an den Universitäten hat sich in Frankfurt eine Gruppe von Streikbrechern unter dem Namen ads zusammengefunden.
- 3) Führende Köpfe aus diesem erlauchten Gründerkreis zählen heute zur IG Banken und Adel – dem Stoßtrupp Dreggers und Bethmanns.
- 4) Der „ads“ bezeichnete diese rein studentische Veranstaltung (Das Blockseminar WS 71/72) in der Frankfurter Presse als Hort der Indoktrination und Kaderschulung. Der Erfolg war, daß im vergangenen Semester kein Blockseminar stattfand.
- 5) Der „ads“ tritt neuerdings auch als Einbrecher in die Physik (gemeint ist das Haus der Fachschaft Physik, ehemaliges Lichtspieltheater Camera in Frankfurt, Gräfstraße).
- 6) a) Der „ads“ läßt durch gerichtliche Maßnahmen den Studentenschaften verbieten, den VDS finanziell zu unterstützen.
b) Der „ads“ lehnt das imperative Mandat = Verantwortung der Gewählten ihren Wählern gegenüber als in der Geschichte demokratischer Organisationen in Vergangenheit und Zukunft undenkbar ab.

II. Den Antragsgegnern werden die Kosten des Verfahrens auferlegt.

Als „Beweis“, daß die vorstehenden Behauptungen unwahr und das ADS verunglimpfend sind, muß eine eidesstattliche Erklärung des ADS-Vorstandsmitgliedes Stroemer herhalten, die außer ein paar frei erfundenen Behauptungen u. a. folgende Passagen enthält:

Die studentische Vereinigung „Aktionskomitee Demokratischer Studenten („ads“) ist ein im Vereinsregister des Amtsgerichts Frankfurt eingetragener Verein.

Parteiliche Interessen verfolgt der „ads“ nicht.
In dem Mitteilungsblatt WISO INFO WS 1972/73 erschien auf Seite 34 Anfang Okt. d. J. ein Artikel über den „ads“ und den RCDS unter der Überschrift „Dreggers 5. Kolonne“. Unterschrieben ist dieser Artikel mit „SOHOG“. Der „ads“ wird in diesem Artikel bewußt verunglimpft. Die Antragsgegner wissen, daß der „ads“ keine Unterorganisation einer Partei des Bundestages, insbesondere nicht der CDU, ist. Mit der Behauptung, der „ads“ sei „Dreggers 5. Kolonne“, versuchen die Antragsgegner in der studentischen Öffentlichkeit, in der das Programm der CDU von der Mehrheit abgelehnt wird, den Eindruck zu erwecken, der Antragsteller sei mit der CDU, d. h. mit ihrem hessischen Vorsitzenden, Herrn Dr. Dregger, zu identifizieren. Dabei bringen es die Antragsgegner auch fertig, den „ads“ mit dem RCDS in einem Atemzug zu nennen.

Der ads hat das sog. Blockseminar WS 71/72 des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften nicht als Hort der Indoktrination und Kaderschulung bezeichnet. Zu

solchen Äußerungen ist es in der Frankfurter Presse, nämlich in der „Neuen Presse“, zwar gekommen, jedoch hatte mit dieser Verlautbarung der „ads“ nichts zu tun. Obwohl den Antragsgegnern dies bekannt ist, bringen sie den „ads“ nach wie vor mit jenen unqualifizierten Behauptungen in Berührung.

Anm. d. Vf.: Jene in der Tat „unqualifizierten Behauptungen“ stammen von Rudi Bresser, einem auch heute noch führenden Mitglied des ADS!

Die Behauptung, der „ads“ und seine Mitglieder hielten nichts von der Verantwortung parlamentarischer Gewählter gegenüber ihren Wählern, ist eine grobe Verunglimpfung. Was der „ads“ ablehnt, ist die Möglichkeit, einen Abgeordneten, wenn es der Wählerschaft oder einem Teil der Wählerschaft genehm ist, jederzeit, also ggf. auch vor Ablauf der Wahlperiode, ohne weiteres abwählen zu können.
gez. Bernd Stroemer

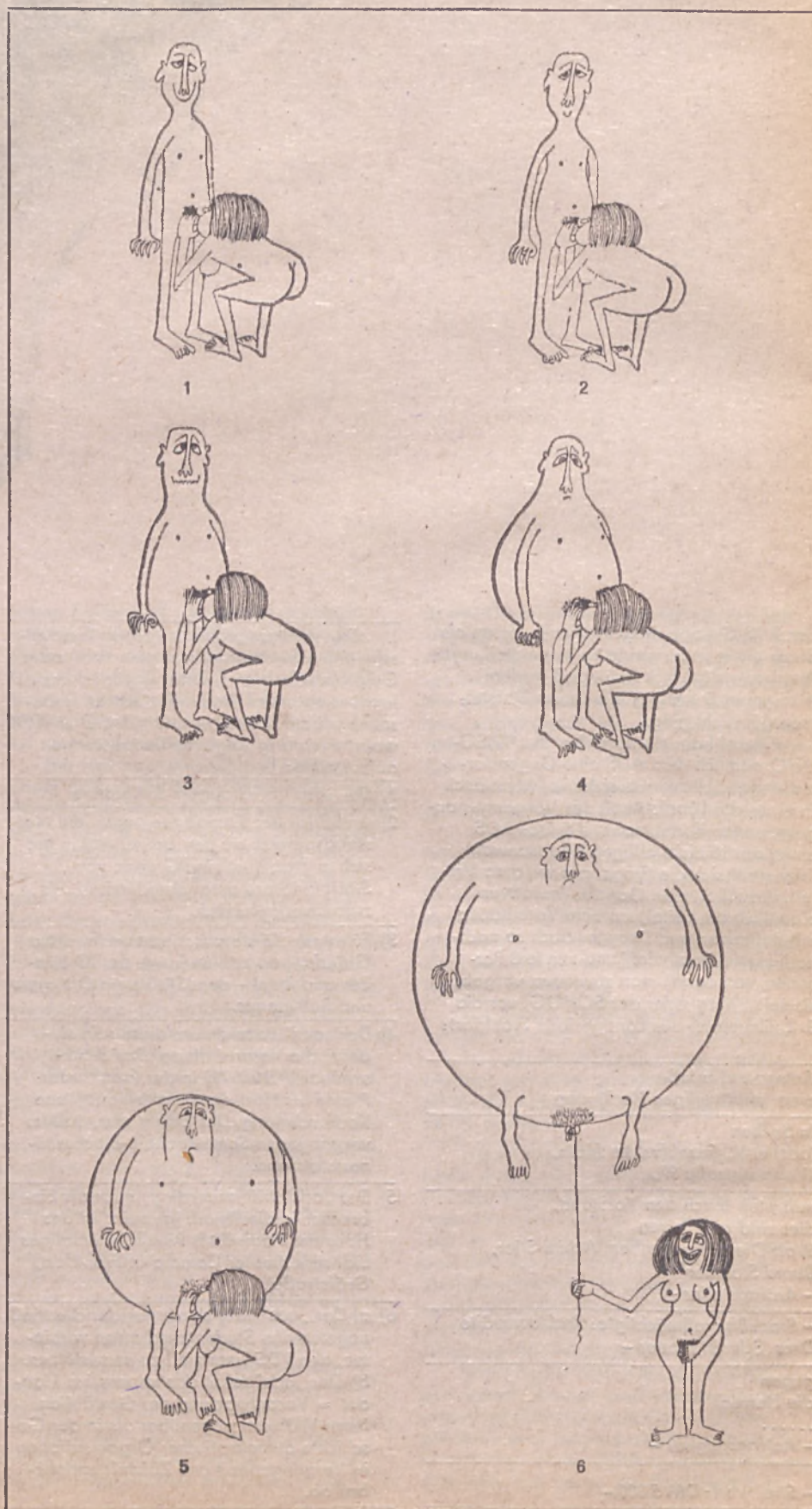
Der Inhalt des gesamten Antrags wie auch die Erklärung sind im Grunde so lächerlich, daß sich jeder Kommentar dazu erübrigt. Nicht lächerlich – und das ist es worauf das ADS eigentlich abzielt – ist es allerdings für die betroffenen Personen, die nicht über den offenbar unerschöpflichen finanziellen Fundus des ADS verfügen, im Falle der gerichtlichen Stattgebung dieses Witz-Antrages Prozeß- und Anwaltskosten zu bezahlen (in diesem Falle bis max. ca. 1200 DM). Der alte Merksatz, daß wer Geld hat, keine Argumente braucht, ist offenbar dem ADS hier wieder eingefallen.

Denn das Gericht – wer könnte ernsthaft etwas anderes erwartet haben? – folgt fast vollständig der formalistischen ADS-Argumentation und verbietet zwei Personen alle Aussagen bis auf 1 und 3 (siehe oben). Die Falschheit der Aussagen ist dem Gericht durch die im Ganzen überaus windige Stoemer-Erklärung ausreichend bewiesen. Die Einwendungen der SOHOG, daß sämtliche Behauptungen mindestens einmal vorher in hochschulöffentlichen Papers oder Zeitungen ohne Widerspruch des ADS zu lesen waren, schlägt das Gericht in den Wind.

Einmal steht nicht fest, daß die früheren Erklärungen allen Studenten ohne Ausnahme zur Kenntnis gelangt sind, zum anderen ist wegen des Neuzuganges von Studenten im Wintersemester 1972/73 ein Kreis von Adressaten entstanden, bei dem die Kenntnis von den früheren Erklärungen nicht vorausgesetzt werden kann.

Genau um diesem Kreis zu helfen, zu einer selbständigen Einschätzung des ADS und seiner politischen Strategie; zu kommen, ohne daß er auf die sozialliberal verpackten Wahlversprechen des ADS angewiesen ist, wurde der Fall hier beschrieben.

Klaus Müller



Der totale Numerus clausus an der Frankfurter Universität?

Die Auseinandersetzungen über den von der Frankfurter Universitätsspitze beim Hessischen Kultusminister beantragten totalen Zulassungsstopp für die meisten Fächer der Lehrerausbildung und für den gesamten Fachbereich Wirtschaftswissenschaften haben eine neue Wendung genommen. Kultusminister Ludwig von Friedeburg hat recht deutlich zu verstehen gegeben, daß er mit größter Wahrscheinlichkeit den Frankfurter Numerus-clausus-Antrag ablehnen werde. Es ist also damit zu rechnen, daß es im Sommersemester 1973 keinen totalen Zulassungsstopp für die Frankfurter Universität geben wird. Praktisch bedeutet das, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit im Sommersemester Lehrerstudenten und Studenten der Wirtschaftswissenschaften ihr Studium in Frankfurt aufnehmen können.

Kultusminister von Friedeburg hat der Frankfurter Universitätsspitze in diesem Zusammenhang vorgeworfen, sie würde mit falschen Studentenzahlen operieren, und gefordert, statt „Panikmache“ zu betreiben, solle die Universität die Studienreform vorantreiben, d. h. Studieninhalte und Studienformen verändern; eine größere „innere Rationalität“ sei erforderlich und die Universität müsse eine „höhere Planungsfähigkeit“ erreichen. Im übrigen verweist der Minister auf die Investitionen in die Frankfurter Universität und die dadurch erreichte höhere Lehrkapazität.

Der Frankfurter Universitätspräsident und die ihn politisch stützende rechtsliberal-konservative Mehrheitsfraktion vertreten dagegen die Meinung, daß den ständig wachsenden Studentenzahlen kein entsprechender Zuwachs an Personal- und Sachmitteln gegenüberstehe, und behaupten, ihre Numerus-clausus-Entscheidungen seien eine Folge der verfehlten staatlichen Bildungsplanung. Präsident Erhard Kantzenbach verweist in diesem Zusammenhang immer wieder auf die von der Universität vorgenommenen „Kapazitätsberechnungen“, die aufzeigen, daß in Frankfurt in vielen Fachbereichen katastrophale Zustände herrschen.

Es kann hier nicht detailliert zu dem ganzen Komplex von kontroversen Argumenten Stellung genommen werden, die sich auf quantitative Daten stützen. Bei oberflächlicher Betrachtung kann man zu dem Ergebnis kommen, daß auf dieser Argumentationsebene beide Seiten „recht“ haben. Der Kultusminister hat recht, wenn er der Frankfurter Universitätsspitze ein Operieren mit falschen Zahlen vorwirft: In der Tat hat der Universitätspräsident die Studentenzahlen für das Wintersemester von der tatsächlichen Zahl von 19 415 zum Zwecke der Erzeugung dramatischer Effekte auf 21 000 „erhöht“. Präsident Kantzenbach hat „recht“, wenn er darauf hinweist, daß für das Sommersemester 1973 mit keiner Erhöhung der Personal- und Sachmittel zu rechnen ist und daß dies auf eine verfehlte Finanzpolitik hindeute.

Doch auf dieser Ebene der Auseinandersetzung ist weder die Frankfurter Numerus-clausus-Entscheidung noch das Verhalten der Hessischen Landesregierung zu verstehen. Der Hinweis auf die bestenfalls im Ansatz realisierte „Studienreform“ kommt der Lösung des Problems schon näher.

Ich möchte hier die These vertreten, daß die Frankfurter Numerus-clausus-Entscheidung eine Konsequenz von Fehlplanungen der Vergangenheit, einer konzeptions- und planungsunfähigen Universitätsspitze und einer restriktiven staatlichen Finanzpolitik ist. Wer nur einen dieser Faktoren „verantwortlich“ macht, verschleiern und versimplifiziert das Problem und lenkt von den Ursachen ab.

Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Frankfurter Universität den hessischen Steuerzahler jährlich viele Millionen kostet. Weniger bekannt ist, wie diese Mittel intern verteilt und wofür sie ausgegeben werden. In der Vergangenheit vollzog sich die Verteilungs- und Ausgabenpolitik in einer heute kaum mehr detailliert rekonstruierbaren Weise: Die Ordinarien verhandelten unmittelbar mit dem Kurator der Universität oder dem Kultusminister, beschafften sich so die Mittel für Lehre und Forschung und waren – gestützt auf die „Freiheit von Forschung und Lehre“ – für die Ausgabenpolitik eigenverantwortlich.

Die Gremien der akademischen Selbstverwaltung rekrutierten sich ebenfalls aus dem Kreis der Ordinarien. Nach dem bewährten Prinzip „keine Krähe hacke der anderen ein Auge aus“ legitimierten sie die Privilegienwirtschaft einer bürgerlichen Elite. In einem verfilzten Interessengeflecht kamen so die Haushaltsanmeldungen der Universität zustande. „Berufungszusagen“ bildeten ihren harten Kern; es gab praktisch keine Entscheidungen über Prioritäten, keine öffentlichen Diskussionen über Mittelvergabe. Von einer „rationalen Planung“ konnte keine Rede sein. Das neue Hessische Universitätsgesetz hat eine Reihe formaler Voraussetzungen geschaffen, um diesen unerträglichen Zustand zu verändern. In den zentralen Ausschüssen sind die Ordinarien nicht mehr unter sich, die Reform der Personalstruktur ist ein erster Schritt zum Abbau von Privilegien innerhalb des Lehrkörpers, die Entscheidungen der Universitätsorgane fallen in öffentlichen Sitzungen – es sei denn, sie werden wegen befürchteter Störungen in den Stadtwald verlegt.

Doch diese formalen Voraussetzungen reichen für eine Veränderung nicht aus. Es gibt an der Frankfurter Universität eine Kontinuität von Privilegienpolitik. Bei den ersten Wahlen zum Konvent der Universität erhielten Gruppierungen eine Mehrheit deren Devise es war, die alten Zustände an die neuen Entscheidungsstrukturen so anzupassen, daß sich an den Macht- und Privilegienpositionen möglichst wenig än-

dert. Die Hochschullehrergruppe, der auch Präsident Kantzenbach angehört, rekrutiert sich fast ausschließlich aus der Dekansgruppe der ehemaligen Ordinarienfraktion. Sie wird ergänzt, durch rechtsliberale und konservative Professoren, Mittelbau- und Studentengruppen.

Ihr gemeinsamer Nenner ist klein: Es ist die irrationale Furcht vor solchen Veränderungen, die einen „linken“ Einfluß auf Lehre und Forschung begünstigen könnten. Ergebnis dieser politischen Konstellation ist Konzeptions- und Planlosigkeit an der Spitze der Frankfurter Universität. Die Handlungsspielräume von Präsident Kantzenbach sind beschränkt: Er kann nichts unternehmen, was den schwachen Konsens seiner Fraktion sprengt. Lediglich Aktionen gegen die immer wieder beschworene „rote Gefahr“ wirken stabilisierend.

Symptomatisch für die Politik Kantzenbachs und die ihn stützenden politischen Gruppierungen sind die Entscheidungen im zentralen Haushaltsausschuß. Es sollen hier nur einige Punkte erwähnt werden:

Die Haushaltsanmeldungen der Universität wurden ohne wesentliche Veränderungen so nach Wiesbaden weitergereicht, wie sie aus den Fachbereichen eingingen. Es fanden weder Prioritätenentscheidungen noch Korrekturen unangemessener oder zu ängstlicher Forderungen statt. Nur so war zu garantieren, daß die Privilegien von Professorengruppen in den gut ausgestatteten Fachbereichen unangetastet blieben.

Der Haushaltsausschuß hat in mehreren Sitzungen und unter großem Getöse etwas unternommen, was Präsident Kantzenbach eine „Umverteilung“ nennt. Nicht ausgegebene Mittel aus der Titelgruppe für Lehre und Forschung sowie Gelder von Tutoren und Hochschullehrerstellen wurden umverteilt. Das Ergebnis dieser Aktionen ist kläglich: Es handelte sich in jedem Falle um Beträge von einigen Prozent der Gesamtsumme. Nur als ein Beispiel: Es gibt an der Frankfurter Universität im Haushaltsjahr 1972 insgesamt 656 Stellen für Professoren; davon sind etwa 140 unbesetzt. Bei der dramatischen Umverteilung im Frankfurter Stadtwald wurden hiervon ganze 14 Stellen an diejenigen Fachbereiche gegeben, bei denen der Mangel eklatant ist.

Diese Liste ließe sich noch beliebig verlängern. Das Fazit ist, daß die Frankfurter Universitätsspitze nur innerhalb des Mittel- und Stellenzuwachses Prioritätenentscheidungen treffen kann, nicht aber innerhalb des „Erbes der Vergangenheit“.

In dieser Situation war die aus Wiesbaden signalisierte Meldung vom ausbleibenden Stellen- und Mittelzuwachs für die Kantzenbachfraktion alarmierend. Die steigenden Studentenzahlen (insbesondere in den Fächern der Lehrerausbildung) und die ständige Verschärfung der Ausbildungssituation konnten nicht mehr bewältigt wer-

Berufsverbot: Der Fall Stubenrauch

den. Die mögliche Alternative, die Kultusminister v. Friedeburg vorschlägt, nämlich den Prozeß der Studienreform voranzutreiben, scheidet aus: Reformen der Lehrerausbildung, wie sie etwa im Diskussionsentwurf des Kultusministers angedeutet sind, stoßen in Frankfurt auf keine Gegenliebe.

Es wird hier die Gefahr gewittert, daß durch die angestrebte erziehungs- und gesellschaftswissenschaftliche Fundierung des Lehrstudiums der „linke“ Einfluß auf die Lehrerausbildung wachsen könnte. So stand zum Beispiel der Punkt „Reform der Lehrerausbildung“ insgesamt neunmal auf der Tagesordnung des „Ständigen Ausschusses für Lehr- und Studienangelegenheiten“, achtmal wurde der Punkt verschoben. Unter dem Druck der „Minderheitsfraktion“ war man schließlich in der neunten Sitzung bereit, einige Beschlüsse zu fassen, die allerdings bisher folgenlos blieben. Der gleiche Ausschuß stimmte im Frankfurter Stadtwald ohne größere Skrupel dem Zulassungsstopp für die meisten Fächer der Lehrerausbildung zu. Sie konnten sich bei ihrem Beschluß auf eine Äußerung des hessischen Finanzministers Heribert Reitz berufen, dessen Statistiker ab 1975 einen Lehrerüberschuß für Hessen vorausgesagt haben, „es sei denn, die Klassenstärken würden erniedrigt.“

Hieraus leitet die Frankfurter Universitätsspitze die Berechtigung ab, den Zugang zum Lehrstudium zu stoppen. Finanzpolitische Restriktionen bilden so die Legitimationsgrundlage für eine verfehlte Hochschulpolitik. Die Frankfurter Numerusclausus-Entscheidungen richten sich weniger gegen die Interessen von Hochschulangehörigen. Sie betreffen in erster Linie Eltern, Lehrer und Schüler. Diese Gruppe ist wohl weniger daran interessiert, wie die Abstimmungsmaschinerie des Frankfurter Universitätspräsidenten intakt gehalten werden kann. Sie dürfte sich für die Auswirkungen auf die Schulsituation interessieren.

Vermutlich wird es, wie schon gesagt, im Sommersemester keinen totalen Aufnahmestopp an der Frankfurter Universität geben. Wie es im Wintersemester aussehen wird, weiß niemand zu sagen. Nur eines ist sicher: Wenn es nicht gelingt, die unheilige Allianz von restriktiver Finanzpolitik der Landesregierung und konservativen Beharrungsinteressen an der Universität aufzulösen, dann wird die von Präsident Kantzenbach beschworene „Katastrophe“ Realität werden.

Egon Becker

„Ein linker Baldur von Schirach sei für das Didaktische Zentrum nicht geeignet“, verkündete am 13. 10. 72 der Physik-Dekan Jung in einer Sitzung der Berufungskommission für das Didaktische Zentrum.

Gemeint war der „wissenschaftlich qualifizierte“ (Jung) Pädagoge Herbert Stubenrauch, Vorsitzender des Sozialistischen Lehrerbundes. Er hatte sich wie viele andere um eine Professorenstelle im DZ beworben.

Begründet waren damit Ablehnung und Ausscheiden aus dem Kreis der Bewerber. Die rechte Mehrheit in der Berufungskommission ließ keinen Zweifel darüber aufkommen, daß ein Wissenschaftler wie Stubenrauch ausgestattet mit „missionarischem Eifer“ eines Weltverbessers, an einer Universität nichts zu suchen habe.

„Es war der Vorwurf zu hören, Dr. Stubenrauchs Verfassungstreue und Kooperationsfähigkeit seien zweifelhaft. Das Bundesverfassungsgericht kann zwar den Sozialismus nicht für verfassungswidrig erklären, aber das Didaktische Zentrum darf in der Praxis so verfahren, als wäre der Sozialismus bereits verboten. Der Bewerber ist nicht kooperationsbereit, aber das Didaktische Zentrum will es sein, auch wenn es Dr. Stubenrauchs Kandidatur ablehnt. Wirklich, das Didaktische Zentrum liefert ein didaktisches Meisterwerk. Gleich mehrere Verfassungsverstöße (Art. 3,3 im GG und Art. 103, 2 im GG) – aber Verfassungsfeind muß der andere sein, denn er ist Sozialist.“ (E. J. Bernbeck)

Am 23. 10. 72 wurde dann endlich die Öffentlichkeit mit diesem „Skandal“ (FR, 23. 10. 72) konfrontiert. Zu einer inhaltlichen Diskussion kam es bisher noch nicht. Obwohl in der BRD das Berufsverbot für Sozialisten keinen Einzelfall darstellt – obwohl die Öffentlichkeit an der Aufklärung des „Falles Stubenrauch“ interessiert ist – waren Roth und seine Mannschaft bis heute nicht bereit, über die Ablehnung öffentlich zu diskutieren. Die nachfolgende Erklärung der GEW-Hochschulgruppe liefert weitere Informationen für eine öffentliche Diskussion.

Red.

Die Funktion des Didaktischen Zentrum

Am 23. 10. 1972 ist durch ein Flugblatt des AStA der Uni Ffm und einen Artikel in der Frankfurter Rundschau öffentlich bekannt geworden, daß Herr Dr. Herbert Stubenrauch, derzeit Lehrer an der Ernst-Reuter-Gesamtschule, durch Mehrheitsbeschluß der Berufungskommission des Didaktischen Zentrums (DZ) offensichtlich aus politischen Gründen aus dem weiteren Berufungsverfahren ausgeschieden wurde. Obwohl für alle anderen Kandidaten der engeren Wahl üblich, wurde ihm noch nicht einmal die Gelegenheit eingeräumt, sich in einem öffentlichen Anhörungsverfahren darzustellen und zu der Kritik und

den Vorwürfen gegen ihn Stellung zu nehmen.

Das DZ ist der erste Versuch an der Universität Ffm, Hochschul- und Studienreform nicht nur verbal zu beschwören, sondern institutionell abgesichert Studienreformprojekte in den Fachbereichen wissenschaftlich und organisatorisch zu unterstützen und voranzutreiben.

Gerade angesichts der Tendenz in den oberen Entscheidungsorganen der Universität, Reformansätze administrativ aufzufangen und abzublocken und durch handlungsunfähige Gremien zu paralysieren, kommt daher dem Zentrum als Reforminstitution besondere, auch hochschulpolitische Bedeutung zu.

Die Aufgabenbestimmungen des DZ sind den Planungen nach durchgängig an zentralen Problemen der Studienreform – insbesondere des Lehrstudiums – orientiert. Daher sollten die ersten fünf, jetzt zu besetzenden Professorenstellen folgende Funktionen erfüllen:

a) „Stufendidaktik und Curriculumentwicklung“: Aufgabe dieses Professors soll es sein, eine fächerübergreifende Stufendidaktik für die Ausbildung von Lehrern aller Schulstufen zu entwickeln und zusammen mit den entsprechenden Fachbereichen eine stufenorientierte Curriculumrevision für das Lehrstudium wissenschaftlich zu fundieren und praktisch einzuleiten.

b) „Praxisbezogene Studien“: Dieser Professor soll die Integration schulpraktischer Studien und Projekte in die Lehrstudiengänge zusammen mit den betroffenen Fachbereichen wissenschaftlich vorbereiten und zu realisieren versuchen. Berufsfeldanalysen im Schulbereich gehören ebenfalls zu seinen Aufgaben.

c) „Unterrichtsforschung“: Aufgabe dieses Professors soll es sein, zusammen mit Projektgruppen aus den Fachbereichen Lehrstudenten in die Probleme der empirischen Unterrichtsforschung einzuführen und zusammen mit Projektgruppen aus Schulen und den Fachbereichen Experimente einer wissenschaftlichen Begleitung von Schulversuchen durchzuführen und die Ergebnisse dieser Untersuchungen in die Studienreformprojekte der Fachbereiche einzubringen.

d) „Wissenschaftstheorie und Curriculumentwicklung“: Dieser Professor soll für Studienreformprojekte in den Fachbereichen Methoden der Curriculumrevision entwickeln, existierende Methoden und Entscheidungsprozesse zur Bestimmung von Zielen, Inhalten und Vermittlungsformen des Hochschulstudiums wissenschaftstheoretisch untersuchen und zusammen mit Projektgruppen aus den Fachbereichen Studienreformvorhaben planen, durchführen und auswerten.

e) „Berufsfeldforschung und Qualifikationsanalyse“: Aufgabe dieses Professors soll es sein, zusammen mit Gruppen aus

den Fachbereichen theoretische und empirische Untersuchungen über die Qualifikationsanforderungen verschiedener Berufsfelder durchzuführen und die Ergebnisse dieser Untersuchungen in Studienreformprojekte der Fachbereiche einzubringen.

Da es sich um ein wissenschaftliches Zentrum handelt, das vom Präsidenten eingerichtet wurde, war die Frage, wie eine Berufungskommission für das DZ zustandekommen könnte, umstritten. Die konservativen Kräfte an der Universität begriffen natürlich, daß das DZ, würde es im o. a. Sinne arbeitsfähig werden, ihrem Interesse am Erhalt des Status quo entgegenarbeiten könnte. Daher wurde trotz mehrfacher Versuche, das Berufungsverfahren jenen Fachbereichen zu übertragen, in denen die wissenschaftliche Kompetenz zur Beurteilung der Eignung der Kandidaten für die wissenschaftlichen Aufgaben vorhanden ist, der zentrale LUST-Ausschuß (das Gremium mit der konservativsten Zusammensetzung) vom Präsidenten beauftragt, die Berufungskommission zusammenzusetzen.

Die Berufungskommission des Didaktischen Zentrums

Am 11. 4. 1972 wählte der Ausschuß folgende Hochschulangehörige in die Berufungskommission für das DZ:

Professoren

Abb (Hochschuldidaktik der Wirtschaftswissenschaften), Bauersfeld (Didaktik der Mathematik), Felgner (Musikpädagogik), Freyh (Didaktik der Geschichte), Jung (Didaktik der Physik), Matthaei (Pädagog. Psychologie), Schmidt (polit. Bildung), Schwarz (Grundschuldidaktik – später durch den Pädagogen Elzer ersetzt), Rauschenberger (Erziehungswissenschaften), Roth (Didaktik der Sozialkunde), Wiss. Mitarbeiter

Clemenz (Soziologie der Erziehung), Lindner (Psychologie), Mehlig (Didaktik der Physik), Rebentisch (Geschichte), Stoll (Romanistik), Landau (Sportdidaktik),

Studenten

Pesel (Philosophie), Stier (Pädagogik), Vögelin (Soziologie), Wirsig (Jura), Nichtwissenschaftl. Mitarbeiter
Sommer (Amtsleiterin des Didaktischen Zentrums).

In dieser Berufungskommission herrscht eine klare konservative Mehrheit.

Da die Berufungskommission weniger nach Qualifikationen, sondern mehr nach politischem Proporz zusammengesetzt wurde, war von vornherein zu befürchten, daß bei der Auswahl der Kandidaten aus den über 70 Bewerbungen für die 5 ausgeschriebenen Stellen weniger auf wissen-

schaftliche Qualifikationen und Förderung von Reforminitiativen durch die Kandidaten geachtet würde, denn auf die Wahrung eines gewissen Interessenproporzes. Denn da die Konzeption des DZ in Frankfurt in der ganzen Bundesrepublik als besonders fortschrittlich anerkannt wird und als Konzeption nicht mehr ohne weiteres verändert werden kann, könnte die Durchsetzung der konservativen Interessen nur noch durch eine entsprechende Berufungspolitik gewährleistet werden.

Bis zum Auswahlverfahren für die Hearings schien diese Befürchtung, soweit es in der Öffentlichkeit bekannt ist, unberechtigt zu sein.

Der Fall Stubenrauch

Am Freitag, 20. 10. 1972 (also über ein Jahr nach der öffentlichen Ausschreibung) fanden die ersten Hearings mit vier Kandidaten statt, die von der Berufungskommission in die engere Wahl gezogen worden waren. (Es sind darüber hinaus Hearings mit elf weiteren Kandidaten geplant.) Vor dieser öffentlichen Anhörung war es in der Berufungskommission offensichtlich zu einer Kontroverse über die Frage gekommen, ob der Lehrer an der Ernst-Reuter-Schule, Dr. Herbert Stubenrauch zum Hearing eingeladen werden solle oder nicht. Mit einer Mehrheit von 2 Stimmen (9:7:2) beschloß die Berufungskommission Stubenrauch nicht zum Hearing einzuladen und damit aus dem weiteren Verfahren auszuschließen. In einem Flugblatt des ASTA wird von Äußerungen aus der Berufungskommission berichtet, die, wenn sie stimmen, beweisen, daß die Ablehnung nicht aus fachlich-wissenschaftlichen sondern aus rein politischen Gründen erfolgte.

Zu Beginn des Hearings am Freitag, dem 22. 10., kam es zu einem Eklat, der schlaglichtartig die Situation in der Berufungskommission erhellt. Professor Rauschenberger gab im Namen der überstimmten Minderheit die Erklärung ab, daß diese Gruppe nur noch unter Protest an den weiteren Verhandlungen teilnehme, da sie das ohnehin lang genug blockierte Verfahren nicht noch weiter verzögern wolle.

Anwesende Studenten forderten die Kommissionsmitglieder zu einer Diskussion ihrer Entscheidung im Falle Stubenrauch auf. Die anwesenden Mitglieder der konservativen Mehrheitsgruppe entzogen sich dieser Diskussion durch Auszug, der Vorsitzende der Berufungskommission, Prof. F. Roth, verweigerte eine Stellungnahme und berief sich auf die Vertraulichkeit der Sitzung. Inzwischen hat er allerdings eine Presseerklärung veröffentlicht, in der er im Namen der Kommission die Vorwürfe zurückweist – ohne allerdings darüber mit

der Kommission Rücksprache gehalten zu haben ...

Forderungen der GEW-Hochschulgruppe

Die GEW-Hochschulgruppe hält die Vorgänge um die Ablehnung des Bewerbers Dr. Stubenrauch für einen hochschulpolitischen Skandal der nicht mittels formaler Erklärungen über die Vertraulichkeit von Berufungssitzungen im Halbdunkel gehalten werden kann. Die politisch motivierte Ablehnung eines engagierten Lehrers und Wissenschaftlers zu einer öffentlichen Anhörung (obwohl dies von einer starken Minderheit in der Kommission gewünscht wurde) kann nicht einfach hingenommen werden. Sollten die bisher bekanntgewordenen Tatsachen aus der Berufungskommission zutreffen, handelt es sich bei dieser Ablehnung um eine grundgesetzwidrige Benachteiligung eines Bewerbers aus politischen Gründen.

Die GEW-Hochschulgruppe fordert die Berufungskommission auf, die Gründe, die zu einer Ablehnung von Dr. Stubenrauch führten, öffentlich bekanntzugeben. Die in der Presseerklärung des Kommissionsvorsitzenden Prof. Roth im Namen der Kommission abgegebenen Erklärung, daß Herr Stubenrauch nicht aus politischen Gründen abgelehnt worden sei, verlangt die Nennung der „tatsächlichen“ Ablehnungsgründe; andernfalls steht fest, daß Prof. Roth eine wahrheitswidrige Schutzbehauptung geliefert hat.

Da inzwischen berechtigte Zweifel an der Objektivität der Kommission bestehen fordert die GEW-Hochschulgruppe die Mitglieder der Berufungskommission auf, sich einer öffentlichen Diskussion über die bei ihrer Arbeit angelegten Entscheidungskriterien zu stellen.

Die GEW-Hochschulgruppe fordert die Berufungskommission auf, ihren Ausschluß-Beschluß im Falle Stubenrauch aufzuheben um der universitären Öffentlichkeit Gelegenheit zu geben, sich auf einem Hearing ein Urteil über den Kandidaten zu bilden.

Falls es nicht gelingt, die konservative Mehrheit der Berufungskommission von ihren politisch motivierten „Abschlußpraktiken“ abzubringen, fordert die GEW-Hochschulgruppe die an der Reform der Lehrerbildung interessierten Fachbereiche auf, sich ein eigenes Urteil über die Qualifikationen des Bewerbers Dr. Stubenrauch zu bilden und ein Sonderhearing zu veranstalten.

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
– Hochschulgruppe Frankfurt –

N. Balestrini

Wir wollen **ALLES**

Roman der Fiatkämpfe
Übers. von P. Chotjewitz



TRIKONT TEXTE

TRIKONT

Verlag 8 München 80
Josephsbergstr. 16 0811/43 38 74

**Ein Arbeiter-
ROMAN**

DM 6.80

Zur Revisionismuskritik der Gruppen um die Zeitschrift ‚Neues Rotes Forum‘

„Dabei hat die DKP leichtes Spiel, wenn wir ihrem umfassenden revisionistischen System nur plakative Beteuerungen entgegenstellen.“

NRF, 4/5 1972, S. 16

Seit einiger Zeit führen eine Reihe kommunistischer Gruppen in der Zeitschrift „NEUES ROTES FORUM“ eine Diskussion über den Wiederaufbau einer westdeutschen Kommunistischen Partei. Sie haben damit nicht nur die naheliegende Konsequenz aus der derzeitigen Zersplitterung der Linken in der BRD gezogen. Vielmehr versuchen sie auch, aus den Fehlern, die bisher bei solchen Vereinheitlichungsbestrebungen gemacht worden sind, Konsequenzen zu ziehen. In ihrer Stellungnahme zum Programm der westdeutschen Kommunisten kritisieren die Gruppen um das NRF (BKA-Freiburg, KB-Bremen, KB-Göttingen, KB-Osnabrück, KB-Wolfsburg, KG (NRF) Mannheim/Heidelberg) sowohl die bisherigen schematischen Parteigründungen der KPD/ML's und der KPD (ehem. AO), als auch die falsche Reihe von Zirkeln auf die Parteiprotokollierer, nämlich das prinzipielle Liquidatorentum.

Statt dessen schlagen die NRF-Gruppen vor, erst auf der Grundlage einer intensiven Diskussion über ein gemeinsames Programm Schritte zur Bildung gemeinsamer organisatorischer Formen der beteiligten Gruppen zu unternehmen.

Im Zusammenhang mit dieser Programmdiskussion sind die im Oktober 1972 vom NRF veröffentlichten „Materialien zum Problem der Übergangsperiode zum Sozialismus und zum Klassencharakter der revisionistischen Länder“ zu sehen. Die folgende Kritik bezieht sich daher nicht nur auf das angesprochene Problem der „Revisionismuskritik“. Sie bezieht sich auch auf die Frage des Parteaufbaus. Meine These ist: Wenn die Beiträge zur Revisionismuskritik für die Programmdiskussion des NRF repräsentativ sind, dann wird deren Ergebnis nichts anderes sein als die Bereicherung der revolutionären Linken um eine weitere „KPD“ (ML, AO – oder was auch immer). Denn entscheidend für das Ergebnis der Diskussion um den Parteaufbau ist nicht, wem und in welchem Rahmen man ein politisches Programm zur Diskussion stellt. Entscheidend ist zu allererst einmal, was für ein Programm man vorzulegen hat. Und in dieser Hinsicht stellen zu-

mindest die Beiträge des NRF zur Revisionismuskritik weder eine Alternative zu den klotzigen Lehrsätzen der div. ML-Gruppierungen (noch zu den vagen Mutmaßungen „nicht-dogmatischer“ Sammelbewegungen dar.

Schon die Bedeutung der Revisionismuskritik für die programmatische Diskussion ist unscharf erfaßt. Es wird zwar festgestellt, daß sich durch die „Entwicklung der SU zu einer sozialimperialistischen Macht“ „im Weltmaßstab die Kräfteverhältnisse für den proletarischen Befreiungskampf verändert haben“ (Gemeinsames Kommuniqué vom Mai 1972); aber was das für die BRD bedeutet, bleibt offen. Die DKP sei zwar keine reine Agentur des Sozialimperialismus, aber sie führe „immer wieder fortschrittliche Kräfte der Arbeiterklasse und des Volkes hinters Licht“ (NRF 4/5 1972, S. 16). Das gilt in der BRD für einige 10 000 Arbeiter – schlimm genug! Aber für die restlichen Millionen gilt ein mindestens ebenso großes Problem: der herrschende Antikommunismus. Für ihn war aber nicht nur Demagogie und Manipulation, sondern der bloße Hinweis auf die Verhältnisse in der DDR stets das schlagendste Argument. Für solche Überlegungen haben die Revisionismuskritiker nicht einen Satz übrig.

Die ganzen Erörterungen über den Charakter Sowjet-Union erscheinen allein dadurch recht akademisch. Dabei ist ihre Ausgangsfrage richtig gestellt: Welche Klasse herrscht in der Sowjetunion? (bzw. in Ländern wie der DDR usw.)

Die Antwort: „In der SU herrscht eine bürokratische Monopolbourgeoisie neuen Typs“ (NRF 4/5 1972, S. 14). Diese entstand einmal aus den nach der proletarischen Revolution in der Warenproduktion fortbestehenden Resten der alten Bourgeoisie sowie – wichtiger noch – aus der staatlichen Bürokratie, die sich nach der Revolution „in den Lücken der Vergesellschaftung“ ansiedelte „und von hier aus die bewußten Initiativen des Proletariats zur Vergesellschaftung hintertreibt und sabotiert“. Diese neue Klasse ent-

stand bereits unter Stalin und entwickelte ihre „bürgerliche Linie“ zu einem umfassenden ideologischen System, dem Revisionismus. „Mit dem Machtantritt des Chruschtschow-Revisionismus“ (auf dem XX. Parteitag der KPdSU, 1956) „kann die sich von den Massen verelbte Bürokratie jetzt offen der alten Formen des proletarischen Staates im Interesse einer kapitalistischen Entwicklung der Produktivkräfte bedienen“ (a.a.O. S. 49). Dieser äußert sich, obwohl der letzte Akt der kapitalistischen Restauration, die Reprivatisierung des Eigentums an Produktionsmitteln, noch nicht vollzogen worden ist, in der ausschließlichen Orientierung der Produktion am Gewinnstreben einzelner Betriebe, bzw. deren Direktoren und Managern. Diese drängen immer mehr auf eine Aushöhlung bzw. Abschaffung der staatlichen Planung; deutlichstes Zeichen: die Wiedereinführung der Begriffe „Ware“, „Wert“, „Gewinn“, individuelle Leistungsprämie usw. durch die Wirtschaftsreformen seit 1963.

Diese Wirtschaftsreformen waren eine Reaktion auf die Krise des alten Stalinschen Planungssystems. Aber „der ganze Trick der Revisionisten“ bestand darin, „die für jedermann sichtbaren Widersprüche dieses Planungssystems nicht mehr aus einer falschen Handhabung des demokratischen Zentralismus und der zentralen Planung und Lenkung abzuleiten, sondern aus der Planung selbst“. Statt die aufgetretenen Widersprüche politisch und „kulturrevolutionär“ zu lösen, wurde das Planungsprinzip insgesamt durch die Entwicklung der Produktivkräfte nach kapitalistischen Gewinnkriterien ersetzt.

Soweit in ihren Grundzügen die Argumentation des NRF. In ihrem Zentrum steht die Kritik der revisionistischen Ideologie: Grundbestandteile dieser Ideologie sind die Vernachlässigung des Primats der Politik über die Ökonomie, die Bewältigung ökonomischer Probleme durch ökonomische Hebel anstatt durch politische Mobilisierung, und schließlich die Vernachlässigung des Klassenkampfes gegen die Elemente der kapitalistischen Restauration innerhalb der Übergangsgesellschaften.

Bezeichnenderweise wird der Erörterung dieser Fragen der breiteste Raum gewidmet. Natürlich sind diese Fragen von Bedeutung für das Problem des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus/Kommunismus. Aber sie können nicht als Kriterien dienen, solange den Grundsatzklärungen der „proletarischen Linie“ nur die „verbalen Äußerungen der „bürgerlichen Linie“ gegenübergestellt werden. Wie K. H. Götze und Harrer (Das Argument Nr. 68, Dez. 1971) in ihrer Erwiderung auf Ph. Neumanns Revisionismuskritik (Kursbuch 23, März 1971) klar gezeigt haben, fällt es auf dieser Ebene der Argumentation einem belesenen „Revisionisten“ nicht schwer, seitweise Zitate herbeizuzaubern, wo Chruschtschow, Ulbricht & Co aller Revisionismuskritik zum Trotz von der „führenden Rolle der Arbeiterklasse“ von der in ihrer Bedeutung unabdingbaren und immer zunehmenden „politischen Führungstätigkeit der Partei“ sprechen und wo Lenin von der „Steigerung der Arbeitsproduktivität“ als der Grundaufgabe nach der proletarischen Revolution spricht.

Tatsächlich erscheint bei dieser Diskussion der „Kampf zweier Linien“ über weite Strecken als nicht endenwollende Zitatschlacht. Die brennende Frage, wer denn die neue Monopolbourgeoisie sei, wie sie herrscht und vor allem, wie sie nach der siegreichen proletarischen Revolution an die Macht kommen konnte, bleibt unbeantwortet. (Obwohl sonst darum bemüht, „der Position der KPCh gerecht“ zu werden und „die Klarheit zu erkämpfen, die die Position der KPCh auszeichnet“ [NRF, 4/5 1972, S. 14] stehen die Genossen vom NRF hier an Klarheit und Konkretion weit hinter der KPCh zurück. Diese wartet zum Beweis der kapitalistischen Restauration in der UdSSR mit Anekdoten über Schiebergeschäfte einzelner Betriebs- und Kolchosdirektoren auf [vgl. Polemik über die Generallinie, Berlin (Oberbaum), S. 479 ff.]. Diese Argumentation würde zwar auf den Kapitalismus übertragen bedeuten, daß nicht das Kapital, sondern die Mafia und ihre Helfershelfer unter den Kapitalisten herrscht – aber im-

merhin weiß man bei einer solchen „Theorie“ woran man ist.

Die Frage nach dem Klassencharakter der UdSSR läßt sich nur anhand einer Analyse der realen geschichtlichen Entwicklung beantworten.

In ihren Grundzügen heißt diese Antwort wie folgt: Bereits nach dem Ende des Bürgerkriegs, 1920, herrschte in Rußland nicht mehr das Proletariat, das im Oktober mit der Diktatur der Sowjets die Macht erobert hatte. Anstelle des ohnehin zahlenmäßig schwachen und durch Bürgerkrieg und wirtschaftlichen Chaos dezimierte und demoralisierten Proletariats herrschte zunächst „stellvertretend“ die bolschewistische Partei. (Walter Lindner macht in seinem NRF-Betrag hier bereits keinen Unterschied: Er fragt: „Wer ist im Besitz der Staatsmacht? Das Proletariat oder zumindest eine Führung, die in den Grundfragen (??) objektiv (wer entscheidet darüber??) im Interesse des Proletariats Politik macht – oder eine vollständig revisionistische Führung“ (NRF 4/5 1972, S. 22). von der internationalen Revolution im Stich gelassen und ohne aktive Massenbasis unter dem russischen Proletariat, entfernte sich die bolschewistische Partei mit dem Programm vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ immer mehr von ihrem ursprünglichen Ziel. Das „Einholen und Überholen“ des westlichen Kapitalismus wurde zur einzigen Triebfeder der Politik. Die bürokratisierte Partei übernahm die historische Funktion der Bourgeoisie, indem sie die gesamte Gesellschaft einem einzigen Ziel, dem der Akkumulation, unterwarf. Dazu war es notwendig alle Elemente der revolutionären Tradition aus der Partei auszumerzen: Von den Führern der Bolschewiki zur Zeit der Oktoberrevolution wurden in den 30er Jahren bis auf zwei (Lenin und Stalin) alle liquidiert. Auf dem 18. Kongreß der KPdSU von 1939 waren nur noch 5% der Mitglieder bereits vor der Revolution und nur 14% vor 1919 in der Partei gewesen. Obwohl 1939 noch schätzungsweise 200 000 der Parteimitglieder von 1918 am Leben waren, waren nur noch rund 10% Mitglieder der Partei.

Die Partei wurde zum aus-

schließlichen Vollstreckungsorgan der in der Parteiführung organisierten herrschenden Bürokratie. Damit war das Proletariat völlig entmacht. Auch die Bauernschaft wurde mit der Zwangskollektivierung von 1929 dem Zwang zur Akkumulation unterworfen. Was die NRF-Autoren (wie alle Maoisten) freundlich als „Fehler Stalins“ und als „administrative Behandlung von Widersprüchen“ bezeichnen, sah in Wirklichkeit so aus: Der durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Verbrauch von Milch sank von 182 Litern 1927/28 auf 132 Liter 1937; der Fleisch-Konsum im gleichen Zeitraum sank von 27,5 kg auf 14 kg. Der Lebensraum in den Städten sank von 6,1 qm 1928 auf 4,0 qm 1939. Der durchschnittliche Arbeitslohn fiel von 1929–36 um 50% – bei wachsender Differenzierung der Löhne. 1931 lebten ungefähr 2 Millionen Menschen in Zwangsarbeitslagern, 1933–35 waren es rund 5 Millionen und um 1942 waren es zwischen 8 und 15 Millionen (alle Zahlen nach Tony Cliff, Russia – a Marxist Analysis).

Also keineswegs erst seit Chruschtschow, sondern bereits in den zwanziger Jahren entwickelte sich in der UdSSR aus der Diktatur des Proletariats eine Diktatur der Bürokratie über das Proletariat. Die neuen ökonomischen Systeme seit Chruschtschow ändern nichts am Klassencharakter der UdSSR. Sie sind nur eine Reaktion auf die politischen und ökonomischen Krisen des bürokratischen Staatskapitalismus seit 1953. Diese verfügt seit 1929 uneingeschränkt mittels des Staats über sämtliche Produktionsmittel. Da ihr einziges Ziel seit dieser Zeit die Akkumulation von Produktionsmitteln ist, auf Kosten der Produktion für den unmittelbaren gesellschaftlichen Bedarf, kann man die UdSSR als „staatskapitalistisches“ System bezeichnen. Historische Ursachen für die Wendung vom proletarisch-sozialistischen „Weg“ zum staatskapitalistischen waren die Schwäche des Proletariats im unterentwickelten Rußland zu Beginn des Jahrhunderts und vor allem die Niederlagen der internationalen Arbeiterbewegung seit der russischen Revolution. Denn – wie

die Bolschewiki (einschließlich Stalin damals) bereits 1917 klar erkannt hatten – wäre die einzige Rettung der proletarischen Revolution in Rußland die internationale Revolution gewesen.

Nicht zuletzt durch die verhängnisvolle Politik der kommunistischen Parteien in Westeuropa, deren Führung seit den späten 20er Jahren völlig von der stalinistischen Bürokratie abhängig war, scheiterten alle revolutionären Versuche außerhalb Rußlands. Mehr noch die deutsche Arbeiterbewegung wurde – ohne daß die KPD Widerstand geleistet hätte – durch den Faschismus zerschlagen, ihre Führer in den Konzentrationslagern der Faschisten (und der Stalinisten) liquidiert.

Diese völlige Zerschlagung der Arbeiterbewegung hat die Entwicklung der Klassenkämpfe in der BRD seit dem Zweiten Weltkrieg bis heute bestimmt. Weitgehend unangefochten konnte die Sozialdemokratie die Führung der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften übernehmen und diese politisch völlig in den bürgerlichen Staat integrieren.

Die revolutionäre Linke ist dagegen bis heute auf zersplitterte kleine Gruppen beschränkt und, wenn auch nicht mehr ausschließlich auf den Kreis von Intellektuellen beschränkt, keineswegs im Proletariat verankert. Dazu wäre nicht nur eine allgemeine Entfaltung der Klassenkämpfe Voraussetzung, sondern in der Tat ebenso der Aufbau einer politischen Organisation der Revolutionäre auf der Basis eines revolutionären Programms; nur so kann die Bindung der Arbeiterklasse an die Sozialdemokratie und damit an die Bourgeoisie durchbrochen werden.

Ein solches Programm kann jedoch nur auf der Basis einer schonungslosen Analyse der bisherigen Niederlagen (nicht nur Fehler!) der Arbeiterbewegung entstehen. Klaut man es dagegen wie die Gruppen der NRF zusammen aus den programmatischen Erklärungen kommunistischer Parteien von 1870–1970, heißt das nichts anderes, als die politische Analyse durch stupide Traditionspflege. Nützt uns das was? Nein!

Rüdiger Gantzer (SAG)



„Ich hab' keine Ahnung, wie Sie es gerne machen ...“



„Jeder hat das Recht auf seinen eigenen Geschmack.
Ich zum Beispiel...“



Ich bin plötzlich ganz durcheinander ...
Soll ich überhaupt verraten, wie ich es mache? Vielleicht ist es zu pervers?



„Also: Ich weiche in DIXAN ein, nehme im Hauptwaschgang PERSIL und spüle dann mit OMO nach.“

THE AMERICAN WAY OF LIFE

